

Zu Fa 5

*Abdrucke
vom Verleger.*

**Die ersten fünfzig Jahre
des Statistischen Bureaus des Herzogl.
Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums
1854—1904.**

Vom Geheimen Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann,
Vorstand des Statistischen Bureaus
Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums.

Sonderabdruck aus den Beiträgen zur Statistik
des Herzogtums Braunschweig. Heft XVIII.

⌘ Braunschweig 1904. ⌘

Zu Fra 5



UB Braunschweig 84



3206-972-8

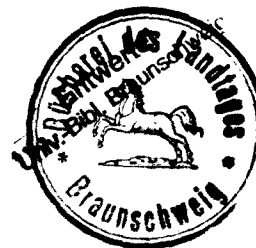
**Die ersten fünfzig Jahre
des Statistischen Bureaus des Herzogl.
Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums
1854—1904.**

Vom Geheimen Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann,

Vorstand des Statistischen Bureaus

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums.

**Sonderabdruck aus den Beiträgen zur Statistik
des Herzogtums Braunschweig. Heft XVIII.**







Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
A. Die älteren statistischen Festlegungen im Herzogtum.	
I. Allgemeines	1
II. Die Einzeldarstellungen	1
III. Die generellen Erhebungen	1
IV. Die fortlaufenden Feststellungen	2
1. Statistik der Bewegung der Bevölkerung (Listen der Kopulierten, Geborenen und Verstorbenen)	2
2. Feststellung des jeweiligen Standes der Bevölkerung	3
a. Seelenlisten	3
b. Volkszählungen nach den Zoll- und Steuerverträgen	3
α. Hannoversche Steuervereinigung	3
β. Preußischer Zollverein	4
3. Viehstandsermittlungen	5
B. Die Begründung des Herzoglichen Statistischen Bureaus.	
I. Die erste Anregung und unmittelbare Veranlassung	5
II. Die eigentliche Begründung	6
1. Die vorbereitenden Handlungen	6
2. Der Begründungstermin der 1. Januar 1854	7
III. Der Geschäftskreis bei der Begründung	8
C. Die Tätigkeit des Herzoglichen Statistischen Bureaus in der ersten Periode 1854/70.	
I. Die Einzelheiten der Tätigkeit nach Maassgabe der Rhammschen Denkschrift	8
1. Allgemeines	8
2. Die einzelnen Aufgaben der Statistik	9
a. Das Land	9
b. Die Bevölkerung	9
c. Die politische Landesverfassung	9
d. Das Gemeindewesen	9
e. Öffentlicher Unterricht	10
f. Wissenschaft, Literatur und Kunst	10
g. Kultus	10
h. Wohltätigkeitsanstalten	10
i. Justiz	11
k. Gefängniswesen	11
l. Polizei und öffentliche Sicherheit	11
m. Medizinalwesen	11
n. Wehrkraft	11
o. Staatsfinanzen	11
p. Ackerbau	12
q. Industrie	13
r. Handel	13
s. Kommunikationsmittel	13
t. Versicherungswesen	13

II. Besondere Charakterisierung der berührten Einzeltätigkeit	13
III. Der Einfluss des Zollvereins	14
1. Die Volkszählungen	14
2. Die Kommerzial-Nachweisungen	14
IV. Die Veröffentlichungen	15
D. Die Tätigkeit des Herzoglichen Statistischen Bureaus in der zweiten Periode von 1870 bis jetzt.	
I. Die äusseren Einflüsse auf diese Tätigkeit	15
II. Die Tätigkeit für das Deutsche Reich	16
1. Bezüglich der Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes	16
a. Die ersten Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes	16
α. Volkszählung	16
β. Viehstandsermittlungen	16
γ. Statistik der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle	16
b. Die weiteren als ständige und fortlaufende dem Kaiserlichen Statistischen Amt zugewiesenen Aufgaben	17
α. Die Statistik der Land- und Forstwirtschaft	17
aa. Anbau	17
bb. Ernte-Ertrag	17
cc. Saatenstand	18
β. Die Berufszählung und die landwirtschaftliche und die gewerbliche Betriebszählung	18
γ. Die Statistik der Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfkessel-Explosionen	19
δ. Sonstige ständige Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes	19
c. Die Einzelerhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes	20
α. Die Statistik der öffentlichen Armenpflege	20
β. Die Obstbaumzählung	20
γ. Die Einwirkungen der Versicherungsgesetzgebung auf die Armenpflege	20
δ. Die Erhebung über die bestehenden Einrichtungen für Arbeitsvermittlung	21
ε. Die Erhebungen der Kommission bezw. der Abteilung für Arbeiter-Statistik	21
ζ. Die Zusammenstellung der ortsüblichen Tagelöhne	21
d. Die aus eigener Initiative vom Kaiserlichen Statistischen Amt übernommenen Aufgaben	21
α. Allgemeines	21
β. Finanzstatistik	21
γ. Sparkassenstatistik	22
δ. Volksschulstatistik	22
2. Bezüglich der Aufgaben des Kaiserlichen Gesundheitsamtes	22
a. Allgemeines	22
b. Viehseuchenstatistik	22
c. Pockenstatistik	23
d. Todesursachenstatistik	23
3. Bezüglich sonstiger von außen kommender Aufgaben	23
a. Statistik der evangelischen Landeskirchen	24
b. Städtestatistik	24
c. Marktpreisstatistik	24
d. Verzeichnis der Messen und Märkte	24
III. Die selbstständige Tätigkeit für Landeszwecke	25
1. Die Einschränkung des früheren Geschäftskreises durch die für das Deutsche Reich zu lösenden Aufgaben	25
2. Wegfall älterer Erhebungen	25
3. Aus der früheren Periode beibehaltene Landesfeststellungen	26
a. Statistik der Neuanbaue in den Landgemeinden	26
b. Nachweisungen über die Separationen	26
c. Drainierungen, Landgestüt, Berg- und Hüttenwesen	26
d. Sparkassenstatistik	26
4. Neu ausgestaltete, aber wieder in Fortfall gekommene Aufgaben	26
a. Statistik der Lebensmittelpreise	26
b. Nachweisung der bei auswärtigen Gesellschaften versicherten Immobilienwerte	27
5. Neue Aufgaben im Landesinteresse	27
a. Ständige oder fortlaufende Aufgaben	27
α. Statistik über die Ergebnisse der Trichinenschau	27
β. Schulsparkassenstatistik	28
γ. Gemeindefinanzstatistik	28
δ. Statistik der Gutszertrümmerungen	28
ε. Hypothekarstatistik	29
aa. Allgemeines	29
bb. Bestandesaufnahme	29
cc. Bewegung der hypothekarischen Belastung	30
ζ. Statistik des landwirtschaftlichen Grundbesitzes	30

	Seite
b. Einmalige Erhebungen und Feststellungen	31
α. Wichtigere Erhebungen und Feststellungen für besondere Staatszwecke	31
aa. Erhebungen über die direkten Steuern des Staats, der Kreise und der Gemeinden	31
bb. Erhebung über die direkten Gemeindesteuern	31
cc. Feststellungen über die Verausgaben der Kreiskommunalverbände	31
dd. Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter	32
ee. Beamten - Witwen- und Waisen - Versorgungsanstalt	32
ff. Katholische Bevölkerung	32
β. Kleinere zur Veröffentlichung gelangte Erhebungen und Feststellungen	32
aa. Erhebung über die Farbe der Augen, Haare und Haut der Schulkinder	32
bb. Feststellung über die Gymnasien	32
cc. Finanzwesen der Landgemeinden des Kreises Holzminden	32
dd. Erhebung über die Erfüllung gewisser Parochialverpflichtungen in den Landgemeinden	32
ee. Erhebung über die Gast- und Schankwirtschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein und Spiritus	33
ff. Statistische Erhebung über die Volksbibliotheken im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1897.	33
gg. Statistische Erhebung über das Hausiergewerbe im Herzogtum	33
hh. Statistische Erhebung über die erwerbstätige Beschäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken	33
ii. Feststellung über die Bevölkerungszunahme und die Bevölkerungsdichtigkeit des Herzogtums Braunschweig im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen	33
kk. Verhältnis der Gebäudeversicherungswerte zu dem Grundsteuerkapital bei den Kammer- und Klostergütern, den Rittergütern und sonstigen größeren landwirtschaftlichen Besitzungen	33
γ. Kleinere nicht zu selbständiger Veröffentlichung gelangende Erhebungen und Feststellungen	34
aa. Für Staatszwecke	34
bb. Nicht unmittelbar für Staatszwecke	34
IV. Das Herzogl. Statistische Bureau als Zentralstelle für Bewerbungen um Militäranwärterstellen für das Herzogtum Braunschweig	35
V. Zusammenfassender Überblick über die gesamte Tätigkeit	35
E. Das Personal des Herzoglichen Statistischen Bureaus.	
I. Der Vorstand.	37
II. Der erste Bureaubeamte	38
III. Die angestellten Beamten und ständigen Hilfsbeamten	38
IV. Die sonstigen Hilfskräfte	38
F. Die äusseren Verhältnisse und die Einrichtung des Herzoglichen Statistischen Bureaus.	
G. Schlusswort.	
Anlage A.	
Systematische Nachweisung der in den Jahren 1854—1904 ergangenen Veröffentlichungen des Herzoglichen Statistischen Bureaus	43
Anlage B.	
Chronologisches Verzeichnis der in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig erschienenen Bearbeitungen.	46
Anlage C.	
Übersicht der in den ersten fünfzig Jahren am Herzoglichen Statistischen Bureau tätig gewesenen Beamten	47

A. Die älteren statistischen Festlegungen im Herzogtum.

I. Allgemeines. Wie ebenmäßig in anderen deutschen und außerdeutschen Staaten, so hat auch im Herzogtum Braunschweig die umsichtige, eine Weiterentwicklung und volle Entfaltung der ganzen Verhältnisse im Auge habende Regierung schon früh das Bedürfnis empfunden, bezüglich ihrer dem Wohl der Bevölkerung und der Hebung der wirtschaftlichen Lage pp. im allgemeinen und im einzelnen dienenden Maßnahmen eine nähere zahlenmäßige Unterlage über die berührten oder beeinflussenden tatsächlichen Verhältnisse und Einzelmomente sich zu verschaffen, um dadurch einen näheren Einblick in die ganze Entwicklung und den derzeitigen Stand der gerade in Frage kommenden Beziehungen, sei es im allgemeinen sei es im speziellen, zu gewinnen und danach das jeweilige Bedürfnis für den vorliegenden Fall mit größerer Sicherheit bestimmen und die Tragweite sowie die Folgen der bereits getroffenen und der noch zu treffenden Anordnungen näher beurteilen zu können.

Dieses Bedürfnis, welches als solches ununterbrochen bis in die neueste Zeit fortbesteht und sich mit der Gesamtentfaltung der staatlichen Ordnung und der fortgesetzten Erweiterung und Vertiefung der staatlichen Zwecke jetzt nur in einem noch wesentlich erhöhten Maße geltend macht, ist zweifellos als die eigentliche innere Ursache für das Entstehen und die weitere Fortentwicklung der amtlichen und offiziellen Statistik anzusehen, wenn es auch nicht sofort und unmittelbar auf eine Sonderabzweigung der letzteren und die Begründung eigener statistischer Landesstellen hinführte.

II. Die Einzeldarstellungen. Zunächst, und zwar geht diese Wirkung in einem immerhin beachtenswerteren Maße schon bis in das achtzehnte Jahrhundert und speziell wohl die zweite Hälfte desselben zurück, zeitigte jenes Bedürfnis im Lauf der Jahre eine Reihe der verschiedenartigsten zahlenmäßigen und vielfach gleichzeitig auch beschreibenden Einzeldarstellungen, welche sich bald auf diesem bald auf jenem Gebiet bewegten, bald allgemeiner bald spezieller waren, bald diesen bald jenen Abschnitt und wiederum in buntem Wechsel bezüglich der Begrenzung herausgriffen, bald diesen bald jenen Handlungsmodus zur Anwendung brachten etc., Verschiedenheiten wie sie in ihrer großen Mannigfaltigkeit allein schon durch den Umstand begründet sein mußten, daß jede dieser Einzeldarstellungen stets einem besonderen, von vornherein umgrenzten und mehr oder weniger festliegenden Zweck zu dienen hatte und lediglich aus diesem und für diesen Zweck zur Ausführung gebracht wurde. Bald wurden dann aber auch verschiedene dieser Festlegungen schon zu dauernden beziehungsweise in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßiger wiederkehrenden gemacht und dabei zum Teil gleichzeitig wiederum auch auf das gesamte Gebiet des staatlichen Gemeinwesens bezogen. Es trat

dieses namentlich in Erscheinung, wenn es sich um allgemeinere, häufiger und bei den verschiedensten Anlässen zur Berücksichtigung kommende Verhältnisse handelte oder um solche, bei denen die bestimmte Fortentwicklung das vorwiegende Interesse bieten mußte; die Festlegung der Bevölkerungsverhältnisse hebt sich hierbei durchweg in besonderer Weise hervor.

Was speziell das Herzogtum Braunschweig anlangt, so finden sich jene erstberührten Einzeldarstellungen besonderer Verhältnisse bereits im achtzehnten Jahrhundert unter der Regierung des Herzogs Carl I. und sodann namentlich um die Wende des achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert unter der Regierung des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand. Diese Fürsten waren mit regem Eifer und mit weitem umsichtigen Blick fortgesetzt bestrebt, das Wohl ihres Gebietes nach jeder Richtung hin zu fördern, die vielfachen und nicht unwesentlichen Schätze und Hilfsquellen desselben in vollstem Umfang zum Aufschluß zu bringen, die Verhältnisse der Bevölkerung in der verschiedenartigsten Weise zu verbessern und den ganzen wirtschaftlichen und sonstigen Stand derselben zu heben und auf möglichste Höhe zu bringen. Damit war aber wiederum jenes oben berührte Bedürfnis nach zahlenmäßigen Klärlegungen in einem vorragenderen Maße gegeben.

Diese Einzeldarstellungen hier spezieller zu berühren, würde uns nach den beschränkteren Grenzen unserer vorliegenden Darstellung zu weit führen. Irgend eine Sammlung oder Zusammenstellung derselben hat seinerzeit nicht stattgefunden und sind sie dementsprechend in den bezüglichen Spezialakten der verschiedenen Behörden verstreut geblieben. Danach werden sie teilweise inzwischen auch bereits zur Vernichtung gekommen sein, teilweise sind sie aber auch wohl mit jenen Akten, sofern solche im Herzogl. Landes-Haupt-Archiv oder bei den betreffenden Behörden aufbewahrt blieben, bis in die Jetztzeit erhalten worden. Jetzt aber dieselben, soweit sie noch vorhanden, zu sammeln und zusammenzustellen, würde bei dem vorübergehenden Zweck und dem dementsprechenden Inhalt sowie der Form derselben keinen allgemeinen Wert für die Statistik haben und dabei eine unverhältnismäßige Arbeit veranlassen. Nur sobald es sich darum handelt, Spezialfragen in historischer Entwicklung darzustellen, werden jene Einzeldarstellungen eventuell von einem Nutzen sein können, dann aber in der Regel auch ohne weiteres schon so wie so zur Verfügung stehen.

III. Die generellen Erhebungen. Von allgemeinerer Bedeutung waren sodann die größeren, das Gesamtgebiet des Herzogtums umfassenden Erhebungen, welche von den oben genannten Herzögen Carl I. und Carl Wilhelm Ferdinand verschiedentlich angeordnet wurden und gewissermaßen den ganzen Stand des Herzogtums zu einem gewissen Zeitpunkt zur Darstellung bringen sollten. Leider ist aber über diese Erhebungen keinerlei aktenmäßiges Material — auch die im Herzogl. Landes-Haupt-Archiv aufbe-

wahrten älteren Akten der verschiedenen Behörden pp. konnten hier nirgends einen Aufschluß geben — mehr vorhanden, aus welchem man die ganze Art und Weise derselben, ihren Umfang, ihre Zahl etc. entnehmen könnte. Ob diese Erhebungen an die demnächst noch zu berührenden Volkszählungen angeschlossen waren oder nicht, steht dahin; jedenfalls haben sie sich weit näher mit der Bevölkerung beschäftigt als jene, welche wesentlich nur die Bevölkerungszahl im Auge hatten. Namentlich scheint näher der Beruf und in gewisser Weise auch die Stellung im Beruf berücksichtigt zu sein. Des weiteren haben sie sich aber auch auf die Grundbesitzungen in ihren einzelnen Verschiedenheiten nach Größe, Charakter pp. bezogen, auf die Gebäude und Baulichkeiten, auf die gewerblichen Betriebe und die größeren industriellen und sonstigen Etablissements etc. Wiederum zweifelhaft erscheint es, ob überhaupt eine Zusammenstellung und Zusammenarbeitung des durch die Erhebungen erlangten Materials für das Herzogtum als Ganzes stattgefunden hat oder ob nicht die Daten lediglich für die Gebietsabschnitte, Amtsbezirke pp. festgelegt sind; nach Lage der Sache erscheint das Letztere als das Wahrscheinlichere. Irgend eine Drucklegung, allgemeinere oder beschränkte, ist jedenfalls nicht erfolgt.

Das allgemeine Ergebnis dieser Erhebungen ist uns aber doch in einer jedenfalls wertschätzenden Weise erhalten geblieben, denn die von G. Hassel und K. Bege herausgegebene „Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstentümer Wolfenbüttel und Blankenburg“ (2 Bände, Braunschweig, Kommissionsverlag Friedrich Bernhard Culemann 1802 und 1803) fußt in ihren eingehenden und durchweg jede einzelne Ortschaft betreffenden Einzeldaten nicht nur in der Hauptsache, sondern wohl ziemlich ausschließlich auf dem durch die genannten Erhebungen Festgestellten und so ist uns das Letztere wenigstens in seinen Hauptmomenten doch bewahrt geblieben. Wir können aber diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne noch besonders auf das soeben genannte Werk hinzuweisen, das bei einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Statistik im Herzogtum nicht übersehen werden kann. Dasselbe stellt sich als die erste allgemeine statistische Bearbeitung bezüglich des Herzogtums dar und verdient an sich schon als solche eine vorragendere Beachtung. Dabei wird ihm nach Maßgabe seiner ganzen Durchführung und stofflichen Behandlung als Werk seiner Zeit eine größere Bedeutung nicht abzusprechen sein. Ein dauernder Wert muß ihm aber immer insofern erhalten bleiben, als es fast die einzige Quelle für zahlenmäßige Daten aus der Zeit zu Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bildet und uns eben damit die Ergebnisse jener früheren offiziellen Erhebungen gerettet hat.

IV. Die fortlaufenden Feststellungen. Neben den vorbehandelten Spezial- und Einzelerhebungen kommen aber auch bereits im achtzehnten Jahrhundert regelmäßige und fortlaufende Feststellungen bezüglich der Bevölkerung vor, welche einerseits als die ersten Anfänge einer Statistik der Bewegung der Bevölkerung, andererseits als erste Festlegungen der Bevölkerung nach einem jeweiligen Stand anzusehen sind.

1. Statistik der Bewegung der Bevölkerung (Listen der Kopulierten, Geborenen und Verstorbenen). Einer Statistik der Bewegung der Bevölkerung würden die Listen der Kopulierten, Geborenen und Verstorbenen zu dienen haben, welche von den Predigern alljährlich nach den ihnen vorgeschriebenen Tabellen zu verfertigen und gegen das Ende des Januars an die Obrigkeiten einzusenden waren. Die vorliegende älteste Anordnung der fraglichen Listeneinreichung beruht auf einem landesherrlichen Reskript vom 27. Februar 1756 (Fredersdorf, Promptuarium der Fürstl. Braunschw. Wolfenbüttelschen Landesverordnungen, Band I, S. 440), doch hat die Einrichtung wahrscheinlich schon früher bestanden. Nachdem in einem Landesherrlichen Ausschreiben vom 14. Juli 1762

den Predigern die Einsendung der fraglichen Listen nochmals ausdrücklich zur Pflicht gemacht, auch für Versäumnis eine Strafe angedroht war (Fredersdorf, Promptuarium, Band IV, S. 211), erfolgte auf Landesfürstlichen Befehl eine eingehende und erweiternde Neuregelung durch ein Ausschreiben des Fürstlichen Konsistoriums vom 8. Dezember 1780 (Fredersdorf, Promptuarium, Band IV, S. 212; vergl. auch Steinacker, Bearbeitung des Fredersdorfschen Promptuariums, Band II, S. 112). In einer ausführlichen Instruktion wurde den Predigern die Einsendung zweier Tabellen nach beigefügtem Formular zu Ende des Januar jeden Jahres an die Superintendenten vorgeschrieben; die eine Tabelle bezog sich auf die Geborenen, die Gestorbenen und die geschlossenen und die getrennten Ehen, die andere auf die Gestorbenen nach ihrem Alter und den die Todesursache bildenden Krankheiten; sie enthalten je verschiedene Unterabteilungen nach Geschlecht, Familienstand pp.; die Superintendenten haben sodann aus den Listen summarische Verzeichnisse anzufertigen und diese mit den Listen selbst als Belägen an das Fürstl. Ministerium zu Braunschweig weiterzugeben.

Die so angeordnete Materialsammlung für eine Bevölkerungsbewegungsstatistik — die weitere Verarbeitung, wenn und soweit sie überhaupt stattfand, bewegte sich in sehr engen Grenzen und sind demnach verwertbare Ergebnisse nicht auf uns gekommen — erlitt dann während der Fremdherrschaft und der Einverleibung des Herzogtums in das Königreich Westfalen eine Unterbrechung und ist auch unmittelbar nach Wiederherstellung des Herzogtums jedenfalls nur teilweise und unvollständig wieder aufgenommen worden. Durch ein Reskript des Fürstl. Geheimen Rats-Kollegiums vom 26. Februar 1818 ist daher bestimmt worden, daß mit dem Jahre 1818 die regelmäßige Anfertigung und Einsendung der Listen der Kopulierten, Geborenen und Gestorbenen durch die Prediger wieder ihren Anfang nehmen solle und ist das Fürstl. Konsistorium angewiesen, die Prediger dieserhalb näher zu instruieren (Bege, Repertorium der Verordnungs-Sammlung für die Herzogl. Braunschweigischen Lande, Band I, S. 234). Diese Ordnung ist sodann mit unwesentlichen Ergänzungen bis zu der nach dem Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzblatt 1875, Nr. 4, S. 23) für das Herzogtum durchgeführten Einrichtung der Standesämter zum 1. Januar 1876 in Gültigkeit geblieben, weshalb wir sie hier etwas näher berühren müssen.

Von den Predigern bezw. den Opferleuten, soweit diesen hergebrachtermaßen die Registerführung zusteht, sind zwei Listen, eine für die Geborenen und eine für die Gestorbenen, mit der summarischen Angabe der Zahl der kopulierten Paare jährlich und zwar im Monat Januar für das vorhergehende Jahr an die betreffenden Stadt- und Kreisgerichte einzusenden. Die gemeindeweise aufzustellende Liste der Geborenen enthält unter fortlaufender Numerierung für jeden Einzelfall den Tag der Geburt, den Namen des Vaters und wenn das Kind ein uneheliches ist, den Namen der Mutter, die Geborenen unter Ausscheidung zunächst der ehelichen und der unehelichen Kinder und sodann ferner des Geschlechts, die Totgeborenen sowie endlich den Namen der zugezogenen Hebamme oder des Geburtshelfers. Die äußerlich übereinstimmende Liste der Gestorbenen gibt den Namen der Verstorbenen, das Alter derselben, den Sterbemonat, die Krankheiten, woran sie gestorben oder die sonstigen Ursachen des Todes, und die Ärzte, deren sie sich bedienten, an. Die Stadt- und Kreisgerichte hatten diese Listen zu sammeln und aus denselben ein summarisches Verzeichnis der in ihren Bezirken Kopulierten, Geborenen und Gestorbenen nach einem vorgeschriebenen Formular — dasselbe enthielt die Namen der Ortschaften oder der Gemeinden, die getrauten Paare in der Gesamtzahl, die Geborenen mit Ausscheidung der ehelichen und der unehelichen Geburt und des männlichen und des weiblichen Geschlechts, die Totgeborenen und die Gestorbenen wiederum

mit Unterscheidung des Geschlechts — aufzustellen, sowie letzteres mit den sämtlichen von den Geistlichen pp. eingesandten Listen vor Ende Februar eines jeden Jahres an die Oberhauptleute abzuliefern (Bege, Repertorium, Band I, S. 231 ff.).

Diese Regelung hat erst zu Ende dieses beziehungsweise zu Anfang des nächsten Zeitabschnittes durch die sämtlich auf Grund ministerieller Anordnung erfolgenden Konsistorial-Ausschreiben vom 7. Dezember 1850, vom 17. Dezember 1853, vom 9. Dezember 1854 und vom 15. Oktober 1856 (Bege, Repertorium, Band VIII, S. 142, S. 158 und S. 167) einige weniger wesentliche Änderungen gefunden, welche wir des Zusammenhangs wegen hier gleich in eins mit berühren wollen. Durch das Konsistorial-Ausschreiben vom 17. Dezember 1853 wird namentlich bestimmt, daß wie bei den Lebendgeborenen auch bei den Totgeborenen, welche lediglich als Geborene aufgenommen werden sollen, die Ausscheidung nach der ehelichen und der unehelichen Geburt sowie weiter die nach dem Geschlecht gemacht werden solle und daß das Alter der Gestorbenen nach Jahren und Monaten unter Weglassung der überschießenden Tage sowie bei den Gestorbenen unter drei Jahren auch die eheliche oder uneheliche Geburt aufzuführen sei. Das Reskript Herzogl. Konsistoriums vom 9. Dezember 1854 erweitert hauptsächlich die Angaben bezüglich der Trauungen; für die Folge sollen die Listen den Namen der Gebräuteten, das Alter derselben, den Zivilstand und bei Mischehen die Bezeichnung des religiösen Bekenntnisses enthalten. Der Hauptinhalt des Konsistorialreskripts vom 15. Oktober 1856 endlich bezieht sich darauf, daß die Ausscheidung nach ehelicher und unehelicher Geburt bei den Gestorbenen bis zu dem vollendeten siebenten Lebensjahr zu machen und daß in der Liste der Kopulierten die durch die Trauung legitimierten Kinder aufzunehmen seien.

2. Feststellung des jeweiligen Standes der Bevölkerung. a. Seelenlisten. Um den jeweiligen Stand der Bevölkerung regelmäßig klarzulegen, wurden schon um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts alljährlich die Seelenlisten aufgestellt. Auch dieses geschah durch die Prediger, doch läßt sich bezüglich der ersten Anordnung näheres nicht weiter nachweisen, nur ist in einem Landesfürstlichen Ausschreiben vom 16. März 1769 (Fredersdorf, Promtuarium, Band V, S. 55) die pünktliche Einreichung der „alljährlich von den Predigern an die Obrigkeiten zu liefernden und von diesen Höchsten Orts einzusendenden Seelenlisten“ nochmals unter Anordnung einer Anzeige der Säumigen besonders eingeschärft. Ebenso wie bezüglich der Listen der Kopulierten, Geborenen und Gestorbenen ist dann aber auch bezüglich der Seelenlisten im Jahr 1780 eine Neuregelung vorgenommen und zwar durch Landesherrliches Ausschreiben vom 8. Dezember 1780 (Fredersdorf, Promtuarium, Band V, S. 55 ff.), dem eingehende Instruktionen getrennt für Stadt und Land sowie die Formulare für die Seelenlisten beigefügt waren. Wir können natürlich diese Formulare hier nicht näher erörtern und wollen nur allgemein bemerken, daß dieselben verhältnismäßig in ihren Einzelforderungen recht weitgehend waren und bezüglich der festzustellenden Bevölkerung zahlreiche Ausscheidungen nach dem Familienstand, nach dem Alter, nach dem Beruf und der Berufsstellung etc. verlangten. Ergänzt und vervollständigt wurde die Neuregelung dann noch durch die Landesherrlichen Ausschreiben vom 11. Dezember 1781 und vom 24. November 1782 (Fredersdorf, Promtuarium, Band V, S. 64 und S. 66), desgleichen wurde durch ein Landesherrliches Ausschreiben vom 11. Dezember 1783 (Fredersdorf, Promtuarium, Band V, S. 68, vergl. auch Steinacker-Fredersdorf, Band II, S. 343) bestimmt, daß die Seelenlisten, deren Einreichung zunächst wie früher alljährlich geschehen sollte und geschah, künftig nur alle vier Jahr aufgestellt werden sollten.

Wenn auch hier ebenmäßig durch die Fremdherrschaft unter dem Königreich Westfalen eine Unterbrechung herbeigeführt sein wird, so scheint doch nach Wiederherstellung des Herzogtums die Einsendung der Seelenlisten ohne weite-

res wieder aufgenommen zu sein, denn in diese Zeit fällt der erste lediglich als solcher gedruckte statistische Nachweis über die Bevölkerung des Herzogtums, wie sich dieselbe nach der Zählung von 1814 darstellt. Es ist dieses das „Alphabetische Verzeichnis der in dem Herzogtum Braunschweig-Lüneburg belegenen Städte, Flecken, Dörfer, Ämter, Stifte, Klöster etc. nebst einer Angabe der Oberhauptmannschaften, Stadt- oder Kreisgerichte und der Häuser- und Volkszahl nach der Zählung von 1814“, welches im Jahre 1816 von Friedrich Vieweg gedruckt und verlegt ist, aber auf amtlichem Material beruht. Das Verzeichnis enthält im wesentlichen nur dasjenige, was bereits in der Überschrift angedeutet ist; die Bevölkerung ist dabei lediglich in einer Gesamtzahl gegeben und nicht einmal nach dem Geschlechte geschieden; außerdem ist die Häuserzahl noch berücksichtigt. Im allgemeinen entspricht die Veröffentlichung den Ortschaftsverzeichnissen, welche später von dem statistischen Bureau herausgegeben wurden, und ist als deren Vorläufer anzusehen.

Die sich von selbst vollziehende Wiederaufnahme der Einreichung der Seelenlisten scheint aber doch nicht vollständig und nicht derartig gewesen zu sein, daß dem gegebenen Bedürfnis dadurch ohne weiteres Genüge geschehen konnte. Ein Reskript des Fürstl. Geheimen Rats-Kollegiums vom 2. November 1818 (Bege, Repertorium, Band I, S. 236), welches zunächst die Notwendigkeit die Einwohnerzahl von Jahr zu Jahr festzustellen konstatiert, schreibt daher vor, daß vom Jahr 1818 an wiederum eine jährliche Zählung stattfinden und durch die betreffenden Stadt- und Kreisgerichte vorgenommen werden solle; die Zählung ist jedesmal im Monat Dezember vorzunehmen und ihr Ergebnis in die gedruckten Seelenlisten einzutragen; eine nähere Instruktion über die Ausführung der Zählung selbst ist in dem Reskripte nicht gegeben und läßt dasselbe auch über den Umfang der Zählung weiteres nicht ersehen. Nach diesem Reskript sind die Zählungen bis zum Jahre 1835 einschließlich vorgenommen und sind auch noch Ausweise darüber allerdings nur schriftliche und nicht immer vollständige vorhanden. Die allgemeinen Ergebnisse der Zählung von 1831 sind in den später erschienenen Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft II, 1875, S. 51 ff.) hervorgehoben. Als einzige einschlagende Druckschrift aus der Zeit selbst ist noch ein alphabetisches Verzeichnis der in dem Herzogtum Braunschweig-Lüneburg belegenen Städte, Flecken, Dörfer, Domänen, Rittergüter, auch einzeln belegenen Häuser, Mühlen, Krüge etc. zu erwähnen mit einer generellen Übersicht der Oberhauptmannschaften, Distriktsgerichte, Kreisämter, Kreiskassen, Kammer- und Kloster-Domänen; dasselbe ist gedruckt und verlegt bei Johann Heinrich Meyer, Braunschweig 1825, und bezeichnet sich als „angefertigt auf den Grund der durch die Höchsten Verordnungen vom 26. März 1823 und 9. Juni 1825 bekannten neuen Gerichtsverfassung“; die Einwohnerzahl der einzelnen Städte, Flecken, Dörfer etc. wird übrigens nicht angegeben, sondern nur die Häuserzahl, welche regelmäßig in den Zählungen berücksichtigt wurde.

b. Volkszählungen nach den Zoll- und Steuerverträgen. α. Hannoversche Steuervereinigung. Nunmehr kommen wir zu denjenigen Volkszählungen, welche auf den für das Herzogtum eingegangenen Zoll- und Steuerverträgen beruhen. Schon in dem zwischen Hannover, Kurhessen, Oldenburg und Braunschweig am 27. März 1830 zu Einbeck abgeschlossenen Verträge wegen Herstellung freien Handels und Verkehrs und Annahme eines gleichmäßigen gemeinschaftlichen Systems der indirekten Abgaben war nach Artikel 32 die Verteilung des Gesamtbetrages der gemeinschaftlichen Eingangs-, Ausgangs- und Verbrauchsabgaben nach Abzug der Kosten für die Verwaltung unter den kontrahierenden Staaten nach dem Verhältnis der Bevölkerung angeordnet und dazu des ferneren bestimmt, daß zu dem Ende die Bevölkerung aller sechs

Jahre nach gleichmäßigen Grundsätzen ausgemittelt werde (Braunschweigische Gesetz- und Verordnungssammlung, Jahrgang 1830, Nr. 11, S. 114). Hieraufhin wurden allerdings unmittelbar noch keine besonderen Vorschriften wegen der Volkszählung getroffen, solche wurden aber eingeleitet, als weiter über den demnächst zu Hannover unter dem 1. Mai 1834 zum Abschluß gelangten Vertrag mit Hannover über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der indirekten Abgaben (Steuervereinigungs-Vertrag) verhandelt wurde. Nach letzterem, Artikel 27, soll gleicherweise die Verteilung der gemeinschaftlichen Eingangs-, Durchgangs-, Ausgangs- und Verbrauchsabgaben unter die kontrahierenden Staaten auf Grundlage der Bevölkerung erfolgen, die Bevölkerung ist zu dem Zweck alle drei Jahre nach gleichmäßigen Grundsätzen auszumitteln und der wirkliche Stand derselben am 31. Dezember des betreffenden Jahres für die nächstfolgenden drei Jahre zugrunde zu legen (Gesetz- und Verordnungssammlung, Jahrgang 1835, Nr. 13, S. 185).

Bei der größeren Wichtigkeit, welche danach die Feststellung der Bevölkerungszahl auch nach finanzieller Seite hin haben mußte, schritt man nunmehr zu einer vollständigen Neuregelung des Zählungsmodus, welche sich im wesentlichen an die für das Königreich Hannover getroffene Einrichtung angeschlossen. Diese Regelung stellte aber allgemeine Grundsätze für die Volkszählungen überhaupt auf, und wenn solche auch zunächst für die im Jahre 1836 vorzunehmende Zählung Anwendung zu finden hatten, so sollten sie doch in gleicher Weise auch für die später in dreijährigen Zwischenräumen zu wiederholenden Bevölkerungserhebungen Geltung haben. Sie erfolgte durch die Verordnung, das bei den Volkszählungen, insbesondere bei der im gegenwärtigen Jahre vorzunehmenden Zählung, zu beobachtende Verfahren betreffend, vom 6. Februar 1836 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1836, Nr. 5, S. 25) und stellt sich nicht nur als eine sachliche Erweiterung und Vertiefung der Zählung selbst, sondern auch als eine wesentliche Verbesserung und eine ein genaueres Ergebnis verbürgende Sicherung des Zählungsverfahrens dar.

Maßgebend für die Zählung soll der gewöhnliche Aufenthalt sein; die Bevölkerung soll aber nicht nur der Gesamtzahl nach festgestellt werden, sondern unter Ausscheidung der Geschlechter, gewisser Altersstufen, der Religion und des Familienstandes, auch sollen die Taubstummen und die Blinden speziell nachgewiesen werden, des ferneren auch die Wohngebäude. Die Zählung erfolgt ortschaftsweise durch die Ortsobrigkeiten unter Anwendung von Zählungslisten, für welche ein besonderes Formular vorgeschrieben wird; die Oberleitung haben die Landesverwaltungsbehörden, die Herzogl. Kreisdirektionen. Die Ergebnisse sind für die Ortschaften von den Ortsobrigkeiten zusammenzustellen und an die Herzogl. Kreisdirektionen einzusenden, welche letztere eine Zusammenziehung für ihren Bezirk vorzunehmen und diese Nachweisung dann dem Herzogl. Staatsministerium einzureichen haben. Als Zählungstermin ist der 1. Juli vorgeschrieben und sind bezüglich aller einzelnen Momente, Listenaufstellung, Prüfung etc. genauere und eingehende Bestimmungen gegeben.

Durch ein Zirkularreskript des Herzogl. Staatsministeriums an die Herzogl. Kreisdirektionen vom 10. Januar 1837 ist sodann noch ausdrücklich verfügt, daß die Aufstellung der Seelenlisten nach den früheren Bestimmungen nicht mehr geschehen solle. Die erste Volkszählung nach der neuen Ordnung fand am 1. Juli 1836 statt. Für die folgenden Zählungen wurde keine weitere besondere Höchste Verordnung bezüglich der Vornahme erlassen, sondern sie wurden einfach durch Ministerialreskript vorgeschrieben, so die nächste vom 1. Juli 1839 durch eine kurze ministerielle Verfügung an die Herzogl. Kreisdirektionen vom 19. April 1839; dabei wurde auf die anzuwendenden Grundsätze der Verordnung vom 6. Februar 1836 Bezug genommen.

3. Preußischer Zollverein. Eine Modifikation der vorgedachten dauernden Regelung wurde aber bald durch den Anschluß des Herzogtums an den Zollverein erforderlich, welcher zunächst teilweise nach Maßgabe des mit Preußen, Bayern, Sachsen etc. unterm 19. Oktober 1841 geschlossenen Vertrages wegen Anschlusses des Herzogtums an den Gesamt-Zollverein der gedachten Staaten (Gesetz- und Verordnungssammlung 1841, Nr. 14, S. 79 ff.) und sodann vollständig nach der Protokollar-Übereinkunft mit Preußen etc. vom 24. Juni 1843 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1843, Nr. 23, S. 113 ff.) erfolgte. In derselben Weise wie bei dem Steuerverein mit Hannover war aber auch im Zollverein die Verteilung der Einnahmen nach Maßgabe der Bevölkerung vorzunehmen; schon in dem ersten zwischen Preußen, Kurhessen und Hessen-Darmstadt einerseits, Bayern und Württemberg andererseits abgeschlossenen Zollvereinigungs-Vertrag vom 22. März 1833, Artikel 22 (Verträge und Verhandlungen über Bildung und Ausführung des Deutschen Zoll- und Handelsvereins, Band I, S. 8) ist folgendes bestimmt: „Der Ertrag der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben wird nach Abzug 1. der Kosten, wovon weiter unten im Artikel 30 die Rede ist; 2. der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen; 3. der auf den Grund besonderer gemeinschaftlicher Verabredung erfolgten Steuervergütungen und Ermäßigungen unter den vereinigten Staaten nach dem Verhältnis der Bevölkerung, mit welcher sie sich im Verein befinden, verteilt.... Der Stand der Bevölkerung in den einzelnen Vereinsstaaten wird alle drei Jahre von einem noch zu verabredenden Termin an ausgemittelt und die Nachweisung derselben von den einzelnen Staaten einander gegenseitig mitgeteilt werden.“ Eine inhaltlich gleiche Bestimmung ist auch in den Braunschweigischen Anschlußvertrag vom 19. Oktober 1841 in Artikel 21 aufgenommen (am oben angeführten Orte S. 100).

Um aber eine Einheitlichkeit in der Festlegung der Bevölkerungszahlen für die einzelnen Zollvereinsstaaten zu erzielen, hatte man in den Verhandlungen der Vollzugskommissionen von vornherein gemeinsame Grundsätze für die periodischen Erhebungen der Bevölkerung aufgestellt, welche sich in der Registratur vom 31. Januar 1834 über die Volkszählungen (Verträge und Verhandlungen über Bildung und Ausführung des Deutschen Zoll- und Handelsvereins, Band I, Haupt-Protokoll der Vollzugs-Kommission in München vom 14. Februar 1834, Beilage XXIV, S. 321) finden. Diese Grundsätze mußten nun auch für das Herzogtum Braunschweig zur Anwendung gebracht werden. Die vortretendsten Abweichungen gegen das bisherige Verfahren bildeten die bezüglich des Zählungsjahres und bezüglich des Zählungstermins. Im Zollvereine liefen nämlich die Zählungsjahre von 1834 ab, also 1837, 1840, 1843, 1846, 1849 etc., während in der Hannoverschen Steuervereinigung die Zählungen ein Jahr früher also auf 1836, 1839, 1842, 1845 etc. fielen; außerdem wurden für letztere die Zählungen am 1. Juli, für den Zollverein jedoch im Dezember (zunächst gegen Ende des Monats, später am 3. Dezember) vorgenommen.

Die erste Volkszählung für den Zollverein war danach für 1843 anzuordnen; es geschah diese Anordnung in ähnlicher Weise wie die für die Zählung von 1839 lediglich durch ein Ministerialreskript an die Herzogl. Kreisdirektionen vom 11. Dezember 1843. Bezüglich des Verfahrens wurde der Zählung wie bisher die Verordnung vom 6. Februar 1836 zugrunde gelegt, weil diese in der Hauptsache auch den für den Zollverein maßgebenden Grundsätzen entsprach; insofern letztere eine Abänderung bedingten, ist dieses — es handelte sich dabei materiell um die verschiedenartige Anrechnung einzelner bestimmter Personenkategorien, formell um eine etwas veränderte Aufstellung der Endlisten — in dem Ministerialreskript ausdrücklich verfügt, doch würde es zu weit führen, auf die Einzelheiten hier einzugehen.

Die Vereinbarungen unter den Zollvereinsstaaten über die Volkszählungen vom 31. Januar 1834 gelangten dann auf der siebenten Generalkonferenz zu Karlsruhe im Jahre 1845 noch-

mals zu einer näheren Verhandlung; es wurde dabei eine genauere Regelung vorgenommen, welche als „Grundsätze über die Bevölkerungsaufnahmen in den Zollvereinsstaaten nach den Vereinbarungen vom 31. Januar 1834 und 23. Oktober 1845“ besonders aktenmäßig verlaublich wurde (Konferenzverhandlungen, siebente Generalkonferenz zu Karlsruhe 1845, Band VII, Beilage VIII des Hauptprotokolls, S. 109); die neuen Grundsätze sollten zum ersten Mal für die Zählung von 1846 Anwendung finden. Als regelmäßiger Zählungstag wurde der 3. Dezember bestimmt; stets sollte eine wirkliche Zählung der einzelnen Personen stattfinden und die Aufnahme nicht durch Benutzung der Wohnregister pp. ersetzt werden; die Bestimmungen darüber, wer zu zählen sei, waren insofern nicht einwandsfrei, als sie eine nicht mit Sicherheit zu findende Unterscheidung der dauernd und vorübergehend An- und Abwesenden erforderlich machten.

Danach wurde für das Herzogtum Braunschweig die Zählung für 1846 durch das Ministerialreskript vom 16. Oktober 1846 wiederum speziell angeordnet, ohne daß aber eine besondere Verordnung dieserhalb erlassen wurde. Die nächsten Zählungen von 1849 und 1852 wurden ebenmäßig lediglich durch kurze Ministerialverfügungen an die Herzogl. Kreisdirektionen (vom 19. Oktober 1849 und vom 5. September 1852) unter Bezugnahme auf das Reskript vom 16. Oktober 1846 zur Durchführung gebracht.

Eine weitere eingehendere Verarbeitung des durch die Volkszählungen erlangten Materials fand durchweg nicht statt; man begnügte sich im wesentlichen damit, einerseits die Ergebnisse der Zählungen für ihren eigentlichen Zweck, den Maßstab für die Verteilung der gemeinschaftlichen Einnahmen der Zoll- und Steuervereinigungen zu bilden, brauchbar zu machen und die dementsprechend erforderlichen Gesamtnachweisungen aufzustellen, sowie andererseits die in den Zählungslisten gegebenen Einzeldaten nach Maßgabe dieser Listen wiederum in eins für das Herzogtum sowohl wie für die einzelnen Gebiets- und Verwaltungsabschnitte zusammenzuziehen; irgend eine Drucklegung der gesammelten Daten fand amtlicherseits nicht statt. Im Anschluß und als Fortsetzung des oben berührten Alphabetischen Verzeichnisses der in dem Herzogtum Braunschweig-Lüneburg belegenen Städte, Flecken, Dörfer etc. vom Jahre 1825 ist aber in Druck und Verlag der Gebrüder Meyer (Johann Heinrich Meyer) im Jahre 1851 nochmals ein „Statistisch-topographisches Handbuch des Herzogtums Braunschweig oder Alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Städte, Flecken, Dörfer, Ortschaften, Weiler, Domänen etc.“ nach authentischen Quellen bearbeitet, erschienen, welches der früheren Drucklegung gegenüber in sachgemäßer Weise erweitert ist und nunmehr neben der Häuserzahl auch die Einwohnerzahl, wenngleich nur ungetrennt in einer Summe nach der Volkszählung von 1849 angibt.

3. Viehstandsermittlungen. Zum Schluß haben wir dann aber noch einer besonderen und selbständigen, sowie als solcher angeordneten zahlenmäßigen Feststellung von regelmäßiger Wiederkehr, nämlich der Viehstandsermittlung, zu gedenken, welche allerdings auch wiederum nicht als eine lediglich statistische Erhebung allgemeiner Art, sondern ausgesprochenmaßen gleichfalls einem bestimmten Zweck, nämlich dem künftigen

Gemeinheitsteilungen dienen sollte. Nachdem schon durch die Schatzordnung vom 10. Juli 1719 eine Erhebung über den Viehstand für Steuerzwecke durch eine regelmäßig alle 5 Jahre zu wiederholende Beschreibung des schatzpflichtigen Viehes nach dem jeweiligen wirklichen Bestande angeordnet worden war, wurde in einem auf Höchsten Spezial-Befehl erlassenen Zirkularreskript an die sämtlichen Herzogl. Kreisämter vom 28. Juli 1827 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1827, Nr. 15, S. 61) die jährliche Aufnahme genauer und ordnungsmäßiger Viehregister für den Zweck künftiger Gemeinheitsteilungen vorgeschrieben, welche nach näherer Anweisung vom Ortsvorsteher bezüglich des sämtlichen Viehes des schatzpflichtigen sowie des sonstigen nach einer bestimmten Einteilung (Pferde, Füllen, Rindvieh über 3 Jahr, Rindvieh unter 3 Jahr, Schafe, Lämmer, Schweine, Ferkeln, Zuchtgänse, Ziegen) in zwei Exemplaren, das eine für die Gemeinde, das andere für die Amtsregistratur, aufzustellen war.

Nach Maßgabe des Sonderzwecks fiel die Aufnahme des Verzeichnisses aber für diejenigen Gemeinden weg, für welche eine vollständige Durchführung der Gemeinheitsteilung stattgefunden hatte, so daß also von vornherein für einen statistischen Gebrauch das Material schon unzureichend war und mit der Zeit immer unzureichender werden mußte. Die letztere Bestimmung wird übrigens in einem Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 17. Mai 1839 (Bege, Repertorium, Band IV, S. 83) ausdrücklich aufgehoben, dabei die Fortführung der Verzeichnisse, welche auch nach Erlaß der neuen Gemeinheitsteilungsordnung vom 20. Dezember 1834 und trotz der Vorschriften in §§ 54 ff. derselben für notwendig zu erachten sei, neu eingeschärft, auch als Termin für die Aufnahme die letzten acht Tage des April bestimmt.

Ein Ministerialreskript vom 14. September 1839 (Bege, Repertorium, Bd. V, S. 54) nimmt eine allgemeine Neuordnung insofern vor, als einmal ein neues Formular gegeben wird, in welchem Pferde und Rindvieh nach Altersklassen über und unter 2 Jahr, Schafe, Schweine und Ziegen nach Altersklassen über und unter 1 Jahr und Gänse überhaupt nicht geschieden werden, und ferner eine zwiefache Aufstellung des Verzeichnisses angeordnet wird, einesteils für die Ortschaften mit Unterscheidung der viehhaltenden Einwohner und andernteils für die Amtsbezirke mit Unterscheidung der Gemeinden, Kammer-, Kloster- und Rittergüter. Nach Erlaß des Gesetzes, die Erhebung der Kontribution und des Landschatzes vom Vieh betr., vom 11. Mai 1840 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1840, Nr. 11, S. 127), wurden die nach § 16 dieses Gesetzes von den Viehhaltern alljährlich zu erteilenden Viehdeklarationen, welche sich auf den Viehstand am 30. April eines jeden Jahres zu beziehen hatten, für die Viehverzeichnisse mitbenutzt. Letzteres kam dann allerdings nach einiger Zeit wieder in Wegfall, da mit der Einführung der allgemeinen Grundsteuer die Kontribution und der Landschatz vom Vieh nach § 1 des Gesetzes über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1849, Nr. 33, S. 189) überhaupt ebenso wie das oben bezeichnete Gesetz über dieselbe zur Aufhebung gelangte. Das Datenmaterial, welches nunmehr als ein allgemeines und auch statistisch brauchbares zu bezeichnen ist, wurde aber lediglich angesammelt, ohne weiter zur Veröffentlichung gebracht zu werden.

B. Die Begründung des Herzoglichen Statistischen Bureaus.

I. Die erste Anregung und unmittelbare Veranlassung.

Nachdem der von 1848 bis 1852 tagende sechste ordentliche Landtag des Herzogtums namentlich infolge der von vielen Seiten geltend gemachten Ansuchen um eigentümliche oder pachtweise Überlassung von Domänialländereien

in kleineren Parzellen und ähnlicher durch die besonderen Zeitverhältnisse bedingter Bittschriften in seiner Sitzung vom 5. Mai 1849 (Verhandlungen des 6. ordentlichen Landtags, Nr. 17, VII, S. 145) die Niedersetzung einer besonderen aus 7 Mitgliedern bestehenden Kom-

mission zur Untersuchung der Verhältnisse der ärmeren Klasse der Landeseinwohner beschlossen und die Mitglieder dieser Kommission in der Sitzung vom 11. Mai 1849 (l. c. Nr. 19, VI, S. 153) erwählt hatte, setzte sich diese Kommission, die sich kurz auch volkswirtschaftliche Kommission nannte, von vornherein weitere Grenzen für ihre Tätigkeit, indem sie namentlich für die Untersuchung über die Verhältnisse der arbeitenden Klassen eine größere Reihe von Einzelfragen zur näheren Feststellung herausgriff, welche teils allgemeine statistische Verhältnisse, teils die allgemeinen Erwerbsverhältnisse, teils die besonderen Erwerbsverhältnisse in Ackerbau, in Gewerbebetrieb, in Handarbeit, teils die Konsumtionsverhältnisse betrafen. Wenn nun auch die volkswirtschaftliche Kommission bezüglich mannigfacher Spezialmomente zu positiven Resultaten und zur Stellung besonderer Anträge bei der Landesversammlung kommen konnte, so war ihr doch im allgemeinen für ihre ganze Tätigkeit und ihre näheren Untersuchungen dadurch ein wesentliches Hemmnis bereitet, daß ihr die tatsächlichen Unterlagen zu der Entscheidung und Beurteilung der Einzelfragen, die näheren Nachweise über den wirklichen Stand der in Frage kommenden Verhältnisse pp. fehlten und von ihr auch trotz besonderer Bemühungen nicht zu beschaffen waren.

In einem Schreiben der Landesversammlung vom 19. Februar 1850 (l. c. Anlage 5 zu Nr. 124), welches den eigentlichen Anstoß zur Errichtung eines besonderen statistischen Bureaus für das Herzogtum gegeben hat, gelangt dieses in folgender Weise zum Ausdruck: Die Kommission ging „von der unbezweifelten richtigen Voraussetzung aus, daß die unerläßlich notwendige Grundlage zu der richtigen Beurteilung der Lage und Verhältnisse irgend welcher Landeseinwohner nur ein ausreichendes und vor allen Dingen zuverlässiges statistisches Material zu bieten vermöge und hoffte dieses in den mancherlei Listen und Notizen finden zu können, welche von den verschiedenen Behörden des Landes alljährlich teils eingefordert, teils eingereicht werden müssen; allein in dieser Erwartung getäuscht blieb der Kommission nichts übrig, als gestützt auf persönliche Bekanntschaften an einzelne Behörden, Mitglieder von Behörden oder Privatpersonen sich zu wenden, um von diesen die erforderliche Auskunft zu erhalten, da der von der Geschäftsordnung vorgezeichnete Weg, in jedem einzelnen Falle durch Herzogl. Staatsministerium sich an die betreffende Stelle zu wenden, bei dem Umfange der vorliegenden Aufgaben als zu weitläufig nicht eingeschlagen werden konnte. Der Kommission ist jedoch nicht gelungen, auf diesem Wege zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, und da wir der Ansicht sind, daß nicht nur in bezug auf die Erwerbs- und Nahrungsverhältnisse der Landeseinwohner, sondern für alle öffentlichen und sozialen Beziehungen die Herbeischaffung eines genauen und ausreichenden statistischen Materials in jeder Beziehung notwendig erscheint, so wünschen wir, daß es als eine Pflicht der Verwaltungsbehörden bezeichnet werde, regelmäßige statistische Notizen einzusammeln. Obschon es nun kaum erforderlich sein möchte, die Gegenstände und den Umfang solcher Notizen anzugeben, so bezeichnen wir doch als solche

1. Angabe der Bevölkerung in den einzelnen Ortschaften nach Kopffzahl und Zahl der Familien und zwar
 - a. Grundbesitzer,
 - b. Gewerbetreibende,
 - c. Besitzlose;
2. Verteilung des Grundbesitzes nach Komplexen von 1—5, von 5—20, 20 und mehr Morgen;

3. Ermittlung der Gewerbetreibenden mit und ohne Gehilfen;
 4. Absatz der Produkte des Ackerbaues und der Gewerbe;
 5. Erwerbs- und Nahrungsverhältnisse der arbeitenden Klassen, insbesondere der Tagelöhner;
 6. Versorgung mit dem nötigen Feuerungsmaterial;
- und ersuchen Herzogl. Staatsministerium zu verfügen, daß über diese hier nur nach allgemeinen Kategorien angegebenen Verhältnisse fortlaufende statistische Nachrichten durch die betreffenden Verwaltungsbehörden eingezogen und darüber regelmäßige Berichte und Nachweisungen an Herzogl. Staatsministerium eingesandt werden möchten, auch diese demnächst allemal beim Zusammentreten der Versammlung der Landesabgeordneten derselben mitzuteilen.“

II. Die eigentliche Begründung. 1. Die vorbereitenden Handlungen. Das in dem Ersuchen der Landesversammlung ausgesprochene Bedürfnis nach sachgemäßen statistischen Festlegungen als notwendiger positiver Unterlage bei den von der Gesetzgebung für des Landes und seiner Einwohner Wohl zu treffenden Maßnahmen mußte von der Herzogl. Landesregierung im allgemeinen als vorhanden anerkannt werden und ebenso konnte man auch die von der Landesversammlung speziell hervorgehobenen Punkte für eine nähere zahlenmäßige Feststellung nur als sachgemäß ausgewählt und für eine Statistik unbedenklich durchführbar bezeichnen. Daß man der von der Landesversammlung angeregten Angelegenheit überhaupt näher treten müsse und wolle, scheint von Anfang an beschlossene Sache gewesen zu sein, nur über das Wie herrschten wohl zunächst noch Ungewißheit und Zweifel, welche zu klären und zu beseitigen allerdings einige Zeit in Anspruch nahm, einesteils weil man in der fraglichen Zeit durch gesetzliche Neuregelungen und die Durchführung und Einrichtung getroffener Organisationen schon so wie so sehr stark beschäftigt war, andernteils weil man sich, um selbst sogleich die richtigen Maßnahmen zu treffen, zunächst über die bezüglichen Einrichtungen in anderen Staaten sowie über den Stand der Wissenschaft zu der gedachten Frage näher unterrichten wollte.

Zu letzterem Zweck wurde namentlich die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin beauftragt, nähere Feststellungen zu machen und erhielt man von dieser nach entsprechender Zwischenkorrespondenz zu Ende des Jahres 1852 eine eingehendere Sachdarlegung, welche sich namentlich mit der Einrichtung und derzeitigen Ausgestaltung des Königl. Preussischen Statistischen Bureaus auch in seinen Arbeiten und Ergebnissen näher befaßte, daneben aber auch den Stand in Belgien speziell berücksichtigte. Über die weitere Sachbehandlung im Herzogl. Staatsministerium steht aktenmäßig näheres nicht fest, nur muß nach Mitte des Jahres 1853 der Beschluß gefaßt sein, nunmehr der praktischen Durchführung der Sache näher zu treten.

In einem Ministerialreskript vom 20. September 1853 an den Amtsrichter Rhamm in Vorsfelde ist zunächst folgendes verfügt: „Es ist beschlossen worden, größere statistische Arbeiten über die Verhältnisse des Herzogtums unternehmen zu lassen. Da Sie Sich bereit erklärt haben, diesem Geschäfte Sich zu unterziehen, so wollen Wir Ihnen den Auftrag dazu erteilen und haben Sie Sich am 1. k. M. hierher nach Braunschweig zu begeben und von dem unterzeichneten Geheimrate (Geheimrat Langerfeldt) die weiteren Instruktionen in Empfang zu nehmen.“ Der Amtsrichter Rhamm wird dabei unter Verwilligung von Umzugskosten vollständig nach Braunschweig versetzt und über seine Dienstwohnung in Vorsfelde anderweitig ver-

fügt; für Besorgung der fr. Arbeiten wird ihm neben seinem bisherigen unverändert fortlaufenden Gehalt eine Remuneration zugesprochen.

Danach fand also eine formelle Bildung eines statistischen Bureaus als einer eigenen Verwaltungsabteilung unter und im unmittelbaren Anschluß an das Herzogl. Staatsministerium nicht sofort statt, sondern man stellte, obwohl man von vornherein die Überzeugung, daß man eine dauernde Regelung zur Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses zu treffen haben würde, gehabt haben dürfte, die Sache zunächst lediglich auf die Person des besonders mit den fraglichen Arbeiten Beauftragten. Dem entsprach es auch, wenn nunmehr weiter durch ein Ministerialreskript vom 25. November 1853 die Herzogl. Kreisdirektionen mit der Nachricht, daß der „Amtsrichter Rhamm mit der Ausführung statistischer Arbeiten über das Herzogtum einstweilen beauftragt“ sei, versehen und gleichzeitig angewiesen wurden, „demselben auf desfallsige Requisition die Einsicht der dortigen Akten zu gestatten, ihm die zu jenen Arbeiten erforderlichen Akten verabfolgen zu lassen und darauf bezügliche Anfragen zu erledigen.“

2. Der Begründungstermin der 1. Januar 1854. Daß man mit der vorbezeichneten Berufung des Amtsrichters Rhamm die Angelegenheit noch nicht für abgeschlossen erachtete, dürfte weiter daraus erhellen, daß im November 1853 auch noch an das Königl. Hannoversche Ministerium das Ersuchen gerichtet wurde, dem Braunschw. Staatsministerium „über die Einrichtung des dortigen Statistischen Bureaus, sowie über Gegenstand, Zeitpunkt und Ausführungsweise der von demselben ausgehenden Erhebungen unter Mitteilung der dort gebrauchten Tabellen Kenntnis zu geben.“ Ähnliche Ersuchen, bei welchen aber wesentlich als leitender Gesichtspunkt betont wurde, wie es wünschenswert sei, „daß die statistischen Erhebungen in den einzelnen Staaten auf möglichst gleiche Grundlagen sich stützten und daß die einzelnen Statistischen Bureaus durch gegenseitige Mitteilungen sich von den Ergebnissen ihrer Forschungen in Kenntnis setzten“, um so erst eine den wesentlichsten Nutzen gewährende vergleichende Statistik zu ermöglichen, wurden aber im März 1854 auch an das Königlich Bayerische, das Königl. Sächsische und das Großherzogl. Oldenburgische Ministerium gerichtet und alleseitig in der entgegenkommendsten Weise beantwortet. Während nun aber in dem Schreiben an das Hannoversche Ministerium als Begründung des Ersuchens angeführt war, man sei „im Begriffe, über die hiesigen Lande umfassende statistische Arbeiten vornehmen zu lassen“, ist in dem Schreiben nach Bayern, Sachsen und Oldenburg bereits ausdrücklich gesagt, man habe „nach dem Vorgange anderer Staaten die Einrichtung eines unter unserer unmittelbaren Aufsicht stehenden statistischen Bureaus verfügt, um durch dasselbe zunächst das in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung angesammelte und anzusammelnde statistische Material zusammenstellen zu lassen und dadurch einestheils eine bessere Kenntnis von dem Zustande des Landes und anderenteils die Grundlagen für eine wissenschaftliche Statistik zu gewinnen“.

Wenn also eine ausdrückliche und aktenmäßige Beurkundung über die formelle Errichtung eines besonderen Statistischen Bureaus als solchen auch fehlt, so wird man nach der Fassungsweise der pp. Ersuchungsschreiben, wie wir sie soeben berührt haben, doch mit einer gewissen Sicherheit schließen dürfen, daß eine solche Errichtung in der Zeit zwischen dem Schreiben nach Hannover (15. November 1853) und den Ersuchen an die anderen Ministerien (9. März 1854) tatsächlich vollzogen ist oder doch als so vollzogen angenommen worden ist. Da aber eine derartige Vollziehung

und die Schaffung einer neuen staatlichen Einrichtung regelmäßig zu den sich stärker abhebenden Jahres- oder zum mindesten Vierteljahrs-Terminen zu geschehen pflegt, so wird man nach Lage der Sache anzunehmen haben, daß die tatsächliche Errichtung eines eigenen staatlichen Statistischen Bureaus für das Herzogtum Braunschweig auf den 1. Januar 1854 erfolgt ist.

Die letztere Annahme wird dann aber noch dadurch wesentlich unterstützt, daß zum 1. Januar 1854 der erste Bureaubeamte, der Revisionsgehilfe Röbbler, zur Anstellung, und zwar ausdrücklich im „Statistischen Bureau“ zur Anstellung gelangt; in der Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums an den Finanzdirektor ist ausgesprochen: „Der Revisionsgehilfe Röbbler ist vom 1. Januar 1854 an zum Arbeiten im Statistischen Bureau bestimmt und anzuweisen, sich beim Amtsrichter Rhamm hieselbst demnächst zu melden“. In einer gleichen Weise wird auch weiter bei den ersten Anstellungen und Verschiebungen im Bureaupersonal, welche sich in den nächstfolgenden Jahren vollziehen, verfahren, so bei der Annahme des Kammersehreibers Wiegandt und der anderen Verwendung des Revisionsgehilfen Röbbler. Die ministerielle Verfügung vom 30. August 1854 sagt: „Der Kammersehreiber Wiegandt wird zur Aushilfe in der Schreiberei und zur Beschäftigung im Statistischen Bureau angenommen“, und die weitere Verfügung vom 13. Dezember 1856: „Wiegandt wird als Kanzlist beim Statistischen Bureau zum 1. Januar 1857 angestellt“. Nachdem schon in einem Ministerialreskript vom 12. Januar 1856 die Absicht ausgesprochen wurde, den Revisionsgehilfen Röbbler von den Arbeiten beim Statistischen Bureau zu entbinden, ist unter dem 16. November 1856 vom Herzogl. Staatsministerium verfügt: „Da der Revisionsgehilfe Röbbler mit Ablauf des Jahres 1856 im Statistischen Bureau entbehrlich wird, so soll derselbe angewiesen werden, sich Neujahr bei Herzogl. Finanz-Direktorium zu melden.“

Obgleich demnach in den ministeriellen Verfügungen bezüglich des Bureaupersonals stets ausdrücklich von einem Statistischen Bureau gesprochen wird, ist das Gleiche in der Verfügung bezüglich des sich bald vollziehenden Wechsels in der Person des leitenden Beamten nicht der Fall. Der Amtsrichter Rhamm wurde bereits zum 1. Januar 1854 in das Herzogl. Obergericht zu Wolfenbüttel berufen, behielt aber vorläufig die Leitung des Statistischen Bureaus noch bei. In letzterem Amte wurde demnächst zu seinem Nachfolger der Kreisdirektor Bussius bestimmt; das bezügliche an diesen gerichtete Ministerialreskript vom 30. Dezember 1854 beginnt: „Nachdem der Amtsrichter Rhamm zum Obergerichtsrat befördert ist, wollen Wir Sie vom 1. Januar k. J. an mit den statistischen Arbeiten, welche von demselben bisher besorgt worden sind, beauftragen“. Des weiteren sind aber auch in Übereinstimmung mit der oben bezeichneten Ministerialverfügung vom 25. November 1853 die Herzogl. Kreisdirektionen und für das Mal auch der Stadtmagistrat Braunschweig durch ein ministerielles Reskript vom 6. März 1855 angewiesen, die statistischen Arbeiten, mit welchen nunmehr der Kreisdirektor Bussius beauftragt, zu unterstützen und zu fördern; auch in dieser Verfügung ist die Sache wiederum wie zuerst persönlich gehalten und ist die Förderung lediglich auf die Person gestellt und nicht etwa auf die besondere Amtsstelle, als welche in anderen Verfügungen das Statistische Bureau als solches hervortritt. Ungeachtet dieses letzteren Umstandes, der aber auch wohl darin seine besondere Begründung hat, daß man von vornherein die amtliche Stellung des leitenden Beamten und die Verbindung mit dem Herzogl. Staatsministerium beziehungsweise speziell auch gegen-

über dem Departementschef desselben für das Innere nicht so scharf abgrenzen wollte, dürfen wir aber ohne Bedenken bei unserer früheren Annahme verbleiben und die tatsächliche Errichtung des Statistischen Bureaus vom 1. Januar 1854 an datieren.

III. Der Geschäftskreis bei der Begründung. Eine besondere Festlegung und ausdrückliche Anweisung bezüglich des ganzen Geschäftskreises des Statistischen Bureaus und der einzelnen von demselben regelmäßig auszuführenden statistischen Arbeiten wurde von dem Herzogl. Staatsministerium nicht gegeben, es wurde vielmehr nach dieser Richtung hin, sofern nicht mündliche Spezialanweisungen erfolgten, dem leitenden Beamten in der Hauptsache freie Hand gelassen. Aktenmäßig sind nur von dem Departementschef der Finanzen Geheimrat von Geyso „Bemerkungen über die das Finanzdepartement betreffenden Arbeiten des Statistischen Bureaus“ unter dem 13. Dezember 1853 erlassen worden, welche aber auch mehr leitende Gesichtspunkte für das zu bearbeitende Material wie eine besondere Geschäftsanweisung für einen bestimmten Arbeitskreis geben wollten. Ein wie großes Arbeitsfeld dem Statistischen Bureau allein auf dem Gebiete der Finanzverwaltung danach eröffnet wird, geht aus den zahlreichen Einzelheiten, welche für eine statistische Verfolgung geeignet ausdrücklich bezeichnet werden, hervor. So werden zunächst bezüglich der Einnahmen als zu berücksichtigende Gegenstände hingestellt: I. Domänen und Klostergüter (Gesamtfläche, Verschiedenheit in der Kulturart, Verhältnis zum Privatbesitz, Resultate der Separationen, Meliorationen, Gebäude, landwirtschaftliche Gewerbe, Baukosten, finanzielle Resultate pp.); II. Forsten (Fläche, Verhältnis zum Privatbesitz, finanzielle Resultate, Einteilung, Einrichtung, Art der Verwertung der Waldprodukte, Waldarbeiter, Jagdverhältnisse); III. Berg- und Hüttenwerke pp. (Beschreibung, Erzeugnisse, finanzielle Resultate, Zahl und Verhältnis der Berg- und Hüttenleute; Trennung nach Eisenwerken, Braunkohlenwerken, Salinen [Salzregal], Steinbrüchen, als Annex Porzellanfabrik, Münze, Komunionwerke); IV. Kammer- und Kloster-Kapitalfonds; V. Grundsteuer; VI. Personalsteuer; VII. Gewerbesteuer; VIII. Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben; Rübenzuckersteuer, Tabakssteuer und Übergangsabgaben; IX. Branntweinsteuer; X. Biersteuer; XI. Weserzoll; XII. Einnahme von den Messen; XIII. Städtische indirekte Abgaben aus Braunschweig und Wolfenbüttel (Torakzise, Mahlakzise, Mahllohn, Schlachtakzise, Brückengeld); XIV. Stempelsteuer; XV. Eisenbahnen; XVI. Posten; XVII. Leihhausanstalt; XVIII. Lotterie. Bezüglich der Ausgaben wurden folgende Einzelheiten zur Berücksichtigung emp-

fohlen: 1. Bedarf des Landesherrn; 2. Staatsministerium und Landes-Hauptarchiv; 3. Bundesverhältnisse und Legationen; 4. Landtagskosten; 5. Militärverwaltung; 6. Justizverwaltung (Kosten, Strafanstalten); 7. Polizeiverwaltung; 8. Finanzverwaltung; 9. Zivil-Pensionen; 10. Öffentliche Straßen und Straßenbauten (Neubau und Unterhaltung von Straßen, Kosten, Chausseegelder, Land- und Heerstraßen); 11. Kammer- und Landesschuldenwesen (Kammerschulden, Eisenbahnschulden, sonstige Landesschulden); 12. Kirchen und Bildungsanstalten; 13. Gnadenpensionen und Unterstützungen. Diesen hier nur im allgemeinen aufgeführten Einzelgegenständen wurden sodann in Zusatzbemerkungen des Geheimen Hofrats Kybitz vom 16. Dezember 1853 hauptsächlich noch das Landes-Brandversicherungswesen und die Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt hinzugefügt. Aus der hiernach sich bietenden an sich sehr großen Zahl der vorzunehmenden Feststellungen geht jedenfalls zur Genüge hervor, daß man von vornherein den Arbeiten, welche dem Statistischen Bureau obliegen sollten, eine verhältnismäßig weite Ausdehnung zu geben gedachte, obwohl es sich ja bei sehr vielen der Einzelheiten nur um eine fortdauernde Sammlung des anderweitig gebotenen Materials und nicht um eine Bearbeitung desselben handeln konnte.

Wie man aber von Anfang an die Aufgaben, welche das Statistische Bureau im allgemeinen und im einzelnen zu erfüllen haben sollte, ansah, geht am besten aus einer eingehenden Denkschrift hervor, welche der erste Leiter des Statistischen Bureaus Amtsrichter Rhamm Ende 1854 bei seinem Scheiden von der Amtsleitung nach einer zwar nur kurzen, aber doch die ganze erste Einrichtung umfassenden und danach erfolgreichen Tätigkeit abgefaßt hat. Die Denkschrift enthält aber gleichzeitig auch eine Darstellung desjenigen, was von dem Statistischen Bureau bis dahin bereits verarbeitet beziehungsweise zur Verarbeitung in die Wege geleitet war und gibt somit auch einen Überblick über die erste Geschäftstätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus. Nach beiden Richtungen hin hat sie aber ein besonderes Interesse, so daß wir sie hier nicht unberücksichtigt lassen können. Mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden beschränkten Raum wollen wir aber die nähere Betrachtung der Denkschrift gleichzeitig mit zur Darlegung der gesamten Tätigkeit des Statistischen Bureaus in dem ersten Zeitabschnitt benutzen und uns eine einheitliche Behandlung derselben für den folgenden Abschnitt vorbehalten, um Wiederholungen, welche sich bei einer späteren gesonderten Behandlung notwendig machen würden, zu vermeiden.

C. Die Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus in der ersten Periode 1854/70

I. Die Einzelheiten der Tätigkeit nach Massgabe der Rhammschen Denkschrift. 1. Allgemeines. Für die Darstellung der Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus in seiner ersten Periode bis zum Jahre 1870 in den Einzelheiten werden wir nach Maßgabe des am Schluß des vorigen Abschnitts Bemerkten zunächst jene Denkschrift des Amtsrichters Rhamm zu Grunde legen, indem wir bei den Einzelpunkten der Denkschrift gleich die weitere Entwicklung, welche die bezügliche

Frage in der Periode genommen hat, berühren, und so gleichzeitig die erste Abgrenzung des Geschäftskreises des Bureaus mit der innerhalb desselben entwickelten Tätigkeit behandeln. Hauptsächlich werden wir dabei aber diejenigen Erhebungen, welche in dem laufenden Zeitabschnitt zur Erledigung kommen, berücksichtigen, während wir uns eine nähere Betrachtung der noch in die nächste Periode hinüberreichenden zum Teil für eine einheitliche Darstellung in dem nächsten Abschnitt vorbehalten.

Im allgemeinen hebt die Denkschrift zunächst hervor: „Wie bei jeder Staatseinrichtung, bei jeder Organisation die vorliegenden konkreten Verhältnisse ins Auge zu fassen sind und nicht allein nach abstrakten wissenschaftlichen Grundsätzen zu verfahren ist, wenn überhaupt ein praktisch brauchbares Resultat erreicht werden soll, so war auch bei der Einrichtung eines Statistischen Bureaus für das Herzogtum und bei den ersten Arbeiten desselben auf die hier vorliegenden besonderen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Als solche dürften aber besonders in Betracht kommen:

1. daß der Umfang des Staatsgebietes ein geringer ist und daß auf möglichste Einschränkung des Kostenaufwandes für das Statistische Bureau Bedacht genommen werden soll
2. daß bisher statistische Arbeiten nur in geringem Umfange gefordert sind, eine Kontrolle derselben im Grunde gar nicht stattgehabt hat und daß vorzugsweise die mit Herbeischaffung des Materials zu beauftragenden Gemeinde- und Landesverwaltungsbeamten bereits an Geschäftsüberhäufung leiden
3. daß die Verhältnisse des Herzogtums zu anderen Staaten, namentlich zum Zollvereine, es notwendig machen, die statistischen Erhebungen in gleicher Weise als in den übrigen Zollvereinsstaaten anzustellen“

Was das zur Verfügung stehende Material aus der Vorzeit anlangt, so wird betont, daß dasselbe einestheils nur beschränkt und außerdem sehr lückenhaft sei, weil bei dem Schloßbrande von 1830 die generellen Akten in der Hauptsache verloren gegangen seien und die Spezialakten der Einzelbehörden durchweg nur noch unvollständige Bruchstücke enthielten, und andernteils wegen Mangels fest bestimmter Normen, nach welchen die Zusammenstellungen vorzunehmen, und wegen Mangels einer jeden Kontrolle über die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der gelieferten Daten beinahe völlig unbrauchbar seien, so daß, um sie für allgemeine Vergleichen pp. zu benutzen, sich eine gänzliche nochmalige Durcharbeitung und Nachprüfung als notwendig erwiesen hätte.

2. Die einzelnen Aufgaben der Statistik. Im einzelnen sind dann die Aufgaben des Statistischen Bureaus nach den Gegenständen in die folgenden Kategorien zerlegt:

a. Das Land. In dieser Beziehung sollte berücksichtigt werden die geographische Lage, die Begrenzung und die physische Beschaffenheit, das Klima und die Größe des Herzogtums und weiter im speziellen die Art und Weise der Bodenverteilung in demselben, wobei wieder nachzuweisen, wie sich die Grundfläche des Landes nach ihrer Benutzungsart (Acker, Garten, Wiesen, Forsten, Änger pp.), nach ihren Eigentümern (Staat, Gemeinde, Kirche, Schule, Privaten pp.) und nach der Größe der einzelnen Besitzungen verteilt. Die bisherigen Arbeiten hatten sich nur auf die Größe und auf die Bodenverteilung bezogen und hatte man in letzterer Beziehung begonnen, für jede Ortschaft eine Zusammenstellung der Grundbesitzungen unter Angabe der Qualität, der Besitzer, der Größe und der Einteilung der Zubehörungen (Äcker, Gärten, Wiesen pp.) anzulegen, auch bezüglich der sämtlichen Forsten, sowie bezüglich der Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren und Schulen besondere Angaben zu sammeln.

In letzterer Beziehung wurden später behuf Darstellung der Grundbesitz-Verhältnisse nicht nur nach dem Bestand, sondern auch nach der Verteilung des Grundbesitzes die Grundsteuer-Kataster zu zwei Malen (1857 und 1861) in umfassender Arbeit besonders benutzt und auf Grund von Auszügen aus diesen Übersichtstabellen einmal über die Eigentumsverhältnisse (Staats-, Korpora-

tions-, Privat-Eigentum), sodann über die Wirtschaftskomplexe (Acker-, Halbspänner-, Groß- und Kleinkothöfe pp., Brinksitzer- und Anbauerwesen, einzelne Parzellen pp.), ferner über die Größenverhältnisse und über die Nutzungsverhältnisse (Äcker, Gärten, Wiesen, Änger, Teiche, Forsten etc.), soweit sich solche auf Grund der Dorf- und Feldbeschreibungen unter Mitbenutzung der Separationsrezesse ermitteln ließen, angefertigt.

b. Die Bevölkerung. Hier kamen in erster Linie die Volkszählungen in Frage, deren älteres Material wiederum unter Lückenhaftigkeit, Mangel genügender Datenkontrolle und Verschiedenheit in den Erhebungsgrundsätzen bei den einzelnen Zählungen leidet, aber nimmehr durch nachträgliche Revision und Durcharbeitung wenigstens zu einer beschränkten Brauchbarkeit gebracht ist. Weiter handelt es sich hierbei um die Bewegung der Bevölkerung, in welcher Hinsicht in den Übersichten der jährlich Geborenen, Gestorbenen und Kopulierten wenigstens seit 1830 ein verwendbares Material zur Verfügung steht, so daß hier nur eine Fortsetzung der bisherigen Erhebung und eine sachgemäßere Verarbeitung erforderlich erscheint, um die Verfolgung der Ein- und Auswanderung, bezüglich deren von 1853 an Feststellungen nach bestimmten Formularen eingeleitet sind, und um die Ehescheidungen, deren nähere Berücksichtigung in den gerichtlichen Geschäftstabellen angeordnet ist; über die Geburts- und Sterbefälle sind sofort im Jahr 1853 genaue Nachweisungen unter Klassifikation nach den Monaten der Geburt und des Sterbefalls, nach dem Alter der Gestorbenen pp. aufgestellt.

Wie die Vorschriften über die Einsendung der Listen der Kopulierten, Geborenen und Gestorbenen im wesentlichen dieselben geblieben und in dieser Periode nur unwesentliche Modifikationen erlitten, haben wir bereits oben einheitlich behandelt. Die Listen wurden seit Errichtung des Herzogl. Statistischen Bureaus stets an dieses überwiesen; sie gingen regelmäßig ein und wurden ebenso auch von dem Statistischen Bureau fortgesetzt verarbeitet, wie mehrfache Veröffentlichungen desselben zeigen. Ebenso wurden die Nachweisungen über die Ein- und Auswanderung stetig geliefert und aus denselben im Statistischen Bureau die spezielleren Zusammenstellungen gemacht, welche gleicherweise verschiedentlich zur Veröffentlichung gebracht wurden.

c. Die politische Landesverfassung. Dabei wird es sich hauptsächlich um die Wahlberechtigung handeln und waren auch bereits über die Zahl der Gemeindegewahlberechtigten in den nach der Städte- und Landgemeindeordnung zu bildenden drei Wählerklassen Nachweise vorgeschrieben, welche aber bald wieder in Fortfall gekommen sind. Zu einer Verarbeitung haben dieselben nur einmal geführt, indem das Herzogl. Statistische Bureau eine tabellarische Übersicht über die in sämtlichen Landgemeinden des Herzogtums nach Maßgabe der Landgemeindeordnung in den einzelnen Gemeinderats-Wählerklassen befindlichen Wahlberechtigten bzw. die Zahl der von ihnen zu wählenden Gemeinderatsmitglieder für das Jahr 1855 aufgestellt hat.

d. Das Gemeindewesen. Einen zunächst zu berücksichtigenden Punkt bildet hier die Abgrenzung der Gemeinde- und Gemarkungsbezirke; das Statistische Bureau hat eine Zusammenstellung über alle isolierten Besitzungen unter Angabe des Gemeindeverbandes, zu welchem sie gehören, angefertigt, nachdem die Herzogl. Kreisdirektionen durch ein Ministerialreskript vom 6. November 1853 zur Lieferung des notwendigen Materials angerufen waren; nach späteren Ergänzungen konnte das vorhandene Verzeichnis als ein tunlichst genaues bezeichnet werden. Durch ein Ministerialreskript vom 23. November 1853 sind ferner zur jährlichen Einreichung durch die Kreisdirektionen angeordnet einmal Tabellen über die finanzielle Lage der Amtsarmen-, Amtswegebesserungs- und Amtsfeuerkassen-Rechnungen des Kreises und ferner Tabellen über die finanzielle Lage aller Landgemeinden, sowie derjenigen

Stadtgemeinden, in welchen die städtische Verwaltung unter Aufsicht der Kreisdirektion steht; letztere Tabellen sind für die Stadt Braunschweig selbständig einzusenden. Diese Tabellen sind aber nur für die Jahre 1853 bis 1856 einschließlich eingereicht worden und sind für diese Jahre im Statistischen Bureau auch Zusammenstellungen bezüglich der nachgewiesenen speziellen finanziellen Verhältnisse ausgearbeitet.

Eine weitere Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums vom 8. April 1856 weist die Herzogl. Kreisdirektionen an, Übersichten über die politischen Verhältnisse und die finanzielle Lage der Landgemeinden nach dem Stand zu Ende des Jahres 1855 aufzustellen und hat das Statistische Bureau danach eine Tabelle über die finanziellen Verhältnisse der Landgemeinden des Herzogtums Ende 1855 angefertigt. Bezüglich der Stadtkassenrechnungen der Stadtgemeinden ihres Kreises wurde den Kreisdirektionen eine ähnliche Aufgabe durch Ministerialverfügung vom 11. April 1856 gestellt und beruht darauf eine Nachweisung des Herzogl. Statistischen Bureaus über die finanziellen Verhältnisse der Stadtgemeinden des Herzogtums für das Jahr 1852/53. Endlich sind durch ein Ministerialreskript vom 28. September 1863 nochmals von den Kreisdirektionen tabellarische Übersichten über die finanzielle Lage der Gemeindekassen vom Rechnungsjahr 1862 eingefordert, auf Grund deren vom Herzogl. Statistischen Bureau eine amtsgerichts- und gemeindeweise tabellarische Zusammenstellung bezüglich der sämtlichen Gemeinden des Herzogtums nach dem Stand zu Ende des Jahres 1862 ausgeführt ist.

e. Öffentlicher Unterricht. Bezüglich aller öffentlichen Lehranstalten wurde es von Anfang an als spezielle Aufgabe bezeichnet, die Zahl der Lehrer- und Schülerpersonals, die Einnahmen und Ausgaben der Anstalten, die Quelle der ersteren und den Gegenstand der letzteren festzustellen und auch bezüglich der Privatlehranstalten das Erbringen gleicher Nachweise zu veranlassen.

Nach einer Ministerialverfügung vom 30. Dezember 1853 soll zunächst Herzogl. Konsistorium eine bezügliche Tabelle über die sämtlichen Stadt- und Bürgerschulen, sowie eine gleiche nach Inspektionsbezirken gesonderte Tabelle über die Landgemeindeschulen einreichen und bestand dabei die Absicht, daß auch für die Zukunft ähnliche vielleicht noch etwas zu spezialisierende Listen eingefordert werden sollten. Letzteres ist dann allerdings nicht geschehen, es sind jedoch die eingegangenen Tabellen auf Grund bezüglich der Angaben des Herzogl. Konsistoriums bis zum Jahre 1860 eingebessert worden.

Bezüglich der Gymnasien hat Herzogl. Staatsministerium einmal durch ein Reskript vom 23. Oktober 1853 verfügt, daß Herzogl. Konsistorium eine Übersicht über die Frequenz der Gymnasien des Landes innerhalb der letzten 10 Jahre (Angabe der Schülerzahl, Verteilung derselben auf die einzelnen Klassen, Betrag des jährlich eingekommenen Schulgeldes) einsenden solle, und sodann durch ein weiteres Reskript vom 14. November 1856 die jährliche Einsendung der fraglichen Übersichten angeordnet; letztere Einsendung hat aber nur bis zum Jahr 1858 einschließlich stattgefunden.

Über die Lehrer-Seminare ist nach den Angaben des Herzogl. Konsistoriums nur einmal eine Übersicht vom Herzogl. Statistischen Bureau aufgestellt, die Tabelle die Schullehrer-Seminar-Anstalten zu Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg im Jahr 1854 betr.; auch bezüglich des Prediger-Seminars zu Wolfenbüttel ist eine ähnliche Zusammenstellung für das Jahr 1854 gemacht.

Behuf näherer Festlegung der Verhältnisse der Privat-Lehranstalten wurden die Herzogl. Kreisdirektionen beziehungsweise der Stadtmagistrat Braunschweig durch ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums beauftragt, mitzuteilen, welche Privat-Unterrichtsanstalten — als katholische und jüdische Schulen, Bauhandwerker-, Ackerbau-, Sonntagschulen pp., Blinden- und Taubstummen-Institute — sich am

1. Januar 1854 in ihrem Bezirk befunden haben, wer dieselben leitet, Zahl der Haupt- und Hilfslehrer pp., Schülerzahl sowie pekuniäre Verhältnisse der Anstalten; das eingegangene Material ist vom Statistischen Bureau übersichtlich zusammengestellt, doch hat eine Wiederholung der Erhebung nicht stattgefunden.

Über das Collegium Carolinum, bezüglich dessen übrigens bereits vom Jahre 1836 an — erneuert durch Verfügung vom 2. Oktober 1845 — halbjährlich Übersichten über die Frequenz in den drei Abteilungen einzureichen waren, wurde durch ministerielle Verfügung vom 12. August 1854 eine eingehendere Nachweisung verlangt, welche über die Zahl der Studierenden in den drei Abteilungen, die Gebürtigkeit der Studierenden, die Zahl der Lehrer in den Abteilungen und die zu Gebote stehenden Sammlungen Aufschluß geben sollte; die Nachweisung ist nur das eine Mal aufgestellt.

Über die Zahl der theologischen, juristischen, höheren Schulamts-, ärztlichen und wund-ärztlichen Kandidaten sollten nach einer ministeriellen Verfügung vom 8. April 1854 die einzelnen Prüfungsbehörden zunächst für die letzten 20 Jahre Übersichten, die die in jedem einzelnen Jahr zu den verschiedenen Prüfungen zugelassenen Kandidaten nachweisen, aufstellen, was auch geschehen ist; eine weitere ministerielle Verfügung vom 19. September 1856 ordnet darauf die jährliche Einreichung solcher Übersichten an, doch ist diese bald in Wegfall gekommen.

f. Wissenschaft, Literatur und Kunst. Die Ermittlungen sollen sich hier auf das Herzogl. Museum, die Bibliothek in Wolfenbüttel, die wissenschaftlichen Hilfsmittel der verschiedenen höheren Lehranstalten, sowie auf die wissenschaftlichen und Kunstvereine zu erstrecken haben. Verarbeitet ist in dieser Beziehung nichts.

g. Kultus. In Frage kommt namentlich die kirchliche Einteilung des Landes, die Zahl und Art der gottesdienstlichen Gebäude, der Seelsorger, der Umfang des Vermögens und der Einkünfte und Ausgaben der Kirchen, Pfarren und Pfarrwitwentümer; tabellarische Nachweisungen bezüglich dieser Momente sind für die evangelisch-lutherische Landeskirche fertiggestellt; das erforderliche Material dazu hatte das Herzogl. Konsistorium zu Folge ministerieller Verfügung vom 23. November 1853 zu beschaffen und fand sodann die Zusammenstellung vom Herzogl. Statistischen Bureau in vier Tabellen — Generaltabelle über die evangelische Kirche des Landes, Generalinspektions-Tabelle, Spezialinspektions-Tabelle, Übersichtstabelle der nach dem Auslande eingepfarrten Ortschaften — statt; auf Grund weiterer Angaben seitens Herzogl. Konsistoriums sind die Zusammenstellungen später noch nach dem Stande von 1859 und von 1860 ergänzt, von da an ist aber keine weitere Ergänzung mehr erfolgt.

h. Wohltätigkeitsanstalten. Nähere Nachweise sind speziell bezüglich aller derjenigen wohltätigen Anstalten, welche zur Aufnahme von Armen, Kranken, Pfléglingen, Waisen pp. bestimmt sind, erforderlich, eine Beibringung derselben durch die Herzogl. Kreisdirektionen ist durch Ministerialreskript vom 3. Mai 1854 angeordnet und zum Teil auch erfolgt. Es fällt hierher auch die allgemeine Armenstatistik, welche aber zunächst nur in unvollkommener Weise bezüglich der Zahl der Armen und des Umfangs der ihnen gewährten Unterstützung durch das vorbezeichnete Ministerialreskript eingeleitet ist. Speziell bezüglich der kirchlichen Armenpflege war Herzogl. Konsistorium durch Ministerialreskript vom 4. März 1854 angewiesen, eine nähere Nachweisung zunächst bezüglich des Standes vom Jahre 1853 einzusenden speziell darüber, wie groß im fraglichen Jahre in den einzelnen Kirchengemeinden die Einnahmen, die Ausgaben und der verbliebene Vorrat der kirchlichen Armenkassen gewesen und welche Zahl von Armen aus diesen Kassen unterstützt worden; diese Nachweisungen sind dann auch für die Jahre 1854 bis 1856 geliefert worden und später nach einer besonderen Verfügung

vom 27. Dezember 1860 auch nachträglich noch für die Jahre 1857 bis 1859; damit hat aber die Statistik aufgehört.

i. Justiz. Sowohl die Zivilrechtspflege wie die Strafrechtspflege, erstere natürlich im weitesten Sinn unter Einschluß der freiwilligen Gerichtsbarkeit, kommen hier in Betracht. Die unmittelbare Quelle bilden die Geschäftstabellen der Gerichte, welche schon seit Anfang der dreißiger Jahre aufgestellt wurden, aber bezüglich der Zivilrechtspflege nur wenig einheitlich und lückenhaft. Durch Ministerialreskript vom 20. November 1854 wurde die Aufstellung der Übersichten über die Justizpflege neu und ausführlich geregelt. Auch die Nachweisungen über den Betrag der ingrossierten Hypotheken, welcher in den bisherigen Übersichten schon erschienen, wurden besonders auf den wirklichen derzeitigen Stand soweit tunlich ergänzt.

Die nach der neuen Anweisung aufgestellten Geschäftsnachweisungen gingen regelmäßig ein und lieferten nunmehr auch ein einheitliches und vollständiges Material, welches zunächst für die ersten zehn Jahre von 1855—1864 auf dem Statistischen Bureau besonders verarbeitet und zusammengestellt wurde, dabei sämtliche Gerichte des Landes und Zivil- und Strafrechtspflege in eins umfassend. Seit 1856 erschienen übrigens die Geschäftsübersichten der Gerichte regelmäßig für jedes Jahr im Druck in einer fortdauernden festgegebenen Form, herausgegeben von Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft.

Bezüglich der Militär-Strafrechtspflege mußte auch nach einer ministeriellen Verfügung vom 19. Mai 1854 das Stabs- und Garnison-Auditoriat eine Nachweisung für jedes Jahr einreichen, was gleicherweise regelmäßig für die Jahre von 1855 bis 1866 geschah; auch bezüglich der Geschäftstätigkeit der Militärgerichte wurden vom Herzogl. Statistischen Bureau Zusammenstellungen gefertigt.

k. Gefängniswesen. Früher wurde nur die Zahl der bei den Gerichten inhaftiert gewesenen Personen mit den Gründen der Verhaftung nachgewiesen, es ist aber eine neue Instruktion über die wegen des Gefängniswesens zu machenden Aufstellungen durch Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 30. November 1853 erlassen, die über die wichtigeren Einzelheiten den nötigen Aufschluß enthält. Gemäß dieser Instruktion gingen von der Gefängnisverwaltung regelmäßige statistische Nachweisungen über die in den Straf- und Gefängnisanstalten des Herzogtums inhaftierten Personen ein, deren Material für die zehn Jahre von 1854 bis 1863 vom Herzogl. Statistischen Bureau zusammenfassend bearbeitet wurde; später hörten die Nachweisungen auf.

Auch über die Korrekptionsanstalt zu Bevern bekam das Statistische Bureau jährlich einen Generalbericht, welcher übrigens schon seit dem Jahre 1834 erstattet werden mußte; nachdem aber seitens der Direktion der Korrekptionsanstalt jährlich im Braunschweigischen Magazin eine nähere Darstellung bezüglich der in der Anstalt untergebrachten Personen und der Verwaltungsergebnisse veröffentlicht wurde, fielen die Generalberichte als zwecklos fort.

l. Polizei und öffentliche Sicherheit. Dieses Feld ist zunächst nicht besonders herangezogen wesentlich wegen sonstiger Überlastung der bezüglichen Behörden; als früher schon notwendige und fortzusetzende Arbeiten sind zu nennen: die Zusammenstellungen über die Zahl der alljährlich von dem Polizeimilitär angehaltenen oder zur Haft gebrachten Personen, die Nachweisungen über die Forst- und Jagdfrevel und die Nachweisungen über die plötzlichen Todesfälle.

m. Medizinalwesen. Mit der Aufstellung einer tabellarischen Übersicht über die Sanitätsanstalten und die Medizinalpersonen des Herzogtums, welche alle drei Jahre zu wiederholen ist, wurde Herzogl. Ober-Sanitäts-Kollegium durch Ministerialreskript vom 7. Dezember 1853 beauftragt; über die Heilanstalten pp. mußten die Verwaltungsbehörden Auskunft geben. Die erstere tabellarische Übersicht ist nach dem Stande vom 1. Januar 1854, sodann

aber nicht wieder eingereicht, da durch ein Ministerialreskript vom 19. September 1856 angeordnet wurde, daß an Stelle der dreijährigen Neuaufstellung der Übersicht jährlich die in dem bisherigen Bestande eingetretenen Veränderungen nachgewiesen werden sollten; letzteres ist dann auch regelmäßig bis zum Jahre 1864 geschehen und hat danach das Statistische Bureau die Standesübersicht auf dem Laufenden erhalten. Besonders wurde dann noch aufgestellt eine Liste über das Lebensalter der vom 1. Januar 1830 bis zum 31. Dezember 1859 verstorbenen Ärzte und Wundärzte, sowie ein Verzeichnis der Ärzte, Wundärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Tierärzte nach dem Stande vom Jahre 1862.

Über die Schutzblattern-Impfung und über die Blattern-Krankheit wurde Herzogl. Ober-Sanitäts-Kollegium vermittelt Ministerialreskripts vom 30. August 1856 angewiesen, nähere Nachweise — bezüglich ersterer auch für die zurückliegende Zeit — zu geben. Über die Impfung gingen Tabellen für die Zeit von 1850 bis 1860 ein, deren Material das Statistische Bureau entsprechend zusammenfaßte. Es wurde sodann aber ein neues Formular für die Nachweisungen gegeben, das anfangs mangelhaft, dann aber überhaupt nicht mehr ausgefüllt wurde. Bezüglich der Blattern-Erkrankungen ist näheres nur für die Jahre 1856 bis 1860 einschließlich nachgewiesen, worüber eine Zusammenstellung des Statistischen Bureaus vorliegt.

Ein Ministerialreskript vom 20. September 1856 schreibt dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Kollegium des ferneren vor, alljährlich Nachrichten über die unter dem Wirtschaftsvieh vorkommenden epidemischen Krankheiten zu sammeln und einzusenden. Dieses ist bis 1862 geschehen auch ist das Material für 1857 und 1859 speziell bearbeitet; sodann ist aber durch Ministerialreskript vom 4. Oktober 1865 die Nachweisung wieder aufgehoben, weil dieselbe wegen der Renitenz der Tierärzte sich als zu lückenhaft erwiesen hatte.

Bezüglich des anatomisch-chirurgischen Instituts war vom Direktorium desselben nach einer Ministerialverfügung vom 21. Juli 1854 die Vorlegung einer Übersicht über die Zahl der beschäftigten Lehrer, über die Zahl der Schüler, gesondert nach Gebürtigkeit, und über die Sammlungen verlangt, welche auch gegeben wurde. Ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 19. September 1856 schreibt weiter vor, daß alljährlich eine Übersicht über die Zahl der Zuhörer getrennt nach Semestern aufzustellen sei; diese Übersichten sind von 1856 bis 1867 eingesandt.

n. Wehrkraft. Hier geben namentlich die dem Bundestage jährlich vorzulegenden Nachweisungen über die Militärverhältnisse die nähere Auskunft; ferner sind zu nennen die von den Kreisdirektionen neu eingeforderten Übersichten über die körperliche Beschaffenheit der Militärpflichtigen und die vom Stabsauditeur zu gebenden Übersichten über die Militärgerichtsbarkeit. Die letzteren Übersichten sind bis zum Jahre 1866 regelmäßig zur Einsendung gekommen. Das Material, welches vom Statistischen Bureau entsprechend zusammengefaßt wurde, ist für die Zeit bis 1864 in eingehender Weise von Dr. med. Reck verarbeitet worden.

o. Staatsfinanzen. Die Voranschläge und die Rechnungen über den Staatshaushalt pp. enthalten ein umfangreiches Material, das zunächst nicht zur weiteren Verarbeitung gekommen ist. Es sind sodann aber auch wesentlich wohl in der Richtung der vom Finanzdepartement in den oben angeführten Bemerkungen gegebenen Direktiven die einzelnen Finanzbehörden durch besondere Ministerialreskripte aus dem Jahr 1853 bzw. 1854 beauftragt, speziellere Nachweisungen bezüglich der Einzelheiten ihres Ressorts aufzustellen und einzureichen. So sollten namentlich die einzelnen Direktionen der Herzogl. Kammer und desgleichen auch die Herzogl. Baudirektion sehr eingehende Angaben über alle die einzelnen Verhältnisse ihrer Departements machen, Herzogl. Finanz-Kollegium, Abteilung für Leihhaussachen, Nachweisungen über die Herzogl. Leihhausanstalten und die

damit verbundenen Sparkassen, Herzogl. Eisenbahn- und Postdirektion Übersichten über den Eisenbahnbetrieb und über den Postbetrieb, Herzogl. Steuer-Kollegium Übersichten der Grund- und Personalabgaben geben.

Von Herzogl. Kammer, Direktion der Domänen, ist daraufhin nur einmal gegen Mitte der fünfziger Jahre ein umfassender Generalbericht über die sämtlichen Kammer- und Klostergüter erstattet worden, dessen einzelne Daten auf dem Statistischen Bureau weiter verarbeitet wurden; es ist danach namentlich eine sich auf den gesamten Domänenbesitz des Herzogtums erstreckende Berechnung der Nutzbarkeit nach dem der Bonitierung entsprechenden Grundsteuerkapital, verglichen mit den Einkünften, welche sich aus der Verpachtung ergeben, gewonnen worden; veröffentlicht sind diese Ergebnisse nicht.

Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten, hat in ähnlicher Weise ein genaues Verzeichnis der in jedem Kreise belegenen öffentlichen und Privat-Forsten mit Angabe ihrer Größe, ihres Bestandes und ihres Ertrages, wie solches durch Ministerialverfügung vom 6. Februar 1853 vorgeschrieben war, aufgestellt. Weitere Ministerialreskripte vom 4. April und 19. Mai 1854 ordnen eine Zusammenstellung der Geldeinnahmen und -Ausgaben sowie der Materialgewinnung pp. für die drei Finanzperioden 1830/33, 1840/43 und 1850/53 an, welche 1855 eingereicht und durch nähere Ausführungen ergänzt wurde. Endlich sind aber auch fortlaufend von dem Statistischen Bureau aus den von Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten, bei Vorlegung der Forsthaushaltsbücher jährlich eingehenden Berichten tabellarische Übersichten aufgestellt, aus denen die Betriebsergebnisse der Forstwirtschaft für jede Zeit zu ersehen sind. Vom Herzogl. Statistischen Bureau ist im Jahr 1858 das umfangreiche Material eingehend sowohl tabellarisch wie auch textlich bearbeitet, aber nicht veröffentlicht worden.

Von Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, fordert ein Ministerialreskript vom 3. Januar 1854 die jährliche Aufstellung von Übersichten über die Resultate des Berg-, Hütten- und Salinenbetriebes, wie solche übrigens in der Hauptsache schon seit 1833 existierten; vom Statistischen Bureau sind danach tabellarische Übersichten angelegt, in welche jährlich die Betriebsergebnisse eingetragen wurden; diese Produktionstabellen sind durch den ganzen Zeitraum hindurch fortgeführt; eine tabellarische Übersicht über die Produktion des Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebes im Herzogtum Braunschweig für das Jahr 1864 ist veröffentlicht worden.

Bezüglich des Sparkassenwesens hatte Herzogl. Finanzkollegium bereits seit der Errichtung der Sparkasse nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1834 Übersichten über die bei den einzelnen Sparkassenstellen am Jahreschluß verbliebene Gesamtsumme der Einlagen aufgestellt, welche weiter fortgesetzt und vom Statistischen Bureau zu einer Generalübersicht zusammengestellt wurden. Im Jahre 1866 wurde eine zusammenfassende Darstellung über das Sparkassenwesen im Herzogtum Braunschweig zur Veröffentlichung gebracht.

Durch Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 12. April 1854 wurde Herzogl. Steuer-Kollegium beauftragt, Übersichten über den Ertrag der direkten Abgaben, Grundsteuer, Personalsteuer, Gewerbesteuer, in den einzelnen Landesteilen zu geben und ist solches für die Jahre 1854, 1858 und 1862 geschehen.

p. Ackerbau. Einmal ist hier durch die Ministerialreskripte vom 14. Juni und 16. Oktober 1854 der Landesökonomie-Kommission zur Pflicht gemacht, über ihre Geschäftstätigkeit bezüglich der Separationen, Ablösungen und Allodifikationen, so namentlich über den Fortgang der Spezial-Separationen auch bezüglich der Vergangenheit eingehendere Darstellungen zu liefern. Diese Darstellungen sind sowohl für die Vergangenheit wie auch dann weiter für jedes Jahr regelmäßig während des ganzen Zeitabschnittes eingegangen. Das Statistische Bureau hat danach tabellarische Übersichten angelegt und fortgeführt; die

Ergebnisse sind wiederholt zur Veröffentlichung gekommen. Daneben sollten auch über die sonstigen Anstalten zur Förderung des Ackerbaues (Ackerbauschule, land- und forstwirtschaftlicher Vereine, Tierschau, Gestüte, Drainierung pp.) Nachrichten teils bereits vorhanden, teils leicht zu erlangen sein. Ein greifbarer Erfolg ist hier nur bezüglich des Landgestüts und bezüglich der Drainierungen auf den Kammer- und Klostergütern erzielt.

Der ins Einzelne gehende Bericht über den Zustand und die Erfolge des Landgestüts, welchen der Landstallmeister nach der ministeriellen Verfügung vom 26. Januar 1853 alljährlich zu erstatten hatte, welcher aber in einer ähnlichen Weise bereits in früherer Zeit ergangen war, wurde stets pünktlich eingereicht und ist danach vom Statistischen Bureau eine speziellere Übersicht über die Zahl der Beschäler, der gedeckten Stuten und der gefallenen Füllen fortlaufend aufgestellt. Die Ergebnisse sind zweimal zunächst für die Zeit von 1830 bis 1859 und sodann für die Zeit von 1860—1865 veröffentlicht. Daneben wurde der land- und forstwirtschaftliche Verein durch ministerielle Verfügung vom 14. Januar 1854 angewiesen, über den Zustand der Pferdezucht im Lande und namentlich über den Einfluß, welchen das Landgestüt darauf gehabt hat, einen näheren Bericht zu erstatten, welcher als einmaliger nebst tabellarischen Übersichten eingegangen ist und sich auf einen dreißigjährigen Zeitraum bezieht.

Bezüglich der Drainierungen ist Herzogl. Kammer, Direktion der Domänen, durch Ministerialreskript vom 20. November 1856 beauftragt jährlich bei Einreichung des Etats gleichzeitig eine Übersicht der auf den Kammer- und Klostergütern erfolgten Drainierungen unter summarischer Angabe der drainierten Flächen und der dafür aufgewandten Summen zu geben. Auf Grund dieser während der ganzen Periode regelmäßig eingelieferten Übersichten ist vom Statistischen Bureau eine Generalübersicht aufgestellt, welche fortgesetzt wurde.

Außer den oben schon berührten Festlegungen über die Bodenfläche und ihre Benutzung (urbares Land und nicht urbares Land, Kulturart nach Acker, Wiese, Anger pp.), für welche auch die Arbeiten für die neue Grundsteuer-Regulierung wichtiges Material bieten müssen, bezeichnet die Denkschrift es als besondere Aufgabe für die Statistik festzustellen: a. Das Verhältnis des Anbaues der vorzüglichsten Fruchtarten nach Morgenzahl; b. die Kosten des Anbaues, der Bestellung und Aussaat; c. die Getreidepreise; d. den Viehbestand; e. den Umfang der Produktion; f. den Umfang der Konsumtion und des etwaigen zum Export verbleibenden Produktenüberschusses. In dieser Beziehung ist durch Reskript vom 10. Mai 1854 den Herzogl. Kreisdirektionen pp. die Aufstellung von Feldbestellungstabellen aufgegeben, welche sodann auch den Ernteertrag berücksichtigen sollten. Die in den Jahren 1855 und 1856 damit gemachten Erfahrungen waren aber, obwohl über die unvollkommenen Ergebnisse der letzteren eine Veröffentlichung in der Festschrift für die XX. in Braunschweig tagende Versammlung der Deutschen Land- und Forstwirte unter der Rubrik „Agrarstatistik“ erfolgte, derartig ungünstige, daß man zunächst von Weiterführung der als erfolglos anzusehenden Erhebungen Abstand nahm; man hoffte, daß der land- und forstwirtschaftliche Verein, welcher sich mit der Sache befassen wollte, zu besseren Ergebnissen kommen werde, die man sich dann nutzbar machen könnte, doch ist auch hier ein greifbares Resultat nicht erzielt. Auch bezüglich der Konsumtion der landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse wurde in Verbindung mit dem Ertrag von den Herzogl. Kreisdirektionen durch das Ministerialreskript vom 21. September 1851 bzw. durch das oben erwähnte Reskript vom 10. Mai 1854 eine Jahresnachweisung gefordert, die auch bis 1861 gegeben, dann aber wegen Minderwertigkeit fallen gelassen wurde.

Die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direktion wurde mit der Einlieferung statistischer Nachweise über den Brauerei- und Brennereibetrieb, die Rübenzuckerfabrikation und den Tabaksbau durch die Reskripte Herzogl.

Staatsministeriums vom 31. Januar 1854 bzw. 31. Oktober 1855 beauftragt. Diese Nachweise wurden fortgesetzt für die ganze Periode gegeben und sind vom Statistischen Bureau zu allgemeinen Übersichts-Tabellen verarbeitet worden, die auf dem Laufenden gehalten wurden.

Eine neue Anordnung wegen allgemeiner und ausnahmsloser Vornahme von Viehzählungen ist durch das Ministerialreskript vom 31. Januar 1854 getroffen. Die von den Herzogl. Kreisdirektionen jährlich eingehenden Gemeinde-Viehzählungslisten wurden regelmäßig auf dem Statistischen Bureau weiter verarbeitet und die Ergebnisse zu tabellarischen Übersichten zusammengestellt. Eine Veröffentlichung hat bezüglich der Jahre 1858 und 1860 stattgefunden. Über die Getreidepreise sind auf Grund der schon seit langen Jahren in dem amtlichen Blatt, den Braunschweigischen Anzeigen, erfolgten Publikationen Tabellen angelegt. Die Einsaat, Produktion und Konsumtion näher festzustellen hatte der land- und forstwirtschaftliche Verein übernommen, ohne daß jedoch in dieser Beziehung ein greifbarer Erfolg erzielt worden ist.

q. Industrie. Bei dem nur unzulänglichen bisherigen bezüglichen Material in den Generalberichten der Herzogl. Kreisdirektionen, einer lückenhaften Fabrikentabelle von 1849/50 etc., ist durch Ministerialreskript vom 5. August 1854 von den Herzogl. Kreisdirektionen ein Bericht über den Zustand des Handels und der Gewerbe gefordert, welchen Tabellen über die Fabriken und fabrikmäßlichen Unternehmungen, über die gildemäßig betriebenen sowie über die nicht im Gildeverbande auf Grund von Konzessionen betriebenen Gewerbe, über die gehenden Webestühle, über die Mühlen-gewerbe und über die zu gewerblichen Zwecken benutzten Dampfmaschinen anzuschließen waren; dieses Verzeichnis ist als einmaliges eingegangen und sind dabei die steuerpflichtigen und die nicht steuerpflichtigen Gewerbe besonders ausgeschieden; eine weitere Verarbeitung hat nicht stattgefunden.

Des weiteren war durch eine ministerielle Verfügung vom 25. Februar 1854 das Herzogl. Steuerkollegium aufgefordert, ein kreisweise aufgestelltes namentliches Verzeichnis der Fabrikanten jeder Art unter Angabe des Fabrikationszweiges und der veranlagten Gewerbesteuer einzusenden; auch diese Einsendung erfolgte nur einmal und ohne weitere Verarbeitung. Über die unter der Leitung Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, stehenden Fabriken, Hüttenwerke und Salinen hatte diese Behörde die erforderlichen Nachweisungen zu geben, wie wir solches schon oben berührt haben. Generelle Übersichten der Gewerbesteuerpflichtigen und des Betrages der Gewerbesteuer war Herzogl. Steuer-Kollegium zu liefern angewiesen, worauf gleichfalls oben schon Bezug genommen wurde. Speziell auf diesem und dem nächstfolgenden Gebiet griff dann aber die weiter unten noch zu berührende Tätigkeit des Zollvereins mit den Kommerzial-Nachweisungen ein und war deshalb eine Veranlassung für ein weiteres selbständiges Vorgehen nicht gegeben.

r. Handel. Bezüglich des Handelsverkehrs im Herzogtum zu genauen zahlenmäßigen Nachweisen zu gelangen, wird in der Denkschrift als eine der schwierigsten Aufgaben bezeichnet. Bislang standen in der Hauptsache nur die Messberichte der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direktion sowie die Generalberichte der Herzogl. Kreisdirektionen zur Verfügung, die aber nur unvollständiges und mangelhaftes Material boten. Die durch Ministerialreskript vom 5. August 1854 angeordnete Berichterstattung der Herzogl. Kreisdirektionen über die Industrie sollte sich auch mit auf die Handelsverhältnisse beziehen und war speziell die Kreisdirektion Braunschweig beauftragt, dieserhalb auch mit dem Braunschweigischen Kaufmanns- und Gewerbeverein in Verbindung zu treten. Zu weiteren allgemeinen Nachweisungen und spezielleren Bearbeitungen ist es auch hier für die Folge nicht gekommen, wesentlich wohl auch mit in Rücksicht auf die Kommerzial-Nachweisungen des Zollvereins. Über den Verkehr auf den hiesigen Wollmärkten reichte Herzogl. Zoll- und Steuer-Direktion jährlich ein Ver-

zeichnis ein und ist danach vom Statistischen Bureau eine Übersicht speziell auch für die Zeit von 1840 bis 1860 aufgestellt. Ein Verzeichnis der in den einzelnen Ortschaften abzuhaltenden Märkte ist aufgestellt; über die Münze werden von Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke Ausweise mitgeteilt.

s. Kommunikationsmittel. In dieser Beziehung kommen hauptsächlich die schon erwähnten Berichte der Herzogl. Baudirektion über ihre Geschäftstätigkeit und die desgl. Übersichten über den Eisenbahn- und Postbetrieb der Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direktion in Frage. Daneben sind die Herzogl. Kreisdirektionen mit einer alljährlichen Berichterstattung über den Fortgang der Kommunalwegebauten beauftragt. Über die Staats- und Kommunalwege sind für die Jahre 1852, 1855, 1858, 1861 und 1864 nähere Nachweisungen gegeben. Die Übersichten über den Eisenbahnbetrieb und das Postwesen sind von den betreffenden Behörden während des in Frage stehenden Zeitabschnitts regelmäßig jährlich eingegangen, haben aber zu besonderen weiteren Verarbeitungen durch das Herzogl. Statistische Bureau keine Veranlassung gegeben.

t. Versicherungswesen. Hier sollten Nachweise über die Landesbrandversicherungsanstalt, die auswärtigen Versicherungen und über die Hagelschadenversicherung gesammelt werden. Bezüglich der Landesbrandversicherungsanstalt wurden vom Herzogl. Finanzkollegium kurzerhand die erforderlichen Mitteilungen erbeten und sind diese sodann auch zunächst für die Jahre 1853, 1855 und 1858 und darauf vom Jahr 1860 an alljährlich regelmäßig gemacht worden; das Material wurde im Statistischen Bureau tabellarisch zusammengestellt. Die Bemühungen über die auswärtigen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften und bezüglich der Hagelversicherung vollständige und brauchbare Daten zu erhalten, sind in dieser Periode ohne Erfolg geblieben.

II. Besondere Charakterisierung der berührten Einzel-tätigkeit. Aus der vorstehenden Darstellung, soweit dieselbe einestheils den allgemeinen Plan für die Arbeiten des Statistischen Bureaus, andertheils die tatsächliche Ausgestaltung dieser Arbeiten selbst enthält, ist jedenfalls das mit Deutlichkeit ersichtlich, daß von vornherein für die Tätigkeit des Statistischen Bureaus verhältnismäßig recht weite Grenzen gesteckt waren, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die vorberührten Arbeiten jene Tätigkeit keineswegs abschließen sollten, sondern daß man schon sofort noch in mannigfachen Beziehungen eine Erweiterung im Auge hatte. Es sollte im großen und ganzen eigentlich alles, was irgendwie den Verwaltungs- und Wirtschaftsstand des Herzogtums betraf oder für die Beurteilung desselben von Bedeutung sein oder werden konnte, soweit möglich erfaßt und spezieller festgelegt werden. Dabei verblieb man, wie unsere Darstellung zeigt, bei der Arbeitszuweisung und den tatsächlichen Arbeiten nicht einmal immer auf dem Gebiet einer eigentlichen Statistik, sofern sich solche als eine auf Massenbeobachtungen begründete zahlenmäßige Erfassung und Klarlegung der Einzelverhältnisse darstellt. Indem man das Statistische Bureau gewissermaßen als eine allgemeine Hilfsanstalt für die Zwecke der Staatsverwaltung zur Beschaffung von Unterlagen für die Entscheidung bei staatlichen Maßnahmen pp. und zwar nach jeder Richtung hin ansah und dabei anfangs hauptsächlich nur eine umfassende Darlegung aller bei Verwaltungsmaßnahmen möglicherweise Bedeutung erlangenden Einzelverhältnisse nach ihrem tatsächlichen Stand und ihrer bisherigen Entwicklung beabsichtigte, wies man dem Statistischen Bureau verschiedentlich auch solche Aufgaben zu, bei denen es sich überhaupt gar nicht um eine zahlenmäßige Feststellung, sondern lediglich um eine beschreibende Darlegung eines Zustandes oder einer Entwicklung handelte. Zum Teil standen allerdings wohl diese Aufgaben mit den eigentlich statistischen Zwecken in einem

lockeren oder engeren Zusammenhänge und konnten als diese letzteren fördernd angesehen werden, zum Teil war dieses aber auch nicht der Fall. Dadurch, daß für die Zuweisung von Aufgaben gerade der letzteren Art keine Beschränkung gesetzt war, ergab sich das Arbeitsfeld des Statistischen Bureaus zu Anfang als ein besonders weites.

Die Einzelarbeiten, welche nach unseren obigen Ausführungen vom Statistischen Bureau in Angriff genommen wurden, waren aber, wie wir in unserer Darlegung schon sahen, keineswegs durchweg sich dauernd fortsetzende. Schon bei den Aufgaben der letztberührten Art konnte davon meist nicht die Rede sein, aber auch wo solches der Fall war, wurden sie vielfach nicht regelmäßig fortgesetzt, was jedoch zum Teil wohl von Anfang an in der Absicht lag. Aber selbst manche zahlenmäßigen Nachweisungen wurden im Laufe der Zeit wieder eingestellt, sei es, daß sie sich als überflüssig oder auch in der angewandten Form als unbrauchbar erwiesen, sei es, daß organische Änderungen, die sie beeinflussen mußten, eintraten, sei es endlich in einzelnen Fällen auch wohl stillschweigend durch Außerklassung der Vorschriften seitens der einzelnen Behörden. Demgegenüber kamen dann aber wieder andere Aufgaben, teils einmalige, teils dauernde hinzu, welche durch neue Umstände und Einrichtungen bedingt waren.

Durch die besondere Fortentwicklung in dem tatsächlichen Geschäftskreise des Herzogl. Statistischen Bureaus fand dann aber nach und nach im allgemeinen eine gewisse Beschränkung der dauernd fortgehenden Aufgaben und damit gleichzeitig auch eine weitere Eingrenzung derselben auf das speziell statistische Gebiet gegenüber der weiten Ausdehnung des Geschäftskreises zu Anfang nach der Errichtung des Bureaus statt. An und für sich mußte sich aber eine derartige Beschränkung der statistischen Arbeiten des Bureaus schon so wie so infolge der Geringfügigkeit der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte vollziehen, denn mit letzteren würde eine regelmäßige gründliche und sachgemäße Verarbeitung der reichen Fülle des zunächst eingeforderten Materials in seiner daneben noch in Betracht kommenden großen Vielseitigkeit nicht möglich gewesen sein. Die Reduzierung der Aufgaben auf eine nicht unwesentlich geringere Zahl kann aber insofern keineswegs als ein Mangel, sondern wohl eher als ein Vorteil angesehen werden, als dadurch einerseits das Statistische Bureau mehr auf sein eigentliches Gebiet, die Statistik, hingelenkt und auf dieses eingegrenzt wurde, sowie andererseits es ermöglicht wurde, die in kleinerer Zahl verbleibenden wirklich statistischen Aufgaben mehr zu vertiefen und mit den fortgesetzt sich erweiternden Anforderungen der Wissenschaft und Praxis in Einklang zu bringen. Gerade in letzterer Beziehung kamen dann aber von außen her gewichtigere Anstöße, denen man sich nicht entziehen konnte.

III. Der Einfluss des Zollvereins. 1. Die Volkszählungen. Wie wir schon oben gesehen, machte die Zugehörigkeit des Herzogtums zur hannoverschen Steuervereinigung und dann namentlich zum Zollverein schon von Anfang an eine besondere Aufmerksamkeit auf die Aufnahmen über die Bevölkerung notwendig und trat dieser Einfluß mit der Zeit in einem stetig verstärkten Maße hervor. Die allgemeinen Grundsätze über die periodischen Bevölkerungserhebungen, welche vom Zollverein aufgestellt waren, blieben allerdings im wesentlichen unverändert, wie wir auf dieselben oben schon Bezug genommen haben. Es trat aber immer mehr das Bedürfnis hervor, auch abgesehen von der notwendigen Gleichmäßigkeit eine weitergehende Übereinstimmung in der Ausdehnung der Zählungen und dem Zählungsverfahren herbeizuführen. Auf diese Weise wurde die weitere wissenschaftliche Vertiefung der Zählungen selbst, welche sich in erster Linie in den größeren Staaten mit einer entwickelteren

Statistik und auch einem vorwiegenden Bedürfnis nach einer solchen zeigte, unmerklich auch nach und nach auf die übrigen Staaten ausgedehnt, was bezüglich des Herzogtums Braunschweig um so leichter und schneller eintrat, als man an sich schon bei Einrichtung des Statistischen Bureaus den Anforderungen der sich immer mehr entwickelnden statistischen Wissenschaft nach Tunlichkeit entgegenzukommen bereit war.

Dieses äußerte sich schon bei der nächsten Volkszählung von 1855, für welche wiederum eine besondere Verordnung, die Zählung der Bevölkerung und der Gebäude betr., unter dem 3. November 1855 (Braunschw. Gesetz- und Verordnungssammlung 1855, Nr. 52, S. 557) erlassen wurde, die wesentlich eingehendere Vorschriften über die Vornahme der Zählung pp. gab und damit auch ein ungleich zuverlässigeres und wertvolleres gleichwie vollständigeres Ergebnis erwarten lassen durfte. Von nun an wurde für alle die weiteren Volkszählungen jedesmal eine besondere Verordnung verlaublich, Verordnungen, die im ganzen mehr übereinstimmende waren, aber dabei doch im einzelnen auch voneinander abwichen und zur sachgemäßen weiteren Ausgestaltung der Zählungen beitrugen. Es kommt für die Zählung von 1858 die Verordnung vom 19. Oktober 1858 (a. a. O. 1858, Nr. 56, S. 283), für die von 1861 die Verordnung vom 30. Oktober 1861 (a. a. O. 1861, Nr. 59, S. 281), für die von 1864 die Verordnung vom 29. Oktober 1864 (a. a. O. 1864, Nr. 56, S. 303) und für die Zählung von 1867 die Verordnung vom 31. Oktober 1867 (a. a. O. 1867, Nr. 93, S. 621) in Betracht. Während die Volkszählungen in den ersteren Verordnungen immer nur als den Zwecken des Zollvereins und der Teilnahme an den Zollvereins-Einnahmen dienend hingestellt werden, wird in der letzten daneben auch auf die Bedeutung der Zählungsergebnisse für die verfassungsmäßigen Zwecke des Norddeutschen Bundes hingewiesen.

Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde die Bevölkerung des weitem auch für die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres und damit gleicherzeit auch für die Tragung des Aufwandes für das Bundesheer (Artikel 60 und 62, Bundesgesetzblatt 1867, S. 18), sowie für die Beiträge der einzelnen Bundesstaaten zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben (Artikel 70, Bundesgesetzblatt 1867, S. 20) als maßgebend bezeichnet. Diese erhöhte praktische Bedeutung der Volkszählungen in Verbindung mit den inzwischen erreichten wesentlichen Fortschritten der Statistik als Wissenschaft führten nach der Zählung von 1867 zu eingehenderen Zollvereinsverhandlungen über eine allgemeine Revision der auf die Statistik bezüglichen Verabredungen, welche aber erst unter dem Deutschen Reich zum Abschluß kamen und deshalb von uns unten in eins berührt werden sollen.

2. Die Kommerzial-Nachweisungen. Die weiteren statistischen Anforderungen des Zollvereins bezogen sich lediglich auf die Kommerzial-Nachweisungen, welche regelmäßig zu geben waren. Bei diesen haben aber sowohl nach den ersten grundsätzlichen Bestimmungen darüber (Verhandlungen der II. General-Konferenz zu Dresden 1838, Hauptprotokoll § 17, S. 62 ff.), wie auch nach den späteren Ergänzungen zu denselben (IV. General-Konferenz zu Berlin 1841, Hauptprotokoll § 35, S. 59; VII. General-Konferenz zu Karlsruhe 1845, Hauptprotokoll § 54, S. 89 etc.), wie endlich auch in der allgemeinen Um- und Neugestaltung (XII. General-Konferenz zu Weimar 1856, Hauptprotokoll § 28, S. 77, Beilage IX, S. 241) lediglich die Steuerbehörden der einzelnen Staaten (Steuerämter, Haupt-Steuerämter, Direktivbehörden) direkt mitzuwirken, wie auch die Zusammenstellungen und Veröffentlichungen der Ergebnisse ausschließlich durch das Zentralbureau des Zollvereins (I. General-Konferenz, Hauptprotokoll § 19, S. 65; V. General-Konferenz zu Stuttgart 1842, Hauptprotokoll § 36,

S. 144 etc.) geschehen sind. Wenn nun auch hierdurch das Statistische Bureau nicht direkt berührt wurde, so kam doch, sofern eine Mitwirkung des Herzogl. Staatsministeriums für die fraglichen Nachweisungen erforderlich war, auch eine Tätigkeit des ersteren in Frage, da es die bezügliche Vermittlung für das Herzogl. Staatsministerium zu besorgen hatte und so zum mindesten generell stets über den Stand der Sache unterrichtet wurde.

IV. Die Veröffentlichungen. Über die Tätigkeit des Statistischen Bureaus in dieser ersten Periode seines Bestehens geben zahlreiche Druckveröffentlichungen Aufschluß, welche wir oben nur im allgemeinen und teilweise berührt, in der Anlage A. aber im einzelnen und zwar gemeinsam mit den Veröffentlichungen der nächsten Periode nachgewiesen haben. Dabei muß aber hervorgehoben werden, daß keineswegs alle Arbeiten des Bureaus, wenngleich sie zu einem gewissen Abschluß gelangten, durch den Druck in die Öffentlichkeit gegeben wurden; vielfach wurde das bezüglich der einzelnen Gegenstände vorschriftsmäßig eingehende Material nicht nur geprüft und gesichtet, sondern auch ordnungsmäßig zusammengestellt und vollständig verarbeitet, ohne daß Druckpublikation erfolgte, man hielt es aber

in einer solchen Weise bereit, daß gegebenenfalls leicht mit einer solchen vorgeschritten werden konnte.

Bezüglich der Drucklegung war nun aber von Anfang an ein fester Plan nicht aufgestellt und sind infolgedessen die Publikationen, welche regelmäßig nur kürzere waren und einen einzelnen Gegenstand umfaßten, leider nicht in einer einheitlichen Weise erschienen und zwar nicht einmal da, wo es sich lediglich um die Fortführung desselben Publikationsgegenstandes handelte. Anfangs wurden die Arbeiten zwar als „Mitteilungen aus dem Statistischen Bureau in Braunschweig“ unter fortlaufender Nummer mit dem Braunschweigischen Magazin, der wissenschaftlichen Beilage des amtlichen Organs, der Braunschweigischen Anzeigen, herausgegeben. Dieses hörte aber bald auf und nunmehr kamen die Publikationen bald in dieser, bald in jener Weise heraus, teils wie früher, aber vereinzelt, als Anlage zum Magazin, teils auch als Artikel dieses Magazins selbst, teils in selbständiger Form, aber nicht in einheitlicher Folge und nicht einmal in einheitlichem Format. Dadurch erscheint die Publikationsweise auch äußerlich als ein ziemlich bunt zusammengewürfeltes Gemisch von Einzelheiten.

D. Die Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus in der zweiten Periode von 1870 bis jetzt.

I. Die äusseren Einflüsse auf diese Tätigkeit. Mit der Begründung des Deutschen Reiches machte sich in gleicher Weise wie überhaupt für die statistischen Landeszentralstellen ein wesentlicher Umschwung in der ganzen Stellung und der Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus geltend, dessen Zurückführung gerade auf diesen Zeitpunkt allerdings zunächst mehr auf tatsächlichen wie auf rechtlichen Ursachen beruht. Denn die Verfassung des Deutschen Reiches bietet in der in Frage kommenden Beziehung gegenüber den Vorschriften der Verfassung des Norddeutschen Bundes keinerlei Änderung dar; die aus letzterer oben angezogenen Artikel 60, 62 und 70, welche gleichmäßige Bevölkerungsfeststellungen notwendig machen, sind unverändert sogar unter denselben Artikel-Nummern in die Reichsverfassung (Reichsgesetzblatt 1871, Nr. 16, S. 80 u. S. 83) übergegangen. Aber jene oben berührte zunächst wesentlich die Bevölkerungserhebungen im Auge habende Anregung zur weiteren Ausgestaltung der Zollvereinsstatistik, welche zu Ende des Jahres 1868 gegeben wurde, führte zu der Einberufung einer besonderen Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins, welche in eingehenden, bis in das Jahr 1871 sich hinziehenden Beratungen als Gegenstände der Statistik Ortschaftsverzeichnisse, Volkszahl, Bewegung der Bevölkerung, auch Auswanderung, Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, Landwirtschaft, Berg- und Hüttenwesen, Gewerbe, Verkehr auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen, Seeschifffahrt, auswärtiger Handel, gemeinschaftliche Zölle und Steuern, darauf bezügliche Straffälle und Organisation und Geschäftsumfang der Zoll- und Steuerverwaltung behandelte (s. Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Band 101, S. II).

Die ausführlichen Berichte dieser Kommission (Drucksachen des Bundesrats des Deutschen Reichs 1871 Anlage) hatten sodann des weiteren die Einrichtung einer Reichsbehörde für Deutsche Statistik, des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Folge, welche durch das Reichsgesetz vom 20. Juni 1872, betreffend die Fest-

stellung eines Nachtrags zum Haushalts-Etat des Deutschen Reiches für das Jahr 1872 (Reichsgesetzblatt 1872, Nr. 19, S. 205) erfolgte. Naturgemäß mußte die vom Reich unternommene weitergehende selbständige Pflege der Statistik eine wesentliche Rückwirkung auf die Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus ausüben, die sich aber in erster Linie immer nur als eine Erweiterung und wissenschaftliche Vertiefung dieser Tätigkeit darstellte, obwohl sie äußerlich zum Teil nur in der Form einer Materiallieferung für das Reich sich zeigte. Bei den nunmehr erfolgenden, mit mehr oder weniger Regelmäßigkeit wiederkehrenden größeren statistischen Erhebungen für das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches, welche meist, da ja die Statistik als solche verfassungsmäßig nicht zu den Aufgaben des Reiches gehörte, einer besonderen Beschlußfassung des Bundesrats bedurften, vollzog sich die praktische Durchführung durchweg in der Weise, daß den Landeszentralstellen die unmittelbare Sammlung des Materials und die Zusammenstellung in gewisse vorher festgestellte Übersichten oblag und das Kaiserl. Statistische Amt aus den ihm mitzuteilenden Übersichten die weitere gleichmäßige Verarbeitung für das Reich besorgte.

Der Beschlußfassung durch den Bundesrat pflegte aber stets eine gründliche Durchberatung der ganzen Erhebung, sowohl was die Begrenzung derselben wie was ihre Durchführung anlangte, durch die Vorstände der statistischen Landeszentralstellen unter der Leitung des Kaiserlichen Statistischen Amtes vorherzugehen und haben diese Beratungen im Laufe der Zeit fortgesetzt eine größere Bedeutung und Erweiterung erlangt. Diese eingehenden Beratungen der Erhebungen durch die Vertreter der Landeszentralstellen bewirkten aber einerseits, daß den Bedürfnissen und den Interessen der Einzelstaaten entsprechend Rechnung getragen und die in denselben sich zeigenden Sondererscheinungen und Sonderverhältnisse genügend zur Berücksichtigung gebracht wurden, andererseits jedoch auch, daß den Erhebungen selbst eine tunlichst sachgemäße Form gegeben wurde, daß alle bezüglich derselben geltend zu machenden Mo-

mente der Prüfung unterworfen wurden, daß den Anforderungen der sich immer mehr ausbildenden statistischen Wissenschaft in ausgiebigstem Maße und soweit es die speziellen Umstände nur irgend erlaubten, Genüge geleistet wurde. Dieses mußte aber unzweifelhaft auch im allgemeinen von einem vorteilhaften Einfluß auf die statistischen Landesbureaus sein und ist es für das Herzogl. Statistische Bureau und dessen ganze Tätigkeit auch tatsächlich gewesen.

II. Die Tätigkeit für das Deutsche Reich. 1. Bezüglich der Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amts. a. Die ersten Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amts. In erster Linie tritt jener Einfluß gerade wieder bei denjenigen Erhebungen, welche für das Deutsche Reich veranstaltet wurden, in Erscheinung. Als Aufgaben, bei welchen die Mitwirkung der statistischen Landeszentralstellen die Voraussetzung bildete — neben diesen gab es dann weitere, im wesentlichen die Fortsetzung der früheren Kommerzialnachweisungen bildende, bei welchen wie bisher eine derartige Mitwirkung nicht stattfand, wie die Statistik des auswärtigen Handels, die Statistik der gemeinschaftlichen Zölle und Steuern pp. —, waren dem Kaiserl. Statistischen Amt von vornherein die Zusammenfassung der Volkszählungen, die Statistik der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle und die Statistik der Viehhaltung zugewiesen.

α. Volkszählung. Bezüglich der Volkszählungen hatte schon die Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins eingehendere Grundsätze aufgestellt, welche für die Volkszählung von 1871 zum ersten Mal zur Anwendung gebracht wurden; damit kam auch das Verfahren mit Zählkarten zuerst zur Einführung. Diese Grundsätze sind auch für die Folge im großen und ganzen beibehalten, obwohl sie regelmäßig vor jeder einzelnen Zählung nochmals von der Konferenz der Vorstände der statistischen Landeszentralstellen durchberaten wurden und dabei im einzelnen mannigfache Modifikationen bald in dieser bald in jener Beziehung erhielten, ebenso wie auch die Zählungsgegenstände wohl hier eine Erweiterung, dort eine Beschränkung oder Umgestaltung erfuhren. Wenngleich die gemeinsam festgestellten Vorschriften nur in dem Sinne gegeben wurden, daß sie als Grundzüge für die von den Einzelregierungen zu erlassenden Anordnungen dienen, keineswegs aber die Regierungen auch bezüglich der Form dieser Anordnungen binden sollten, so wurde für das Herzogtum Braunschweig doch regelmäßig auch die Form jener allgemeinen beratenen Vorschriften mit nur unwesentlichen durch Sonderverhältnisse sich empfehlenden Abweichungen beibehalten, auch wurde eine Erweiterung der Zählungsgegenstände nicht vorgenommen. Die spezielle Anordnung erfolgte für jede Zählung zunächst wie früher durch besondere Verordnung, so für die Zählung von 1871 durch die Verordnung vom 3. Oktober 1871 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1871, Nr. 60, S. 369), für die von 1875 durch die Verordnung vom 27. August 1875 (a. a. O. 1875, Nr. 75, S. 357), für die von 1880, durch die Verordnung vom 5. August 1880 (a. a. O. 1880, Nr. 22, S. 143), für die von 1885 durch die Verordnung vom 14. August 1885 (a. a. O. 1885, Nr. 30, S. 151), für die von 1890 durch die Verordnung vom 7. August 1890 (a. a. O. 1890, Nr. 44, S. 183) und für die von 1895 durch die Verordnung vom 8. August 1895 (a. a. O. 1895, Nr. 48, S. 335), sowie für die letzte Volkszählung von 1900 durch eine Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 30. Mai 1900 (a. a. O. 1900, Nr. 33, S. 253).

Durch das Eingreifen des Reiches hat das Volkszählungswesen im Herzogtum gegen früher wesentlich gewonnen; das Verfahren ist jetzt ungleich schärfer und

zweckentsprechender geregelt und wird dadurch für die Ergebnisse eine größere Zuverlässigkeit und Sicherheit bedingt; die Gegenstände der Erhebung selbst sind erweitert und es wird dadurch in der Hauptsache den zu stellenden Anforderungen genügt. Ungeachtet der Zusammenfassung und weiteren Verarbeitung der Zählungsergebnisse durch das Kaiserliche Statistische Amt wurde aber stets für das Herzogtum auch noch eine eingehendere Bearbeitung vorgenommen, deren Ergebnisse auch zur Veröffentlichung gebracht wurden.

β. Viehstandsermittlungen. In einer ähnlichen Weise wurde auch bezüglich der Viehstandsermittlungen dadurch, daß sich das Reich nunmehr der Sache annahm, eine gründlichere Ausgestaltung und sachgemäße Erweiterung herbeigeführt. Grundsätzlich wurden hier vom Bundesrat zwei Arten von Viehzählungen vorgeschrieben, eine umfassendere und eine beschränktere, welche unter sich stets fünf Jahr auseinanderliegend je in zehnjährigen Zwischenräumen vorgenommen werden sollten. Als Termin war zunächst der 10. Januar, später der 1. Dezember gesetzt. Die Grundsätze der umfassenderen Zählungen erfuhren im Laufe der Zeit eine Erweiterung namentlich dadurch, daß auch der Verkaufswert und das Lebendgewicht festgestellt werden sollte. Die bisherigen jährlichen Viehstandsermittlungen im Herzogtum Braunschweig nach dem Stande vom 30. April, welche übrigens inzwischen noch weitere Umgestaltungen durch die ministeriellen Verfügungen vom 31. Januar 1854, 11. April 1860 und 7. März 1863 erfahren hatten, kamen in Fortfall und es fanden nur noch die vom Reich veranlaßten Erhebungen statt. Von letzteren wurde wiederum die erste umfassendere für das Jahr 1873 (10. Januar) lediglich durch ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 3. November 1872 angeordnet und ebenso wurde auch bezüglich der kleineren Viehzählungen das Weitere lediglich durch Ministerialverfügung vorgeschrieben, wohingegen für die übrigen umfassenderen, beziehungsweise zur Ergänzung derselben dienenden Viehzählungen in der Gesetz- und Verordnungssammlung veröffentlichte Bekanntmachungen des Herzogl. Staatsministeriums erlassen wurden, so für die Zählung von 1883 (10. Januar) die Bekanntmachung vom 4. November 1882 (a. a. O. 1882, Nr. 43, S. 217), für die von 1892 (1. Dezember) die Bekanntmachung vom 2. August 1892 (a. a. O. Nr. 39, S. 423), für die von 1893 (1. Dezember, außerordentliche Zählung) die Bekanntmachung vom 7. November 1893 (a. a. O. Nr. 51, S. 417) und für die nach besonderem Beschluß des Bundesrats auf den Anfang des Jahrhunderts verlegte Zählung von 1900 (1. Dezember) die Bekanntmachung vom 30. April 1900 (a. a. O. Nr. 17, S. 163). Auch bezüglich der Viehstandsermittlungen, der umfassenderen sowohl wie auch der kleineren, hielt man sich bei Erlaß der besonderen Vorschriften im Herzogtum Braunschweig im wesentlichen was den Inhalt wie was die Form anlangt an das gemeinsam für das Reich Festgesetzte. Die Ergebnisse der Viehzählungen wurden aber ebenso wie die der Volkszählungen auch speziell für das Gebiet des Herzogtums weiter verarbeitet und veröffentlicht.

γ. Statistik der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle. Bezüglich der Statistik der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle konnte den Anforderungen, welche das Reich in dieser Beziehung zu stellen hatte, schon unter Beibehaltung des bisherigen Verfahrens, welches, wie wir oben gesehen, verschiedentlich ergänzt und verbessert worden war, genügt werden und wurde deshalb bei dieser Statistik eine Abänderung nicht vorgenommen. Allgemein für das Deutsche Reich erwies sich dann aber eine solche nach Erlaß des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung vom 6. Februar 1875 notwendig und wurde für das Herzogtum Braun-

schweig in einer Verordnung vom 6. November 1875, die von den Standesbeamten für die Zwecke der Bevölkerungsstatistik zu liefernden Nachweise über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle betr. (a. a. O. 1875 Nr. 85, S. 467) gegeben, welche sodann durch die weitere Verordnung vom 16. Mai 1877 (a. a. O. 1877 Nr. 70, S. 221) noch eine Abänderung erfuhr. Der durch Bundesratsbeschuß vom 9. Dezember 1887 erfolgten Änderung des Formulars der für das Reich aufzustellenden Übersichten konnte ohne weiteres Rechnung getragen werden und ist daher dieserhalb keine weitere Verfügung ergangen. Das Material der Statistik der Bewegung der Bevölkerung ist ebennmäßig fortgesetzt für das Gebiet des Herzogtums noch gesondert verarbeitet worden und sind die Ergebnisse auch bis 1885 für fünfjährige Zeiträume zur Veröffentlichung gebracht; um aber die Veröffentlichungen nicht zu sehr anschwellen zu lassen, wurde dann eine solche nur für größere Zeiträume als angebracht erachtet und ist zunächst wiederum für die Zeit bis 1900 oder 1905 in Aussicht genommen.

b. Die weiteren als ständige und fortlaufende dem Kaiserlichen Statistischen Amt zugewiesenen Aufgaben. Zu den von Anfang an vorgeschriebenen Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes, welche sich unter der Mitwirkung der Landeszentralstellen und so auch des Herzogl. Statistischen Bureaus zu vollziehen hatten, trat dann aber im Laufe der Zeit noch eine ganze Reihe weiterer und zum Teil den vorherbührten an Bedeutung nicht nachstehender Aufgaben hinzu.

α. Die Statistik der Land- und Forstwirtschaft. Wir heben zunächst diejenigen hervor, welche die Statistik der Land- und Forstwirtschaft betreffen.

aa. Anbau. Dabei kommt wieder in erster Linie die Anbaustatistik in Frage. Regelmäßige Ermittlungen über die landwirtschaftliche Bodenbenutzung hatte schon die Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins vorgeschlagen, doch war in dieser Beziehung nicht sofort ein Erfolg erzielt. Auf eine spätere Anregung des Deutschen Landwirtschaftsrats griff aber der Bundesrat in verschiedenen sich ergänzenden und gegenseitig modifizierenden Beschlüssen die Sache wieder auf und bestimmte die erste bezügliche Erhebung für das Jahr 1878. Eine Wiederholung dieser Erhebung wurde zuerst für das Jahr 1883 angeordnet und demnächst wurde in einem Bundesratsbeschuß vom 7. Juli 1892 verlaublich, daß eine fernere Ermittlung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung im Jahre 1893 und von da an regelmäßig von zehn zu zehn Jahren stattfinden solle. Der nächste Termin wurde aber auch hier mit Rücksicht auf den Beginn des neuen Jahrhunderts abgeändert und durch Bundesratsbeschuß vom 17. März 1900 auf das Jahr 1900 verlegt.

Die Durchführung der fraglichen Erhebungen im Herzogtum Braunschweig schloß sich ebennmäßig stets an die allgemein für das Reich aufgestellten Grundsätze und Normen an, ohne bezüglich derselben in den zulässigen Grenzen irgendwie Zusätze oder Ergänzungen von Bedeutung vorzunehmen. Die spezielle Anordnung der Erhebungen geschieht durch in der Gesetz- und Verordnungsammlung erlassene Bekanntmachungen des Herzogl. Staatsministeriums, deren jedoch für die ersteren Erhebungen nach Maßgabe der verschiedenen Abänderungen in den Einzelheiten durch den Bundesrat je mehrere erforderlich wurden; so bezogen sich auf die Erhebung von 1878 die Bekanntmachungen des Herzogl. Staatsministeriums vom 18. Juni 1876, vom 24. Oktober 1876 und vom 18. Dezember 1877 (a. a. O. 1876, Nr. 52, S. 211; 1876, Nr. 97, S. 455; 1877, Nr. 90, S. 299), auf die Erhebung von 1883 die Bekanntmachungen vom 27. Januar 1883

und vom 4. August 1883 (a. a. O. 1883, Nr. 4, S. 7; 1883, Nr. 29, S. 85), auf die Erhebung von 1893 die Bekanntmachungen vom 30. November 1892 und vom 12. Juni 1893 (a. a. O. 1892, Nr. 60, S. 501; 1893, Nr. 32, S. 231) und endlich auf die Erhebung von 1900 die Bekanntmachung vom 19. April 1900 (a. a. O. 1900, Nr. 16, S. 145). Die Ergebnisse wurden regelmäßig speziell für das Herzogtum verarbeitet und sind für die Erhebungen von 1878 und 1883 auch veröffentlicht worden; für die beiden letzten Erhebungen steht die Veröffentlichung noch aus, ist bezüglich beider Erhebungen in eins für die nächste Zukunft in Aussicht genommen.

Seit 1899 ist sodann bezüglich der wichtigeren Fruchtarten eine jährliche Anbauerhebung nach Maßgabe eines Bundesratsbeschlusses vom 19. Januar 1899 durch ministerielle Verfügung vom 17. März 1899 angeordnet worden. In jenem Beschuß hatte der Bundesrat in der Hauptsache neue Bestimmungen über die Sammlung von Saatenstands- und Erntenaufnahmen gegeben, dabei aber dann des weiteren vorgeschrieben, daß zur Beschaffung einer richtigen Grundlage sowohl für die amtlichen Ernteberechnungen als für die Ernteschätzungen des Handels im Juni jeden Jahres gemeindeweise, sei es durch den Gemeindevorstand unter Mitwirkung von feld- und ortskundigen Sachverständigen oder durch eine zu dem Zweck gebildete Kommission oder durch andere zuverlässige Organe, eine möglichst genaue Feststellung sowohl der Anbaufläche der für die Ernteberichterstattung in Betracht kommenden Fruchtarten, als auch für Hopfen, Reben und Winterraps zu erfolgen habe. Das Herzogl. Staatsministerium hat danach für das Herzogtum eine jährliche gemeindegewise Ermittlung der Anbauflächen der wichtigeren Frucht- und Kulturarten nach einem zu dem Zweck besonders entworfenen und von den Gemeindevorständen zur Ausfüllung zu bringenden Formular vorgeschrieben und nähere Anweisung dazu gegeben. Die von den Herzogl. Kreisdirektionen einzusammelnden Nachweisungen gehen sodann an das Herzogl. Statistische Bureau zur Prüfung und weiteren Verarbeitung sowie behuf Mitteilung der Ergebnisse an das Kaiserliche Statistische Amt.

bb. Ernte-Ertrag. Gleichzeitig mit den Erhebungen über den Anbau und zum Teil durch dieselben Beschlüsse und Verfügungen wurden auch Ermittlungen über den Ernte-Ertrag zur Einführung gebracht. Auch diese sind zuerst für das Jahr 1878 und sodann aber jährlich erfolgt. Die näheren Anweisungen dazu erfolgten für das Herzogtum Braunschweig durch die oben angeführten Bekanntmachungen des Herzogl. Staatsministeriums vom 18. Juni 1876 und 18. Dezember 1877; die Materialbeschaffung war durch diese dem landwirtschaftlichen Zentralverein für das Herzogtum Braunschweig übertragen, welcher sie durch seine Organe, die Vorstände der landwirtschaftlichen Amtsvereine, vornehmen ließ; die Zusammenstellung und Verarbeitung erfolgte durch das Herzogl. Statistische Bureau.

Durch den Bundesratsbeschuß vom 7. Juli 1892 wurden neue Bestimmungen über die Ermittlung des Ernteertrages erlassen, welche vom Jahr 1893 an Anwendung finden sollten und namentlich insofern gegen die früheren eingehender waren, als nunmehr auch die jährlichen Verschiebungen in dem Anbau der einzelnen Frucht- und Kulturarten zur Berücksichtigung kamen. Die Beobachtung der neuen Bestimmungen wurde für das Herzogtum durch ministerielle Verfügung vom 30. November 1892 angeordnet, ohne daß im allgemeinen bezüglich der Durchführung eine Änderung getroffen wurde. Vom Jahre 1899 an erfolgt die Feststellung der Ernteerträge nicht mehr durch die Vorstände der landwirtschaftlichen Amtsvereine, sondern durch die besonderen Vertrauensmänner, welche für die

Einsendung der Saatenstandsberichte bestellt werden, und ist die ganze Erhebung neu geregelt und an die Saatenstandsberichterstattung angeschlossen, worauf wir unten kommen werden. Eine spezialisierende Sonderbearbeitung für das Herzogtum findet regelmäßig durch das Herzogl. Statistische Bureau statt und wird eine bezügliche Übersicht der Ergebnisse jährlich dem landwirtschaftlichen Zentralverein für das Herzogtum Braunschweig mitgeteilt, welcher dieselbe in seinem Amtsorte zu veröffentlichen pflegt. Seitens des Herzogl. Statistischen Bureaus sind die Ergebnisse eingehender mit den Ergebnissen der Bodenbenutzungsstatistik, wie oben hervorgehoben, publiziert beziehungsweise zur Publikation in Aussicht genommen.

cc. Saatenstand. Als letzter Gegenstand der Landwirtschaftsstatistik sind die Saatenstands- und vorläufigen Ernte-Nachrichten hervorzuheben. Diese wurden durch den Bundesratsbeschluß vom 7. Juli 1892 zuerst vom Jahre 1893 an zur Einführung gebracht; die nähere Ausführung für das Herzogtum bestimmt eine ministerielle Verfügung vom 30. November 1892. Auch hier findet die Materialbeschaffung durch die Vermittlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins statt. Durch besondere Vertrauensmänner, deren durchweg je zwei für jeden Amtsgerichtsbezirk (landwirtschaftlichen Amtsverein) von dem landwirtschaftlichen Zentralverein zu ernennen sind, werden für die Monate April bis November besondere Saatenstandsberichte bezüglich der wichtigeren Fruchtarten — für die Monate September bis November unter gleichzeitiger Angabe der vorläufigen Ernteergebnisse — an das Herzogl. Statistische Bureau eingesandt, welches daraus für das Reich das Gesamtergebnis für das Herzogtum zusammenzieht.

Durch den Bundesratsbeschluß vom 19. Januar 1899 wurden neue Bestimmungen über die Saatenstandsberichterstattung erlassen, welche diese nach den bislang gemachten praktischen Erfahrungen im einzelnen vervollständigen und verbessern sollten, im allgemeinen aber das bisherige Verfahren beibehielten. Gleichzeitig wurde aber die bisherige doppelte Ermittlung des Ernteertrages, einmal in den oben behandelten besonderen Erhebungen und in den hier mit den Saatenstandsberichten zu erstattenden vorläufigen Ernteberichten, beseitigt; es kam jetzt ein einheitlicher in der ersten Hälfte des November zu erstattender Erntebericht zur Einführung, welcher sich ganz den Saatenstandsberichten anschloß und wie diese durch die besonderen Vertrauensmänner zu erfolgen hat. Die bezügliche Ausführungsvorschrift für das Herzogtum gibt das schon oben erwähnte Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 17. März 1899, welches aber an dem ganzen Verfahren der Materialbeschaffung durch die Vertrauensmänner keine weitere Änderung wie die bezüglich der Erntermittlungen zu treffen hatte. Abgesehen von der für die einzelnen Monate erfolgenden Zusammenstellung und Zusammenziehung der Ergebnisse, welche auch dem landwirtschaftlichen Zentralverein mitgeteilt und von diesem veröffentlicht wird, verarbeitet das Herzogl. Statistische Bureau das Material nicht weiter, ebenso ist eine Publikation nicht erfolgt und wird auch nicht beabsichtigt.

ß. Die Berufszählung und die landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung. Wir wenden uns nunmehr den Berufs- sowie den damit regelmäßig verbundenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählungen zu, welche sich jetzt in der Hauptsache bereits zu tatsächlich stetig wiederkehrenden herausgebildet haben. Der Beruf wird seit der von 1871 immer auch in den Volkszählungen erhoben, aber nur im allgemeinen und ohne eine weitergehende Spezifikation; teils wohl aus diesem Grunde, teils mit Rücksicht auf die großen selbständigen Berufserhebungen hat man sich aber

mehr oder weniger allgemein daran gewöhnt, die Berufsangaben bei den Volkszählungen weniger zu berücksichtigen. In den besonderen Bearbeitungen des Volkszählungsmaterials für das Herzogtum und in den Publikationen darüber hat demnach das Moment des Berufs meist keine weitere Beachtung gefunden, nur in der Darstellung der Ergebnisse der Volkszählung von 1871 ist dieses jedoch auch hier nur ziemlich im allgemeinen der Fall. Eine Erhebung über die gewerblichen Betriebe war sodann mit der Volkszählung von 1875 verbunden, welche sich aber immerhin noch in beschränkteren Grenzen bewegte. Dieselbe wurde für das Herzogtum ordnungsmäßig nach den näheren, durch die Verordnung vom 27. August 1875 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1875, Nr. 75, S. 357) gegebenen Vorschriften ausgeführt; das Material ist auch entsprechend verarbeitet, aber wie die Ergebnisse der Volkszählung von 1875 überhaupt nicht für Braunschweig gesondert zur Veröffentlichung gebracht.

Es folgen sodann die beiden selbständigen, mit der Erhebung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Betriebe verbundenen Berufszählungen vom 5. Juni 1882 und 14. Juni 1895, welche durch die Reichsgesetze vom 13. Februar 1882 beziehungsweise vom 8. April 1895 (Reichsgesetzblatt 1882, Nr. 5, S. 9; 1895, Nr. 13, S. 225) angeordnet und durch die Bundesratsbeschlüsse vom 20. Februar 1882 und vom 4. April 1895 näher geregelt waren. Für das Herzogtum Braunschweig erfolgten die besonderen Anordnungen durch die Verordnungen vom 23. März 1882 und vom 6. Mai 1895 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1882, Nr. 18, S. 59; 1895, Nr. 32, S. 163) und hielt man sich dabei streng an die allgemein von dem Reich aufgestellten Normen, welche im einzelnen wiederum jedesmal auf eingehenden Beratungen der Vorstände der statistischen Landeszentralstellen beruhten.

Die Berufszählung von 1882 ist vollständig im Herzogl. Statistischen Bureau verarbeitet worden und sind dementsprechend die vorgeschriebenen Zusammenstellungen und Übersichten an das Kaiserliche Statistische Amt eingesandt. Daneben hat aber auch noch eine weitere Ausnutzung des Materials gesondert für Braunschweig stattgefunden und sind die festgestellten Ergebnisse sowohl bezüglich der eigentlichen Berufszählung wie auch bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebszählung — hier in Verbindung mit der Darstellung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzungs- und der Ernteertrags-Statistik — und bezüglich der gewerblichen Betriebszählung besonders in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (erstere in Band V, 1885, S. 1 ff., letztere beiden in Band VI, 1886, S. 1 ff. und S. 103 ff.) veröffentlicht worden.

Betreffs der Berufszählung von 1895 ist seitens des Herzogl. Statistischen Bureaus nur die örtliche Durchführung der Erhebung geleitet, die ganze Prüfung und Verarbeitung des eingehenden Zählungsmaterials aber kraft besonderer Vereinbarung dem Kaiserlichen Statistischen Amt übertragen worden, welches in der gleichen Weise solches auch für andere Staaten übernahm. Veranlassung hierfür war, daß das Herzogl. Statistische Bureau, welches derzeit schon so wie so stärker in Anspruch genommen war, für die umfangreichen Arbeiten der Berufszählung besondere Kräfte hätte zuziehen müssen, hierfür aber weder ein geeignetes Personal noch entsprechende Räume für die Ausführung der Arbeiten unter der notwendigen Aufsicht zur Verfügung standen. Das Kaiserliche Statistische Amt stellte dann aber für das Herzogtum gesondert nicht nur die allgemeinen Daten, so weit sie an und für sich festzulegen waren, zur Verfügung, sondern auch verabredungsmäßig darüber hinaus verschiedene speziellere Nachweisungen, so von vornherein namentlich eine eingehendere, die Braunschweigischen hauptsächlich

sten Städte und die Amtsgerichtsbezirke mit umfassende Aufstellung der Tabellen 1 bis 3 der Berufsstatistik und eine Übersicht über die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und deren Gesamtflächen nach den vorgeschriebenen Größenklassen für die sämtlichen einzelnen Gemeinden des Herzogtums, um einerseits auf diese Weise eine Vergleichung der Ergebnisse der Berufsstatistik und der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1895 mit denen von 1882 in dem derzeit zur Veröffentlichung gebrachten Umfang zu ermöglichen und andererseits für die beabsichtigten näheren Feststellungen der Besitzverhältnisse am Grund und Boden eine entsprechende Unterlage zu gewinnen; später hat das Kaiserliche Statistische Amt auch noch die Daten für die Tabelle I der diesseitigen Publikation nach den besonderen, an die Braunschweigische Spezialbearbeitung der Ergebnisse von 1882 sich anschließenden örtlichen Ausscheidungen besorgt. Selbstständig für das Herzogtum veröffentlicht wurden von dem Herzogl. Statistischen Bureau nur die Ergebnisse der eigentlichen Berufszählung von 1895 in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XIII, 1898, S. 1 ff.).

γ. Die Statistik der Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfkessel-Explosionen. Als eine weitere ständige Aufgabe ist dem Kaiserlichen Statistischen Amt eine Statistik der Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfkessel-Explosionen gesetzt worden, bei deren Erfüllung allgemein die statistischen Landeszentralstellen und so auch das Herzogl. Statistische Bureau, wenngleich in einer wenig umfangreichen Weise, mitzuwirken haben. Die schon von der Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins ins Auge gefaßte Statistik hat sich zunächst, obwohl man sie von Anfang an in weiteren Grenzen dachte, wesentlich nur auf die Ermittlung der Dampfkessel-Explosionen beschränkt und dabei nur zweimal auch den Bestand an Dampfkesseln pp. näher festgelegt. Besondere „Bestimmungen über die statistische Aufnahme der Dampfkessel und Dampfmaschinen, sowie der Dampfkessel-Explosionen“ sind durch den Bundesratsbeschluß vom 14. Dezember 1876 gegeben, die dann durch den weiteren Bundesratsbeschluß vom 14. Januar 1897 noch eine Ergänzung erfahren. Durch Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 5. März 1877 wurden zunächst die nötigen besonderen Ausführungsvorschriften für das Herzogtum Braunschweig getroffen und dabei die eigentliche Materialbeschaffung besonderen Sachverständigen übertragen, bezüglich deren sachlicher und persönlicher Funktionen weitere Verfügungen unter dem 13. März 1880, dem 18. Januar 1886 und dem 1. Oktober 1894 ergingen; eine ministerielle Verfügung vom 24. August 1903 überträgt endlich allgemein die Führung der Dampfkessel- und Dampfmaschinenstatistik beziehungsweise die Materiallieferung für solche vom 1. Januar 1904 ab dem Braunschweigischen Dampfkessel-Überwachungsverein. Eine statistische Feststellung über den Bestand von Dampfkesseln und Dampfmaschinen nach Zahl, Art pp. hat 1879 und 1899 stattgefunden.

Die Tätigkeit, welche dem Herzogl. Statistischen Bureau bezüglich dieser Dampfkesselstatistik zufällt, ist eine verhältnismäßig geringfügige und untergeordnete. Sie bezieht sich lediglich darauf, das Material entgegenzunehmen und nach allgemeiner wesentlich auf die Vollständigkeit sich beziehender Prüfung an das Kaiserliche Statistische Amt weiterzugeben. Irgendwelche besondere Zusammenstellungen oder Nachweisungen werden für das Herzogtum nicht gemacht, da solche neben den bezüglichen Feststellungen für das Reich hier kaum ein Interesse bieten dürften. Dementsprechend hat auch eine Veröffentlichung über die speziellen Ergebnisse für das Herzogtum niemals stattgefunden.

δ. Sonstige ständige Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes. Außer bezüglich der vorbehandelten kommt die Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus bei den ständigen und in fortgesetzten Ermittlungen sich vollziehenden Aufgaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes nicht oder doch nur in einer ganz untergeordneten Weise oder auch nur vereinzelt und ausnahmsweise in Frage. So fällt die Statistik der Auswanderungen schon um deshalb aus, weil sich solche bislang nur auf die Auswanderungsbewegung in den deutschen Einschiffungshäfen bezieht. Für die Statistik der Bergwerke, Salinen und Hütten wird das dem Kaiserlichen Statistischen Amt zu liefernde Material nicht von dem Herzogl. Statistischen Bureau, sondern von der montanistischen Behörde, der Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, gesammelt und zusammengestellt und gelangt ohne Vermittlung des Herzogl. Statistischen Bureaus, dem das Material allerdings auch, aber ohne bislang weiter verarbeitet oder veröffentlicht zu werden, zugeht, nach Berlin. Von der dem Kaiserlichen Statistischen Amte in weitergehender Weise obliegenden Statistik des Verkehrswesens würde hier wiederum, da die übrigen Kategorien ihrem Inhalt nach ohne weiteres ausgeschlossen sein würden, nur die Statistik des Verkehrs auf den Deutschen Wasserstraßen in Betracht kommen können, aber nach Maßgabe der früheren Verbindung mit den älteren Kommerzialnachweisungen des Zollvereins wird das Material, welches von der Herzogl. Baudirektion geliefert wird, durch die Herzogl. Zoll- und Steuer-Direktion an das Kaiserliche Statistische Amt gebracht. Die Statistik des auswärtigen Handels und die Statistik der Zölle und Reichssteuern in allen ihren zahlreicheren Einzelheiten bildeten im großen und ganzen doch nur die Fortsetzung der früheren Kommerzialnachweisungen des Zollvereins und wurde dadurch für diese Statistiken auch ungeachtet späterer beachtenswerter Erweiterungen das erforderliche Material dem Kaiserlichen Statistischen Amte ausschließlich von den einzelnen Behörden der Zoll- und Steuerverwaltung überwiesen, ohne irgendwelche Vermittlung oder Inanspruchnahme des Herzogl. Statistischen Bureaus.

In einer ähnlichen Weise erhält das Kaiserliche Statistische Amt das Material für die Konkurs-Statistik und für die Statistik der rechtskräftig erledigten Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze unmittelbar von den Gerichten beziehungsweise den Staatsanwaltschaften, desgleichen das Material für die Statistik der Krankenversicherung unmittelbar von den Aufsichtsbehörden für die Krankenversicherung beziehungsweise von den besonderen Organen der letzteren, so daß also auch bezüglich dieser Statistiken das Herzogl. Statistische Bureau nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Letzteres ist auch bezüglich der Statistik der Preise und zwar sowohl der der Großhandelspreise wie der der Marktpreise der Fall, da hier die erforderlichen Angaben auf Grund besonderer Abmachungen mit den Handelskorporationen pp. dem Kaiserlichen Statistischen Amt direkt von letzteren gemacht werden; ähnlich steht die Sache auch bei der Statistik der an den Deutschen Börsen zugelassenen Wertpapiere, nur daß hier Braunschweig schon so wie so nicht in Frage kommt. Für die Statistik der Reichstagswahlen werden die Nachweisungen über jede einzelne Wahl von den einzelnen Wahlkreisen unmittelbar an das Kaiserliche Statistische Amt eingesendet, so daß bei dieser Reichsstatistik keine Mitwirkung des Herzogl. Statistischen Bureaus stattfindet; vereinzelt sind jedoch aus dem an Herzogl. Staatsministerium gelangenden Urmaterial der Wahlen für dieses Sonderzusammenstellungen angefertigt. Auch

die zuletzt zur Einführung gekommene fortlaufende Statistik des Reichs, die der Streiks und Aussparungen, vollzieht sich ohne eine Mitwirkung des Herzogl. Statistischen Bureaus; nach den für Braunschweig in der Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 2. August 1898 (ergänzt durch Ministerialreskript vom 13. Mai 1899) gegebenen Ausführungsvorschriften haben die Landesverwaltungsbehörden (Herzogl. Kreisdirektionen) die erforderlichen Nachweise direkt dem Kaiserlichen Statistischen Amt mitzuteilen.

c. Die Einzelerhebungen des Kaiserl. Statistischen Amtes. Abgesehen von diesen dem Kaiserlichen Statistischen Amt vom Bundesrat als ständige und fortlaufende Aufgaben zugewiesenen Ermittlungen hatte dasselbe aber auch noch eine Reihe von Einzelerhebungen bezüglich besonderer oder nur zu einem eigenen eventuell auch vorübergehenden Zweck klarzulegender Verhältnisse zu besorgen, bezüglich derer wiederum bald mehr bald weniger vortretend die Beihilfe der statistischen Landeszentralstellen und so auch des Herzogl. Statistischen Bureaus in Anspruch genommen wurde.

α. Die Statistik der öffentlichen Armenpflege. In erster Linie haben wir hier die Statistik der öffentlichen Armenpflege anzuführen, welche allerdings zweimal für das Jahr 1880/81 und 1885 angestellt wurde, aber trotzdem als eine fortlaufende Statistik zur Zeit nicht angesehen werden kann, wenngleich eine Wiederholung eher wahrscheinlich als ausgeschlossen erscheint. Die Erhebung über die öffentliche Armenpflege für 1880/81, welche auf Veranlassung des Reichskanzlers durch ein Schreiben desselben (Reichsamt des Innern) an die Bundesregierungen vom 11. Juli 1881 erfolgte und für das Herzogtum Braunschweig durch ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums an die Herzogl. Kreisdirektionen vom 22. Juli 1881 im einzelnen zur Durchführung angeordnet wurde, stellt sich in der Hauptsache nur als ein Versuch dar, der, so wie er angestellt war, als mißlungen zu bezeichnen ist. Die Nachweise, welche durch die Erhebung erzielt wurden, konnten als genügend zuverlässige nicht betrachtet werden und wurde deshalb von jeder Veröffentlichung der Ergebnisse ebenso von Seiten des Reiches wie auch für das Herzogtum gesondert abgesehen. Die nach den gemachten Erfahrungen sorgfältig vorbereitete, durch Beschluß des Bundesrats vom 24. Juni 1884 (Protokolle der Session von 1883/84 § 339) angeordnete Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Kalenderjahr 1885 bildet sonach bislang die einzige erfolgreich durchgeführte Erhebung des Reiches über die Armenpflege. Die bezüglich der Ausführungsvorschriften für das Herzogtum Braunschweig wurden in der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 11. August 1884 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1884, Nr. 24, S. 717) gegeben. Um die Inanspruchnahme der bei der Erhebung tätig werdenden Gemeindevorstände und sonstigen Behörden auf ein tunlichst geringes Maß zu beschränken, wurde die Armenpflegestatistik lediglich auf die vom Bundesrat als unumgänglich notwendig hingestellten Punkte erstreckt und hielt man sich bei der Anordnung im einzelnen tunlichst an die vom Bundesrat gegebenen Anleitungsbestimmungen und Formulare; als äußeres Verfahren kam das Zählkartenverfahren zur Anwendung.

Dem Herzogl. Statistischen Bureau lag die Sammlung des Materials für das Herzogtum und die nähere Prüfung desselben sowie die Herstellung der erforderlichen Zusammenziehungen und Zusammenstellungen ob. Es wurde daneben aber eine besondere Verarbeitung des Materials für das Herzogtum beschlossen und, um diese zu einem vollständigeren Resultate zu führen, wurde durch eine ministerielle Verfügung vom 2. März 1886 nachträglich zur Ergänzung auch noch eine Feststellung der vom Staate, vom Kreise, von den kirchlichen Armenkassen und von den milden Stiftungen im Jahre 1885 gewährten Unterstützungen angeordnet, welche kreisweise für die einzelnen Gemeinden erfolgte und sich im wesentlichen auf die Zahl der unterstützten Personen und den ge-

samten Geldbetrag der Unterstützungen, die wiederum auch nach ihren einzelnen Unterkategorien geschieden wurden, bezog (Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig, Heft VII, S. 4). Unter dieser Erweiterung und einem geschichtlichen Rückblick sind die Ergebnisse in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig als „Die Ergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885 nebst einer Übersicht über die geschichtliche Entwicklung und den jetzigen Stand der öffentlichen Armenpflege im Herzogtum Braunschweig“ zur Veröffentlichung gebracht (Heft VII, 1887, S. 1 ff.).

β. Die Obstbaumzählung. In ähnlicher Weise wie die Armenpflegestatistik ist bislang nur zu den einmaligen Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, obwohl demnächst eine Wiederholung und Ausgestaltung zu dauernder Statistik voraussichtlich stattfinden wird, die Ermittlung der Zahl der Obstbäume für 1900 zu zählen, welche nach dem Bundesratsbeschluß vom 17. März 1900 für alle Staaten des Deutschen Reiches vorgenommen werden mußte. Nach dem vorbezeichneten Bundesratsbeschluß stand es den Einzelstaaten frei, die Obstbaumzählung mit irgend einer der für den Jahrhundertwechsel angeordneten Reichserhebungen zu verbinden und ist nach der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 30. April 1900 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1900, Nr. 17, S. 163 ff.) für das Herzogtum Braunschweig die Ermittlung der Zahl der Obstbäume mit der Viehzählung vereinigt. Im einzelnen beschränkte man sich bei der Erhebung auf die vom Reich verlangten Punkte; besonders geschieden wurden die auf den Gemeindegrundstücken und an den Gemeinde- und Interessentenschaftswegen stehenden Obstbäume, sowie die an den Staatsstraßen und an den Kommunikationswegen befindlichen; bezüglich der letzteren hatte die Herzogl. Baudirektion die betreffenden Daten beizubringen. Die Zusammenstellung und Materialverarbeitung war Sache des Herzogl. Statistischen Bureaus; eine Spezialpublikation für das Herzogtum erfolgt in diesem Hefte der Beiträge zur Statistik des Herzogtums.

γ. Die Einwirkungen der Versicherungsgesetzgebung auf die Armenpflege. Auch bei einer weiteren dem Gebiet der Armenpflege angehörigen Spezialermittlung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die Einwirkung der Versicherungsgesetzgebung auf die Armenpflege hat das Herzogl. Statistische Bureau in einer eingehenderen Weise mitgewirkt. Durch ein Schreiben des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) vom 29. April 1894 wurden die Bundesregierungen behuf Beschaffung eines allgemeinen Überblickes über die einschlägigen Verhältnisse ersucht, das erforderliche Material in einer einheitlichen Weise durch die Ausfüllung zweier im Formular beigegebenen Fragebogen zu beschaffen, von denen der eine ein Formular für Nachweisungen über die Leistungen der öffentlichen Armenpflege und der andere Fragen betreffend die Einwirkung der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung auf die Armenpflege enthielt. Die Braunschweigische Regierung gab die näheren Vorschriften für die Ausführung der Erhebung in einem Reskript des Herzogl. Staatsministeriums vom 12. Juni 1894 und ergänzte dabei den Fragebogen I noch etwas unter Beifügung näherer Bestimmungen. Die eigentliche Materialbeschaffung lag den Herzogl. Kreisdirektionen ob, die Sammlung und nähere Prüfung des Materials, sowie die Zusammenziehung und Verarbeitung desselben zu der an das Kaiserliche Statistische Amt zu liefernden Landesübersicht aber dem Herzogl. Statistischen Bureau. Letzteres nahm dann aber auch noch eine eingehendere Durcharbeitung des erlangten Einzelmaterials, wie solches in der vom Reich zu gebenden Gesamtdarstellung nicht zum Ausdruck kommen konnte, für das Herzogtum gesondert vor und brachte die auf diese Weise erzielten besonderen Ergebnisse in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XII, 1895, S. 93 ff.) als „Der Einfluß der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Armenpflege im Herzogtum Braunschweig“ zur Veröffentlichung.

δ. Die Erhebung über die bestehenden Einrichtungen für Arbeitsvermittlung. Infolge einer Aufforderung des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) vom 20. April 1895, welche wiederum mit der stärker hervorgetretenen Erscheinung zeitweiliger Arbeitslosigkeit und der dadurch eventuell erforderlich werdenden Maßnahmen administrativer oder legislativer Art in Verbindung stand, wurde in gleicher Weise wie in anderen Bundesstaaten auch für das Herzogtum Braunschweig durch ministerielle Verfügung vom 18. Mai 1895 eine statistische Erhebung über die bestehenden Einrichtungen für Arbeitsvermittlung verfügt, die sich in ihren Einzelheiten in der Hauptsache einer gleichen für das Königreich Preußen angeordneten Ermittlung anschloß. Das Material wurde nach einem zweifachen Zählkartenformular durch die Herzogl. Kreisdirektionen beziehungsweise die Herzogl. Polizeidirektion Braunschweig gesammelt und sodann vom Herzogl. Statistischen Bureau in acht Spezialtabellen zusammengearbeitet; diese Tabellen wurden vom Herzogl. Staatsministerium dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) übermittelt, doch wurden demnächst noch einige Ergänzungen dazu durch eine Korrespondenz zwischen dem Kaiserlichen Statistischen Amt und dem Herzogl. Statistischen Bureau erledigt.

ε. Die Erhebungen der Kommission beziehungsweise der Abteilung für Arbeiterstatistik. Zu einer verhältnismäßig sehr untergeordneten, lediglich Materialsammlung und Weitergabe desselben (ohne jedwede eigene Verarbeitung) betreffenden Tätigkeit, die wir aber doch der Vollständigkeit wegen kurz berühren müssen, war das Herzogl. Statistische Bureau bei verschiedenen Spezialermittlungen berufen, welche stets nach der besonderen Verfügung des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) das Kaiserliche Statistische Amt für und namens der im Jahr 1892 errichteten Kommission für Arbeiterstatistik für das Deutsche Reich und später selbständig als Abteilung für Arbeiterstatistik — nachdem jene Kommission mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt vereinigt war — zu leiten hatte. Es kamen hier namentlich in Frage die Erhebungen über die Arbeitszeit der Gehülfen, Gehülfinnen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, die Erhebungen über die Arbeitszeit der Gehülfen und Lehrlinge im Fleischerhandwerk, die Erhebungen über die Arbeitszeit pp. im Fuhrwerksgewerbe etc.

ζ. Die Zusammenstellung der ortsüblichen Tagelöhne. Anschließend daran haben wir noch einer ständigen Arbeit für das Kaiserliche Statistische Amt zu gedenken, welche aber weniger auf dem eigentlichen statistischen Gebiet liegt und sich auch nur von geringerer Bedeutung darstellt. Im Jahre 1892 wurde das Kaiserliche Statistische Amt mit der jährlichen Zusammenstellung der ortsüblichen Tagelöhne auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes und der Veröffentlichung im Zentralblatt für das Deutsche Reich beauftragt. Für das Herzogtum Braunschweig hatten nach einer Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums vom 30. September 1892 die Herzogl. Kreisdirektionen die im Kreise festgestellten Lohnbeträge zusammenzustellen und an das Herzogl. Statistische Bureau einzusenden. Letzteres fertigte daraus die Zusammenstellung für das Herzogtum an und teilte solche dem Kaiserlichen Statistischen Amt mit. Für die Folge waren jährlich die Veränderungen dem Herzogl. Statistischen Bureau zu melden, welches dieselben dann nach Berlin weiter zu geben hat.

δ. Die aus eigener Initiative vom Kaiserlichen Statistischen Amt übernommenen Aufgaben. α. Allgemeines. Schließlich haben wir dann aber noch verschiedener Arbeiten zu gedenken, welche jetzt und zwar sogar regelmäßig fortlaufend vom Herzogl. Statistischen Bureau für das Kaiserliche Statistische Amt geleistet werden, aber ohne daß dafür eine besondere Grundlage in der Gesetzgebung des Reiches oder einer Anordnung des Bundesrats oder einer

Verfügung des Reichskanzlers beziehungsweise des Reichsamts des Innern gegeben ist. Es kommt hierbei wesentlich das Bestreben des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Betracht, das von ihm seit einer längeren Reihe von Jahren herausgegebene Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, welches sich in Wissenschaft und Praxis durch seine Handlichkeit und Zweckmäßigkeit eine immer größere Bedeutung und Beliebtheit errungen hat, weiter auszubauen und zu vervollkommen und die Zusammenstellungen desselben auch auf solche Zweige der Statistik auszudehnen, welche an und für sich Sache der Bundesstaaten sind, ein Bestreben, dem naturgemäß von Seiten der statistischen Landeszentralstellen mit Bereitwilligkeit soweit irgend tunlich entgegengekommen wird. Das äußere Verfahren, welches das Kaiserliche Statistische Amt dabei einschlug, war ein zweifaches. Einerseits richtete dasselbe lediglich ein bezügliches Ersuchungsschreiben an die sämtlichen statistischen Landeszentralstellen, in welchem um Mitteilung der benötigten allgemeinen Daten gebeten wurde. Auf diese Weise wurde behuf Erlangung der Angaben über die Selbstmorde, welche zuerst für die Jahre 1893—1895 in dem XVIII. Jahrgang 1897 des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich (S. 197) erschienen, mit einem Schreiben des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom 7. April 1897 vorgegangen. Letztere Anfrage wiederholte sich dann von Jahr zu Jahr und ist von dem Herzogl. Statistischen Bureau regelmäßig auf Grund der von den Gerichten des Herzogtums aufzustellenden Übersichten erledigt worden.

In anderen Fällen, in denen es sich allerdings um nur durch umfangreichere Feststellungen zu erledigende Fragen handelte, brachte das Kaiserliche Statistische Amt die Angelegenheit unter Vorlegung eines eingehenderen Planes für eine gemeinsame und gleichmäßige Feststellung auf den von ihm geleiteten regelmäßigen Versammlungen der Vorstände der statistischen Landeszentralstellen zur Verhandlung, wobei regelmäßig eine Vereinbarung über die Lieferung der bezüglichen Daten überhaupt, über den Umfang und die Einzelheiten dieser Daten, über die Festlegung pp. erzielt wurde. Den statistischen Landeszentralstellen blieb es dabei überlassen, ihrerseits die Genehmigung ihrer Landesregierungen zur Beschaffung des fraglichen Materials einzuholen, was bislang niemals auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Dieses Vorgehen wurde bezüglich der Nachweisungen über die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten, der über die Sparkassen und derjenigen über die Volksschulen beobachtet, welche ersteren zum ersten Male in dem XXIII. Jahrgang 1902 des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich (S. 207 ff.) und sodann auch eingehender in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches (zuerst Jahrgang 1902, Heft II) behandelt wurden, während die beiden letzteren zuerst im XXIV. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich (S. 187 und S. 208) erschienen. Die Ermächtigung, dem Kaiserlichen Statistischen Amt die erforderlichen Daten für das Herzogtum Braunschweig zur Verfügung zu stellen, wurde dem Herzogl. Statistischen Bureau stets vom Herzogl. Staatsministerium (regelmäßig auf mündlichen Vortrag sofort mündliche seitens der betreffenden Herren Ressortminister) erteilt.

β. Finanzstatistik. Die Statistik über die Finanzen der Bundesstaaten erforderte alljährlich die Aufstellung verschiedener mit entsprechenden Erläuterungen zu versehenen Übersichten über Staatsbedarf, Staatseinnahmen, wichtigere Bestandteile des Staatsvermögens und Staatsschulden und zwar in der Hauptsache in doppelter Weise, nämlich einmal auf Grund des neuesten Staatshaushaltstats und ferner auf Grund der jüngsten zugänglichen Staatsrechnung. Für diese Übersichten waren nach eingehenden Beratungen unter tunlichster Berücksichtigung aller Sonderverhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten einheitliche Formulare entworfen, in deren verschiedene Rubriken die Einnahmen und Ausgaben entsprechend einzustellen sind. Da die eigentliche Grundlage für die Statistik, die Etats der einzelnen Bun-

desstaaten, eine ungemein große Verschiedenheit aufweist, so muß die Einstellung der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-posten in die Übersichten an und für sich auch größere Schwierigkeiten bieten und ebemäßig eine vollkommene Sachkenntnis voraussetzen. Um tunlichst zuverlässige Resultate zu erlangen ist deshalb die Aufstellung der Übersichten unmittelbar in dem Landes-Finanzbureau besorgt worden, was durch das freundwillige Entgegenkommen des Herzogl. Finanzkollegiums ermöglicht wurde. Demnach ist das Herzogl. Statistische Bureau nicht selbsttätig, sondern nur vermittelnd in Anspruch genommen. Die jährlichen Einzelaufstellungen werden gesammelt, um eventuell demnächst auch noch für speziell Braunschweigische Zwecke nutzbar gemacht werden zu können.

δ. Sparkassenstatistik. Die Statistik der Sparkassen, welche namentlich den näheren Ausweis über die Zahl der Sparkassenbücher (Konten), das Guthaben der Einleger, das Aktivvermögen pp. der Kassen, sowie über die Zunahme der Einlegerguthaben durch Neueinlagen und Zuschlag von Zinsen und ihre Abnahme durch Rückzahlungen erbringt, ließ sich für das Herzogtum Braunschweig in einer mit den Daten der übrigen Staaten vergleichbaren Weise nicht durchführen, weil die Einrichtung des hier so gut wie allein maßgebenden staatlichen Sparkassenwesens eine ganz eigenartige und auf einer vollkommen anderen Grundlage aufgebaute ist. Während sonst die einzelnen Einnahmen und Rücknahmen des Sparers fortlaufend in ein meist auf den Namen lautendes Sparkassenbuch eingetragen werden, sind die Braunschweigischen Sparkassenbücher mit bestimmten eingedruckten und nicht zu ändernden Werten lediglich auf den Inhaber ausgestellt; der Sparer erhält so viel Sparkassenbücher, als seine jeweilige Einlage nach ihrem Einzelbetrage erfordert, kann auf Wunsch auch eine beliebige Anzahl kleinerer Sparkassenbücher erhalten; sollen Zinsen dem Sparkapital zugeschlagen werden, so kann dieses nur durch Ausgabe neuer entsprechender Sparkassenbücher geschehen; ebenso ist bei Teilrückzahlungen stets Ausgabe neuer Sparkassenbücher und Rücknahme des bisherigen nach dem vollen Betrage erforderlich. Unter diesen Umständen mußte jede Möglichkeit, die Braunschweigischen Daten über das Sparkassenwesen mit denen der übrigen Bundesstaaten vergleichbar zu machen, ausgeschlossen erscheinen; von einer Aufnahme und Lieferung der Braunschweigischen Daten wurde daher im Einverständnis des Kaiserlichen Statistischen Amtes Abstand genommen. Der Umstand, daß dieses bei der ersten Veröffentlichung der Statistik der Sparkassen in dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich nur durch die kurze Fußnote „Braunschweig kann die Daten nicht liefern“ erläutert war, führte zu der Mißdeutung in der Presse, als ob die Braunschweigische Verwaltung hierbei irgend ein Verschulden treffe, es wurde deshalb auf Veranlassung des Reichsamts des Innern in der Berliner Korrespondenz eine nähere Erläuterung der Sachlage gegeben, auch wird für die Folge die Fußnote den Zusatz: „wegen der eigenartigen Einrichtung seines Sparkassenwesens“ erhalten. Für die Statistik der Sparkassen, wie sie vom Kaiserlichen Statistischen Amt zur Zeit gegeben wird, wird demnach unter den besonderen Verhältnissen das Herzogl. Statistische Bureau auch in Zukunft nicht tätig werden können.

γ. Volksschulstatistik. Die Volksschulstatistik, welche übrigens von vornherein nicht als eine jährliche, sondern als eine alle fünf Jahr zu wiederholende aufgefaßt und eingeleitet worden ist, bezieht sich auf die öffentlichen Volksschulen (Elementarschulen, Gemeindeschulen pp.) und die Privatschulen mit dem Lehrziele der Volksschulen und gibt für diese nur die Hauptdaten über ihre Zahl, die vollbeschäftigten Lehrkräfte (Lehrer, Lehrerinnen), die Schüler und den Gesamtaufwand unter besonderer Ausscheidung der Aufwendungen aus Staatsmitteln. Das Material für diese Statistik wurde dem Herzogl. Statistischen Bureau in der Hauptsache von dem dem Volksschulwesen im allgemeinen vorstehenden Herzogl. Konsistorium nach

näherer Verhandlung mit demselben zur Verfügung gestellt, bezüglich einzelner Sonderschulen und Privatschulen waren eigene Ermittlungen durch Inanspruchnahme der Herzogl. Kreisdirektionen erforderlich. Bezüglich der Gesamtaufwendungen für die öffentlichen Volksschulen konnten über einige Posten keine ganz vollständigen Angaben gemacht werden, wie solches auch in einer Fußnote bei der Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich zum Ausdruck kommt; abgesehen davon waren die Daten mit der genügenden Genauigkeit zu geben; zu einer besonderen weiteren Verwertung für Braunschweigische Zwecke konnten dieselben nach Lage der Sache nicht geeignet erscheinen.

2. Bezüglich der Aufgaben des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. a. Allgemeines. Wenn wir im Vorstehenden der Hauptsache nach die Aufgaben, welche das Herzogl. Statistische Bureau für das Kaiserliche Statistische Amt zu erfüllen hat, zur Darstellung gebracht haben, so ist damit aber die Gesamttätigkeit des Bureaus für die Reichsstatistik noch keineswegs erfüllt. Bei der im Jahre 1876 erfolgten Errichtung des Kaiserlichen Gesundheitsamts wurde diesem die gesamte Medizinalstatistik für das Reich zugewiesen, auch auf diesem Gebiet wird aber das Herzogl. Statistische Bureau in Anspruch genommen. Nicht ist letzteres allerdings zunächst der Fall bei der wiederkehrenden und zuerst noch von dem Kaiserlichen Statistischen Amt vorgenommenen Statistik des Heilpersonals und der Heilanstalten, da hier die Daten unmittelbar und ohne ein Eingreifen des Herzogl. Statistischen Bureaus von dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Kollegium, jetzt Herzogl. Landes-Medizinal-Kollegium, geliefert werden, und ebenso bei den in gleicher Weise sich vollziehenden jährlichen Erhebungen über die Morbidität in den allgemeinen Krankenhäusern (öffentlichen Krankenanstalten, Privatkrankenanstalten mit 11 und mehr Betten); das Material dieser Erhebungen gelangt zwar auch an das Herzogl. Statistische Bureau, wird dort aber lediglich gesammelt und nicht weiter verarbeitet.

b. Viehseuchenstatistik. Anders verhält sich die Sache sodann aber bei der Viehseuchenstatistik, welche, nachdem das Kaiserliche Statistische Amt und das Kaiserliche Gesundheitsamt vereint einen Plan für dieselbe aufgestellt hatten, durch Bundesratsbeschuß vom 29. Oktober 1885 (§ 528 der Protokolle in Verbindung mit Nr. 23 und 137 der Drucksachen der Session von 1885) vom 1. Januar 1886 an zur Einführung kam und sich zunächst auf Milzbrand, Tollwut, Rotz der Pferde, Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche des Rindviehes, Schafpocken, Bläschenausschlag der Pferde und des Rindviehes, Räude der Pferde und Schafe, sowie Rinderpest bezog. Zur Ausführung für das Herzogtum Braunschweig wurde das Erforderliche durch die Ministerialreskripte an Herzogl. Landes-Medizinal-Kollegium, die Herzogl. Kreisdirektionen und das Herzogl. Finanz-Kollegium vom 21. November 1885 verfügt. Die Materialbeschaffung wurde danach wesentlich in die Hände der Kreistierärzte gelegt, welche dabei von den Herzogl. Kreisdirektionen die entsprechende Unterstützung zu erfahren hatten; bezüglich der zu zahlenden Entschädigungen lieferte Herzogl. Finanz-Kollegium die erforderlichen Nachweisungen. Nachdem das von den Kreistierärzten eingehende Material vom Herzogl. Landes-Medizinal-Kollegium sachlich geprüft worden, geht alles an das Herzogl. Statistische Bureau, um dort entsprechend verarbeitet und zusammengestellt zu werden; die Übermittlung der vorgeschriebenen Übersichten pp. an das Kaiserliche Gesundheitsamt liegt gleicherweise dem Herzogl. Statistischen Bureau ob. Im Interesse einer Verwertung für die Partikularstatistik werden die Übersichtsformulare vom Herzogl. Statistischen Bureau in einer etwas erweiterten Form aufgestellt.

Nachdem behuf einer sachgemäßen Durchführung

der fraglichen Statistik mehr oder weniger untergeordnetere Ergänzungen durch die Ministerialerlasse vom 2. Februar und 22. März 1888 sowie vom 22. Februar 1892 verfügt waren, wurde die Statistik auf bezügliches Ersuchen des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) durch Ministerial-Verfügung vom 19. Januar 1898 vom 1. Januar 1898 auch auf die Schweineseuche (Schweinepest) und Rotlauf der Schweine ausgedehnt und sodann durch ein weiteres Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 5. Juni 1899, welches gleichzeitig die vorbezeichnete Erweiterung noch näher ergänzt, auch auf die Geflügelcholera und schließlich durch Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 17. September 1903 auf die Hühnerpest. Besondere Zusammenstellungen oder Veröffentlichungen für das Herzogtum sind bezüglich der Viehseuchenstatistik nicht ergangen.

c. Pockenstatistik. Eine Pockenstatistik für das Deutsche Reich, welche sich aber lediglich auf die Nachweisung der Todesfälle an Pocken, nicht auch auf die der bezüglichlichen Erkrankungen erstreckt, ist durch den Bundesratsbeschluß vom 18. Juni 1885 (§ 372 der Protokolle in Verbindung mit Nr. 3 und Nr. 98 der Drucksachen der Session von 1885) vom Jahre 1886 an eingeführt worden. Die definitiven Ausführungsvorschriften dazu sind für Braunschweig erst durch das Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 21. Mai 1887 gegeben. Nach entsprechender Benachrichtigung durch den Standesbeamten haben die Physici bezüglich jedes Pockensterbefalles nähere Untersuchung anzustellen, die vorgeschriebenen Meldekarten auszufüllen und solche umgehend den Herzogl. Kreisdirektionen einzureichen, welche sie für den Kreis sammeln und vierteljährlich an das Herzogl. Statistische Bureau einsenden. Das Herzogl. Statistische Bureau prüft die eingegangenen Meldekarten, führt erforderlichenfalls ihre Vervollständigung und Berichtigung herbei, kann dieselben für Landeszwecke verarbeiten und hat das ganze Material nebst den weiter vorgeschriebenen Übersichten zu dem gesetzten Termin jedes Jahr dem Kaiserlichen Gesundheitsamte einzureichen.

Auf Ansuchen des Reichsamts des Innern ist die Pockenstatistik vom 1. Januar 1889 an durch eine gleichzeitig das Weitere ordnende Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 13. März 1889 auf die Erkrankungensfälle an Pocken erstreckt; hierzu ist eine weitere die Durchführung der Statistik ergänzende Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums unter dem 12. April 1894 erlassen. Im Jahre 1899 wurde durch den Beschluß des Bundesrats vom 28. Juni 1899 (§ 480 der Protokolle) über die Vorschriften zur Ausführung des Impfgesetzes die Herstellung einer Statistik der Todesfälle an Pocken als eine allgemein zwingende und gleichmäßige beschlossen; durch den weiteren Bundesratsbeschluß vom 5. Oktober 1899 (§ 550 der Protokolle bezw. Anlage III zum Protokoll vom 5. Oktober 1899 unter Nr. 9) wurden die näheren Bestimmungen für diese Statistik gegeben, zu denen die Ausführungsvorschriften für das Herzogtum Braunschweig wiederum in einer ministeriellen Verfügung vom 18. Januar 1900 verlaublich wurden.

Eine vollständige Neuregelung der Pockenstatistik ist endlich durch die Bestimmungen zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 erfolgt, welche der Bundesrat in seiner Sitzung vom 28. Januar 1904 (Session 1904, § 83 der Protokolle) beschlossen und der Reichskanzler mit der Bekanntmachung vom 21. Februar 1904 (Reichsgesetzblatt 1904, Nr. 9, S. 67 ff.) veröffentlicht hat; die bezüglichlichen Vorschriften finden sich im Abschnitt II, Bekämpfung der Pocken, unter Ziffer 10 im zweiten Absatz (a. a. O. S. 97). Für eine Sonderbearbeitung oder Veröffentlichung der Ergebnisse der

Pockenstatistik für das Herzogtum lag bislang kein Bedürfnis vor.

d. Todesursachenstatistik. Schließlich kommt hier noch die Statistik der Todesursachen für das Deutsche Reich in Betracht. Eine solche ist nicht durch eine bezüglichliche Beschlußfassung des Bundesrats einheitlich für das Reich zur Einführung gebracht, sondern lediglich durch freie Entschlüsse der einzelnen Bundesregierungen, welche vom Reichskanzler (Reichsamt des Innern) angeregt wurden. Für das Herzogtum Braunschweig ist eine Todesursachenstatistik nach den allgemeinen Vorschlägen des Kaiserlichen Gesundheitsamts auf Grund eines Schreibens des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) vom 28. April 1895 vermittelt ministerieller Verfügung vom 22. November 1895 angeordnet. Die Statistik weist für die Kreise und die Stadt Braunschweig gesondert unter regelmäßiger Ausscheidung von Altersklassen (unter 1 Jahr, 1—15 Jahr, 15—60 Jahr, 60 Jahr und darüber) die Gestorbenen in 18 nach einzelnen Krankheiten gebildeten Rubriken mit einigen Unterubriken (Diphtherie einschl. Croup; Keuchhusten; Scharlach; Masern; Typhus; seltenere gemeingefährliche Ansteckungskrankheiten; übertragbare Tierkrankheiten; Tuberkulose der Lungen; Tuberkulose der anderen Organe; Lungenentzündung; sonstige entzündliche Krankheiten der Atmungsorgane; Magen- und Darmkatarrh und Atrophie der Kinder; Kindbettfieber; andere Folgen der Geburt; Neubildungen; angeborene Lebensschwäche; Altersschwäche; Verunglückung; Selbstmord; sonstige benannte Krankheiten; Todesursache nicht angegeben) nach und wird jährlich aufgestellt. Die Nachweise beruhen auf den Angaben in den Zählkarten der Standesbeamten über die Todesfälle, welche von dem Herzogl. Statistischen Bureau entsprechend, eventuell unter fachkundiger Beihilfe Herzogl. Landes-Medizinal-Kollegiums zu verarbeiten sind; behuf Erleichterung der Eintragung sind die Ärzte in den Städten angewiesen, bei Ausstellung der Totenscheine die Todesursache nach Maßgabe der vom Reichsgesundheitsamt aufgestellten Klassifizierung und der dazu gegebenen Grundsätze einzutragen. Die Nachweisungen sind vom Jahre 1894 an regelmäßig geliefert und werden beim Herzogl. Statistischen Bureau gleicherweise behuf eventuellen Gebrauchs für Landeszwecke gesammelt, doch hat bislang eine weitere Verarbeitung und Veröffentlichung nicht stattgefunden.

3. Bezüglich sonstiger von außen kommenden Aufgaben. a. Statistik der evangelischen Landeskirchen. Anschließend an die Vorausführungen über die unmittelbar für das Deutsche Reich zu lösenden Aufgaben des Herzogl. Statistischen Bureaus haben wir nun noch einiger weiterer ständiger Feststellungen zu gedenken, welche in ähnlicher Weise von außen her an das Herzogl. Statistische Bureau herangetreten sind und sich in weitergehende, meist das ganze Gebiet des Reichs umfassende Erhebungen eingliedern. Zunächst kommt dabei die Mitarbeit an den „Statistischen Mitteilungen aus den Deutschen evangelischen Landeskirchen“ in Frage, welche von der statistischen Kommission der Deutschen evangelischen Kirchenkonferenz nach den Beschlüssen der letzteren seit dem Jahre 1880 in vervollkommneter, im wesentlichen seitdem unveränderter Form herausgegeben werden. Unter Vermittlung der landeskirchlichen Behörde, des Herzogl. Konsistoriums zu Wolfenbüttel, wird vom Herzogl. Statistischen Bureau für das Herzogtum Braunschweig nach den von den Standesbeamten einzuliefernden Meldekarten über die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle in besonderer Verarbeitung jährlich das Nähere über das Religionsbekenntnis der Eltern der Geborenen, sowie über das der Eheschließenden und der Verstorbenen bezüglich der sämtlichen Gemeinden festgelegt, auch des weiteren eine Reihe von Daten für die kirchlichen Gemeinde- und In-

spektionsbezirke speziell ermittelt. Alle diese Arbeiten, welche keineswegs ganz geringfügig sind, werden lediglich zu diesem bestimmten Zweck nach dem sonst in dieser Richtung nicht zur Verarbeitung kommenden Urmaterial vorgenommen und durften deshalb hier nicht unerwähnt bleiben.

b. Städtestatistik. In ähnlicher Weise wie vorstehend, nicht um eine besondere Erhebung, sondern lediglich um eine eigens zu dem Zweck notwendige erweiterte Verarbeitung des Urmaterials und zwar sogar des gleichen Urmaterials wie im vorigen Fall handelt es sich bei besonderen Nachweisungen über die Bevölkerungsbewegung in der Stadt Braunschweig, welche seit 1894 regelmäßig jährlich auf Ansuchen des Stadtmagistrats Braunschweig gegeben werden, um sodann für die bezüglichen Zusammenstellungen in dem Jahrbuch Deutscher Städte, Abschnitt III Bevölkerung, zu dienen. Es kommen dabei die aus dem vorbezeichneten Abschnitt des Jahrbuchs Deutscher Städte zu ersiehenden einzelnen Momente in Frage und ist namentlich eine erweiterte Durcharbeitung der Meldekarten der Standesbeamten über die Geburts- und Sterbefälle behuf der Ausscheidungen nach Monaten erforderlich. Die Arbeit ist von dem Herzogl. Statistischen Bureau übernommen, weil die Stadt Braunschweig bislang kein städtisches Statistisches Bureau besitzt; sie wird für die Folge voraussichtlich wegfallen, da nunmehr die Stadt Braunschweig zu der Errichtung eines eigenen Statistischen Bureaus schreiten will.

c. Marktpreisstatistik. Des weiteren haben wir hier noch anzuschließen, wie gleicherweise durch eine Anregung von außen, durch eine solche der Königl. Preussischen Militärverwaltung, eine Statistik der Marktpreise, wenn auch nur in einem bestimmten Umfange, ins Leben gerufen ist. Vom Jahre 1867 ab wurde zu militärischen Zwecken in den drei Garnisonstädten des Herzogtums Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg eine amtliche Ermittlung der Marktpreise der wichtigsten Lebensmittel für Menschen und Tiere vorgenommen, für welche sodann in einer Anweisung vom 3. September 1875 die näheren Vorschriften gegeben wurden. Die betreffenden Herzogl. Kreisdirektionen hatten danach Marktpreisatteste auszufertigen, welche durch die Vermittlung des Herzogl. Staatsministeriums dem Königl. Preussischen Kriegsministerium in Berlin und der Königl. Intendantur des X. Armeekorps zu Hannover mitgeteilt wurden. Seit dem Jahre 1880 gingen dem Herzogl. Statistischen Bureau auf ein bezügliches Ansuchen vom 12. März 1880 von den Herzogl. Kreisdirektionen regelmäßig Abschriften der Marktpreisatteste zu, welche entsprechend tabellarisch verarbeitet wurden. Durch ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 22. Juni 1881 sind sodann die drei Herzogl. Kreisdirektionen angewiesen worden, die Marktpreisatteste im Original dem Herzogl. Statistischen Bureau einzusenden, welches dieselben nach gemachtem Gebrauch unmittelbar an das Königl. Preussische Kriegsministerium bzw. die Intendantur des X. Armeekorps weiter befördern sollte.

Nachdem durch ein ministerielles Reskript vom 15. Oktober 1891 noch eine Ergänzung erfolgt war, wurde vom 1. Januar 1894 ab das ganze Verfahren für die Feststellung der Marktpreise neu geregelt, wozu Herzogl. Staatsministerium unter dem 3. November 1893 die Anweisung erteilte. Die bezügliche Tätigkeit des Statistischen Bureaus wurde dadurch nicht berührt und sind die tabellarischen Zusammenstellungen und Durchschnittsberechnungen unverändert fortgesetzt und sonach für die ganze Zeit vorhanden, ohne daß jedoch bislang eine Veröffentlichung der Daten erfolgt ist. Schon vom Jahre 1880 an wurden übrigens die aufgestellten Übersichten der durchschnittlichen Markt- und Ladenpreise allmonatlich dem Königl. Preussischen Statistischen Bureau auf bezügliches Ansuchen übermittelt, bis im Jahre 1902 solches als bei der gegenwärtigen Entwicklung der Marktpreisstatistik des Preussischen Staates für die Zukunft entbehrlich bezeichnet wurde. Hierzu sei endlich noch hervorgehoben, wie seit dem Jahre 1895 von dem Herzogl. Statistischen Bureau dem Königl. Preussischen

Kriegsministerium, Militär-Ökonomie-Departement, beziehungsweise später der Königl. Intendantur des X. Armeekorps regelmäßig einzelne Nachweise über die Produktions-, Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsverhältnisse gegeben werden, ohne daß jedoch speziellere Erhebungen zu dem Zweck veranlaßt wurden; nur weil die bezügliche Aufgabe des Statistischen Bureaus sich im wesentlichen zu einer dauernden ausgestaltet hat, mußte die Sache hier erwähnt werden.

Im Anschluß hieran sei noch einer weiteren regelmäßigen Preisermittlung für militärische Zwecke kurz gedacht. Nach § 19 des Reichsgesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juli 1873 (Reichsgesetzblatt 1873, Nr. 15, S. 129) sollen die Vergütungssätze für alle Landlieferungen nach den Durchschnittspreisen der letzten zehn Friedensjahre, mit Weglassung des teuersten und des wohlfeilsten Jahres, und zwar für jeden Lieferungsverband nach den Preisen des Hauptmarkortes bestimmt werden. Durch Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 9. August 1879 ist dementsprechend eine fortlaufende Ermittlung der maßgebenden Durchschnittspreise angeordnet, welche zunächst für jedes Jahr die Herzogl. Kreisdirektionen vorzunehmen haben. Die bezüglichen Tabellen und Berechnungen, welche die Vergütungssätze für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh, Weizenmehl und Roggenmehl umfassen, werden sodann dem Herzogl. Statistischen Bureau übermittelt, welches nach entsprechender Prüfung und Richtigstellung eine generelle Nachweisung anfertigt und dem Herzogl. Staatsministerium jährlich vorlegt.

d. Verzeichnis der Messen und Märkte. Schließlich haben wir noch eines allerdings wohl weniger in das Gebiet der eigentlichen Statistik fallenden Gegenstandes zu gedenken, welcher auch durch das Herzogl. Statistische Bureau aber in Anlehnung nach außen seine Erledigung findet, es ist dieses die regelmäßige Nachweisung der innerhalb des Herzogtums stattfindenden Märkte. Auf dem Herzogl. Statistischen Bureau wurde seit Errichtung desselben ein Verzeichnis der Messen und Märkte im Herzogtum geführt, das auf einer schon seit länger beim Herzogl. Staatsministerium aufgestellten Nachweisung beruhte. Dieses Verzeichnis wurde zwar auf dem Laufenden erhalten, doch konnte dieses, da Veränderungen nicht immer und regelmäßig zur Kenntnis kamen, nur in mangelhafter Weise geschehen. Um das Verzeichnis wieder mit dem faktischen Stand in Einklang zu setzen, wurden durch ein Ministerialreskript vom 8. April 1876 die Kreisdirektionen beauftragt, ein genaues und vollständiges Verzeichnis der in ihrem Bezirke stattfindenden Märkte aufzustellen und einzusenden. Schon durch ein Ministerialreskript vom 24. März 1858 waren die Herzogl. Kreisdirektionen angewiesen, in allen Fällen, in welchen die Bekanntmachung diesseitiger Märkte durch Preussische Kalender von Interesse wäre, die bezüglichen Mitteilungen bis zum 1. April jeden Jahres direkt an das Königl. Preussische Statistische Bureau zu Berlin gelangen zu lassen. Da es nun aber erwünscht erschien, einerseits Einheitlichkeit in diese Mitteilungen zu bringen, andererseits auch sämtliche im Herzogtum stattfindende Messen und Märkte in das offizielle preussische Verzeichnis aufzunehmen, so wurde unter dem 23. November 1877 vom Herzogl. Staatsministerium verfügt, einmal, daß die Herzogl. Kreisdirektionen von allen auf die Märkte ihres Verwaltungsbezirks bezüglichen Abänderungen, sofern für solche die Kompetenz Herzogl. Staatsministeriums nicht in Frage kam, dem Herzogl. Statistischen Bureau ungesäumt Mitteilung zugehen zu lassen hätten und ferner, daß alle bei Herzogl. Staatsministerium ergehenden den Meß- und Marktverkehr betreffenden Verhandlungen dem Statistischen Bureau zur Kenntnisnahme vorgelegt würden. Seitdem wird vom Statistischen Bureau eine vollständige und genaue Nachweisung der sämtlichen Märkte und Messen im Bezirke des Herzogtums geführt und auf dem Laufenden erhalten; für das Königl. Preussische Statistische Bureau wird jährlich ein Ver-

zeichnis der Märkte und Messen behuf Aufnahme in die offizielle preußische Nachweisung angefertigt und wird auch Benachrichtigung wegen nachträglich eintretender Veränderungen dorthin gegeben.

III. Die selbständige Tätigkeit für Landeszwecke.

1. Die Einschränkung des früheren Geschäftskreises durch die für das Deutsche Reich zu lösenden Aufgaben. Nach unseren vorstehenden Ausführungen ist, wie sich schon äußerlich aus dem notwendig weiteren Umfang derselben ergibt, der Kreis derjenigen Aufgaben, welcher an das Herzogl. Statistische Bureau in erster Linie von außen her herantritt, im Laufe der Zeit ein immer größerer und jetzt ein an und für sich sehr bedeutungsvoller geworden. Danach muß sich naturgemäß auf der anderen Seite die Reihe derjenigen Gegenstände, welche als ausschließlich braunschweigische die Tätigkeit des Statistischen Bureaus in Anspruch nehmen, wesentlich verringert haben, es kommt demgemäß von der großen Zahl der Einzelaufgaben, welche wir für die erste Periode als selbständig braunschweigische anzuführen hatten, ein beträchtlicher Teil und darunter vorwiegend wiederum gerade solche Einzelaufgaben, denen im allgemeinen die wesentlichere Bedeutung beizumessen ist, in Wegfall. Wir brauchen in letzterer Beziehung wohl nur auf die Bevölkerungsstatistik in ihren beiden großen Hauptabschnitten, den Volkszählungen und der Verfolgung der Bewegung der Bevölkerung hinzuweisen, auf die Viehstandsermittlungen, auf die Ermittlung des Berufs und der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Betriebe, auf die ganzen Gebiete der Medizinalstatistik und der Justizstatistik, auf die landwirtschaftliche Statistik bezüglich des Anbaues, des Saatstandes, der Ernteerträge etc.

Wenn nun aber auch dementsprechend der Umfang der unbeschränkt selbständigen Aufgaben des Herzogl. Statistischen Bureaus gegenüber der ersten Periode als ein ganz wesentlich verkleinerter sich zeigt, so ist dieses keineswegs als ein Nachteil für die zu erreichenden Erfolge, sondern im Gegenteil als ein Vorteil für dieselben zu erachten. Denn alle jene Aufgaben fielen ja als solche nicht etwa fort, sondern sie waren nur in einer anderen und wie wohl unbedenklich zugefügt werden kann, vollkommeneren Weise zu lösen, da solche Lösungen stets nur nach eingehenden Erörterungen von den Vertretern der beteiligten Staaten, bei denen allen den von Wissenschaft und Praxis zu stellenden Anforderungen nach Tunlichkeit Rechnung getragen wurde, erfolgten und damit durch dieselben teils eine größere Wissenschaftlichkeit, teils auch eine weitergehende Vergleichbarkeit für die Ergebnisse gesichert wurde. Außerdem konnte und hat man auch überall da, wo speziellere Interessen für eine Erweiterung der allgemeinen Feststellungen vorlagen, eine solche eintreten lassen, wie wir oben verschiedentlich anzuführen hatten und durch den feststehenden in sich mit aller Vortüchtigkeit durchgearbeiteten Kern, welcher durch die allgemeinen Erhebungen gegeben war, mußten auch jene Erweiterungen und dadurch das statistische Gesamtergebnis als solches wieder unbedingt gewinnen.

2. Wegfall älterer Erhebungen. Abgesehen von der vorbezeichneten Einschränkung der von vornherein als spezifisch braunschweigische sich darstellenden Aufgaben des Herzogl. Statistischen Bureaus durch den Übergang derselben auf ein größeres und allgemeines Erhebungsgebiet ist sodann der anfänglich gegebene weitere Geschäftskreis des Bureaus durch den Wegfall verschiedener Einzelaufgaben eingeengt worden, ohne daß dadurch aber gleicherweise im großen und ganzen ein sachlicher Nachteil als begründet angenommen werden könnte, um so mehr, als dagegen auch andererseits neue Aufgaben, sei es, daß sie

früher überhaupt noch nicht berücksichtigte Gegenstände betrafen, sei es, daß sie sich durch eine erweiterte und vervollkommnete Ausgestaltung als solche darstellten, hinzugekommen sind. Dadurch daß man, wie wir oben gesehen, für die geschäftliche Tätigkeit des Statistischen Bureaus zu Anfang verhältnismäßig recht weite Grenzen steckte und in dieselben verschiedentlich auch Feststellungen, welche an und für sich als eigentlich statistische sich nicht charakterisierten, einbezog, mußte man mit der Zeit durch die notwendige Ausdehnung und Erweiterung der spezifisch statistischen Aufgaben sowie durch die damit wiederum naturgemäß verbundene sachliche Vertiefung und wissenschaftliche Ausgestaltung dieser Aufgaben notwendig, schon weil man immer doch nur mit beschränkteren Arbeitskräften als verfügbar zu rechnen hatte, zu einer Einschränkung gedrängt werden, welche sich sodann in der Hauptsache auf jene nicht dem eigentlichen Gebiet der Statistik zuzurechnenden Gegenstände bezog. Schon für die vorige Periode hatten wir darauf hinzuweisen, wie sich diese Einwirkung in nennenswerterer Weise geltend machte und ist auch wohl der größere Teil der nicht spezifisch statistischen Aufgaben bereits noch in jener in Wegfall gekommen und nur der kleinere Teil erst in der jetzt zu betrachtenden.

Zu dem letzteren Teil gehörten namentlich auch die zunächst zahlreicher zu erstattenden Verwaltungs- und auch Spezialberichte der einzelnen Behörden, welche allerdings teilweise da, wo sie ein umfassenderes Material boten, statistisch sehr wohl verwertbar erscheinen mußten. Aber trotz letzteren Umstandes bedeutet der Fortfall der bezüglichen Verwaltungsberichte im ganzen keinen großen sachlichen Nachteil. Einerseits beruhte dieser Fortfall auf einem etwa um die Grenze der beiden Perioden eintretenden Wechsel in den fraglichen Verwaltungseinrichtungen selbst und sind als hierher fallend speziell zu nennen die Geschäftstabellen der Militärgerichte, welche in gleicher Weise wie die regelmäßigen Feststellungen über die physische Beschaffenheit der Militärpflichtigen mit der allgemeinen Neuorganisation des Militärwesens für sich zur Beseitigung kamen und sich in den gemeinsamen nunmehrigen Nachweisungen auflösten, sodann die Jahresberichte über den Eisenbahnbetrieb, welche mit dem Verkauf der Staatseisenbahnen im Jahre 1870 wegfielen, und in ähnlicher Weise auch die Berichte über den Postbetrieb, obwohl auch nach dem verfassungsmäßigen Übergang der Postverwaltung auf den Norddeutschen Bund beziehungsweise das Deutsche Reich die Oberpostdirektion Braunschweig für ihren Bezirk, soweit er das Herzogtum Braunschweig umfaßt, eine Sondernachweisung noch jetzt regelmäßig übermittelt, welche aber zu weiterer spezieller Bearbeitung keine Veranlassung bieten konnte.

Andererseits beruhte der Fortfall zum Teil aber gerade auch darauf, daß die Behörden eine auf ihrem Geschäftskreis basierende Spezialstatistik selbst weiter ausbildeten und die Ergebnisse selbständig in besonderen Nachweisungen mit entsprechenden Rückblicken und Vergleichen aufstellten und für einzelne Zeiträume in regelmäßiger oder wechselnder Folge zur Veröffentlichung brachten. Es kommen in letzterer Beziehung in Frage die Herzogl. Baudirektion, welche in unregelmäßigen Zeitabschnitten Mitteilungen aus ihrem Geschäftsbereiche zur Veröffentlichung bringt und dabei namentlich auch bezüglich der Staatsstraßen und der Kommunikationswege sowie der Strombauten an der Weser nähere Nachweisungen erbringt, sodann die Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten, welche den Forstbetrieb im Herzogtum und speziell den staatlichen eingehender statistisch darstellt und die Ergebnisse ausführlicher regelmäßig veröffentlicht, ferner das Her-

BIBLIOTHEK
Braunschweig

zogl. Finanzkollegium als Verwaltungsbehörde der Landesbrandversicherungsanstalt, welches jährlich bezüglich der letzteren Anstalt die finanziellen Ergebnisse nach allen den in Frage kommenden Einzelheiten in eigener Darstellung herausgibt, und endlich die Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft, welche die neben der allgemeinen Deutschen Justizstatistik noch spezieller nachzuweisenden Einzelheiten aus dem Gebiete der Justizverwaltung alljährlich in den Geschäftstabellen der Gerichte zusammenfaßt; die letzten Geschäftsberichte gehören allerdings insofern nicht hierher, als sich bezüglich derselben gegen den Stand der vorigen Periode eine Veränderung jetzt nicht vollzog und nur die Form der zusammengestellten Geschäftstabellen mit der Neuorganisation des Justizwesens vom Jahre 1879 an eine andere wurde; um einen vollständigeren Überblick über die hier berührte Spezialstatistik der einzelnen Behörden zu geben, haben wir sie mit angeführt.

3. Aus der früheren Periode beibehaltene Landesfeststellungen. Eine Anzahl der in der vorigen Periode eingeleiteten statistischen Feststellungen ist nun aber auch in einer in der Hauptsache nicht oder doch nur wenig veränderten Weise in der jetzigen Periode fortgeführt worden. So zunächst die Statistik der Neuanbauten in den Landgemeinden. a. Statistik der Neuanbauten in den Landgemeinden. Schon durch eine Ministerialverfügung vom 1. Juli 1850 waren die Herzogl. Kreisdirektionen angewiesen, alljährlich Verzeichnisse der in den Landgemeinden ihres Bezirks ausgeführten Neuanbauten an das Herzogl. Staatsministerium einzureichen, welches danach wiederum dem Herzogl. Steuerkollegium entsprechende Mitteilung behuf der Veranlagung der fr. Neuanbauten zur Grundsteuer bezw. zur Kontrolle dieser Veranlagung machte. Diese Verzeichnisse der ländlichen Neuanbauten wurden demnächst nach Einrichtung des Herzogl. Statistischen Bureaus diesem überwiesen und dort zur Aufstellung bestimmter Übersichten und Zusammenziehungen speziell auch unter Ausscheidung der Amtsgerichtsbezirke benutzt. Die letztere Verarbeitung fand regelmäßig bis jetzt statt und sind tabellarische Zusammenstellungen für den ganzen Zeitraum von mehr als fünfzig Jahren vorhanden. Durch den Druck veröffentlicht ist von dem Material bislang noch nichts, gegebenenfalls sind schriftliche Auszüge aus den Tabellen benutzt worden; eine Bearbeitung für die fünfzig Jahre 1851—1900 wird in dem vorliegenden Heft der Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig gegeben. Durch ministerielle Verfügung vom 26. April 1902 ist das unter dem 1. Juli 1850 angeordnete äußere Verfahren dahin geändert, daß die Jahresverzeichnisse der Kreisdirektionen unmittelbar dem Herzogl. Statistischen Bureau zugehen und letzteres auch die erforderliche Mitteilung an das Herzogl. Steuerkollegium vornimmt.

b. Nachweisungen über die Separationen. Die schon oben berührten jährlichen allgemeinen Darlegungen der Herzogl. Landes-Ökonomiekommission über ihre Geschäftstätigkeit bezüglich der Separationen, Ablösungen und Allodifikationen sind nach und nach zwar in Wegfall gekommen, dahingegen wurden die Nachweisungen über den Fortgang der Spezial-Separationen noch fortgesetzt gegeben, wenn auch nicht alljährlich, da ja schon seit längerer Zeit für die große Hauptmasse der Gemeinden des Herzogtums die Separation zur Durchführung gelangt war und es sich jetzt immer nur noch um einzelne nachzügeln Separationen handelt, so daß eine zusammenfassende Nachweisung für einen längeren Zeitraum zweckentsprechender erscheint. Veröffentlichungen durch den Druck sind nicht weiter vorgekommen und lag dazu auch um so weniger Veranlassung vor, als in der anläßlich des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums des Her-

zog Wilhelm von dem damaligen Mitgliede der Herzogl. Landes-Ökonomiekommission, Landesökonomierat Lüdewitz herausgegebenen Schrift „Die Befreiung und Mobilisierung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig“ die bezüglich die Entwicklung bis zum Jahre 1881 in eingehender Weise unter Beifügung des bezüglichlichen Zahlenmaterials zur Darlegung gebracht war und bezüglich der späteren Zeit der oben berührte Gesichtspunkt in Rücksicht zu ziehen ist.

c. Drainierungen, Landgestüt, Berg- und Hüttenwesen. In einer ähnlichen Weise und nur mit weiterer Regelmäßigkeit gehen auch noch wie in der vorigen Periode ohne wesentliche Veränderung die von Herzogl. Kammer, Direktion der Domänen, aufgestellten Nachweisungen über die auf den Kammer- und Klostergütern erfolgten Drainierungen, die von der Verwaltung des Herzogl. Landgestüts anzufertigenden Übersichten über den Stand und die Erfolge des Herzogl. Landgestüts, sowie die von Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, zu gebenden Zusammenstellungen über die Resultate des Berg-, Hütten- und Salinenbetriebes ein. Das Material, welches dadurch zusammengebracht wird, ist auf dem Herzogl. Statistischen Bureau sorgfältig gesammelt und zum Teil auch regelmäßig in tabellarischen Übersichten unter entsprechenden Zusammenfassungen weiter verarbeitet worden. Namentlich bezüglich der Erfolge des Herzogl. Landgestüts sind stets die speziellen Übersichten über die Zahlen der Beschäler, der gedeckten Stuten und der gefallenen Füllen aufgestellt und daraus wiederum verschiedentlich für besondere Zwecke Spezialnachweisungen gegeben, bezüglich welcher auch zuweilen noch weitere Punkte durch Nachfrage beim Herzogl. Landgestüt aufgeklärt wurden. Veröffentlichungen durch den Druck sind bezüglich dieser Statistiken nicht geschehen.

d. Sparkassenstatistik. Endlich sind als für einen wesentlichen Teil der Periode in der früheren Weise fortlaufend noch die Übersichten des Herzogl. Finanzkollegiums über die Sparkassen hervorzuheben, deren wir oben auch schon gedacht haben. Diese Übersichten hörten erst auf, als der mit der Herzogl. Leihhausanstalt verbundenen Sparkasse durch das Gesetz vom 10. Juni 1892 (Gesetz- und Verordnungsammlung 1892, Nr. 27, S. 249) eine neue Organisation gegeben wurde, welche gemäß der Verordnung vom 16. April 1893 (a. a. O. 1893, Nr. 17, S. 193) mit dem 1. Mai 1893 in Kraft trat. Es ist dieses jene besondere Organisation, welche es auch verhindert, vergleichbare Daten bezüglich der vom Kaiserl. Statistischen Amt allgemein für das Deutsche Reich durchgeführten Sparkassenstatistik für das Herzogtum Braunschweig zu geben, wie wir oben bereits näher ausgeführt haben. In gleicher Weise war auch der Aufstellung der früheren Übersichten durch die Organisation der Boden entzogen und kamen sie deshalb in Wegfall. So lange die Übersichten eingereicht wurden, sind dieselben vom Herzogl. Statistischen Bureau wie bereits in der vorigen Periode zu generellen Tabellen verarbeitet worden, eine Publikation hat jedoch nicht weiter stattgefunden.

4. Neu ausgestaltete, aber wieder in Fortfall gekommene Aufgaben. Es kommen nunmehr zwei weitere Aufgaben des Herzogl. Statistischen Bureaus in Betracht, welche dasselbe, obwohl sie mit ihren Anfängen noch in die frühere Periode zurückgreifen, doch erst in der laufenden Periode und zwar von Anfang an in der Absicht einer dauernden Durchführung in der betreffenden Form auf sich genommen hatte, welche dann aber inzwischen infolge besonderer Umstände wieder in Fortfall gekommen sind.

a. Statistik der Lebensmittelpreise. Die erstere betrifft die Ermittlung der Preise

der wichtigsten Lebensbedürfnisse. Nachdem in dieser Beziehung früher lediglich bezüglich der Stadt Braunschweig die Preise von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Feldbohnen, Heu und Stroh durch eine von der dortigen Kornbörse gewählte Kommission nach Maßgabe des Marktverkehrs allwöchentlich festgestellt und von der Herzogl. Polizeidirektion in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlicht war, wurde durch ein vom Herzogl. Staatsministerium unter dem 21. Juli 1877 genehmigtes Abkommen zwischen dem Herzogl. Statistischen Bureau und dem landwirtschaftlichen Zentralverein für das Herzogtum Braunschweig eine den bezüglichen preussischen Preistabellen sich anschließende Preisstatistik in der Weise eingeführt, daß die vom Statistischen Bureau aufgestellten und gelieferten Formulare seitens des landwirtschaftlichen Zentralvereins den Vorsitzenden der einzelnen Amtsvereine übermittelt werden, welche ihrerseits auf Grund der von geeigneten Sachverständigen der einzelnen Teile ihres Bezirks vorgenommenen Schätzungen die bezüglichen Durchschnittspreise für den Amtsbezirk feststellen und dem Herzogl. Statistischen Bureau zur weiteren Verarbeitung einsenden. Die Erhebung selbst war in ziemlich weiten Grenzen angelegt und sollten die Preisfeststellungen meist für jeden einzelnen Monat des Jahres gemacht werden, wogegen die Verarbeitung durch das Statistische Bureau jährlich erfolgen sollte.

Nach fünf Formularen sollten ermittelt werden die Durchschnittspreise der Cerealien (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, — mit Unterscheidung von schwer, mittel, leicht — Erbsen, Speisebohnen, Linsen, Kartoffeln, Stroh, Heu), die Durchschnittspreise für Fleisch, Fettwaren, Eier (Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Speck, Eibutter, Eier), die Durchschnittspreise für Vieh (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine — wiederum mit verschiedentlichen Unterscheidungen — Ziegen, Gänse, Bienenstöcke), die Preise und Mengen der bezogenen käuflichen Düngemittel und die Preise und Mengen der verfütterten käuflichen Futterstoffe. Man beschränkte sich dann aber schließlich darauf, nur nach den ersten beiden Formularen die Durchschnittspreise für Cerealien und für Fleisch etc. dauernd zu erheben; die Viehpreise kamen sodann bei den Viehzählungen, wie schon dargestellt, zur Ermittlung, die Preise der Düngemittel und Futterstoffe wurden nur einmal für 1878 festgelegt. Aus dem eingehenden Material wurden seitens des Statistischen Bureaus für jedes Jahr die Durchschnittspreise für Cerealien und Fleisch pp. in den oben bezeichneten Einzelheiten bezüglich jedes Amtsgerichtsbezirkes und sodann des Herzogtums im ganzen berechnet; die tabellarische Schlußzusammenstellung wurde dem landwirtschaftlichen Zentralverein mitgeteilt und von diesem in seinem amtlichen Organ veröffentlicht. Schon von Anfang an gingen übrigens die ausgefüllten Formulare der Amtsvereine nicht mit voller Regelmäßigkeit beim Statistischen Bureau ein, so daß stets eine Reihe von Erinnerungen notwendig wurde, von denen einzelne aber auch noch erfolglos blieben. Dieses verschärfte sich dann mit der Zeit immer mehr und hat man schließlich mit dem Jahr 1883 überhaupt Abstand davon genommen, die Ermittlungen fortzusetzen.

b. Nachweisung der bei auswärtigen Gesellschaften versicherten Immobilienwerte. Die zweite hier in Betracht kommende Aufgabe betrifft die Nachweisung der Versicherungswerte der für Baulichkeiten im Herzogtum bei auswärtigen Feuerversicherungsgesellschaften abgeschlossenen Immobilienversicherungen. Nachdem, wie bereits oben bemerkt, schon früher das Bestreben hervorgetreten war, in der fraglichen Beziehung sachdienliche Daten zu erhal-

ten, wurden durch eine Anordnung des Herzogl. Staatsministeriums vom 23. März 1871 die Herzogl. Kreisdirektionen beauftragt, alljährlich eine Nachweisung über diejenigen Summen einzureichen, zu denen die Baulichkeiten in den einzelnen Städten und Amtsgerichtsbezirken des Herzogtums bei auswärtigen Feuerversicherungsgesellschaften am Schluß eines jeden Jahres versichert waren. Diese Übersichten, welche wiederum auf den pflichtmäßigen Mitteilungen der beteiligten Versicherungsgesellschaften beruhten, wurden im Statistischen Bureau zu tabellarischen Zusammenstellungen verarbeitet, welche eine sachgemäße und nicht unwichtige Ergänzung der von der Landesbrandversicherungsanstalt bezüglich ihres Wirkungskreises aufgestellten Statistik boten, indem man auf diese Weise die gesamten versicherten Immobilienwerte festzustellen in der Lage war. Die fraglichen Tabellen über die Werte der Privat-Immobilien-Feuerversicherung sind vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1900 regelmäßig aufgestellt und auch eintretendenfalls, wie z. B. bei der Bearbeitung der demnächst noch zu berührenden Hypothekarstatistik, genutzt worden, wenngleich eine Publikation nicht erfolgt ist.

Nach Erlaß des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (Reichsgesetzblatt 1901, Nr. 18, S. 139) wurde von einzelnen der beteiligten Versicherungsgesellschaften geltend gemacht, ob sie speziell im Hinblick auf den § 118 des angeführten Gesetzes noch für verpflichtet erachtet werden könnten, den Herzogl. Kreisdirektionen die notwendigen Unterlagen für die fraglichen Übersichten zu geben. Da nach Lage der Sache den aufgetauchten Zweifeln eine gewisse Berechtigung nicht aberkannt werden konnte, so wurde zunächst für das Jahr 1902 versucht, die beteiligten Gesellschaften im Interesse der Fortführung der fr. Statistik zu einer freiwilligen Lieferung der notwendigen Daten durch eine entsprechende Aufforderung seitens des Herzogl. Statistischen Bureaus zu bestimmen. Wenngleich die große Mehrzahl der Gesellschaften in dankenswertem Entgegenkommen der Aufforderung Folge leistete und ihr auch für die Zukunft Folge zu leisten versprach, so war die Zahl der ablehnenden Gesellschaften doch immerhin so groß, daß man zu einem nur irgendwie brauchbaren Ergebnis bei der Fortführung der Statistik auf diese Weise nicht gelangen konnte. Ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 5. Februar 1904 ordnete deshalb an, daß bis auf weiteres von der Einreichung der in der Verfügung von 1871 bezeichneten Nachweisungen Abstand genommen werden solle, indem man sich speziell vorbehalt, eventuell durch Vermittlung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung zu den für die Fortsetzung der Statistik notwendigen Daten zu gelangen.

5. Neue Aufgaben im Landesinteresse.
a. Ständige oder fortlaufende Aufgaben.
α. Statistik über die Ergebnisse der Trichinenschau. Jetzt würden diejenigen Aufgaben in Betracht kommen, welche dem Herzogl. Statistischen Bureau in der laufenden Periode als ständige oder fortlaufende neu erwachsen sind. Als erste haben wir dabei die Statistik über die Ergebnisse der Trichinenschau hervorzuheben. Die allgemeine Zwangspflicht, jedes Schlachtschwein durch besondere amtlich bestellte und verpflichtete Sachverständige auf Trichinen untersuchen zu lassen, wurde im Herzogtum Braunschweig schon durch ein Gesetz vom 15. März 1866 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1866, Nr. 25, S. 79) zur Einführung gebracht. Neben den näheren Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetze wurde von vornherein im Verwaltungswege angeordnet, daß die eigens für die Trichinenschau in den einzelnen Orten des Herzogtums bestellten Sachverständigen alljährlich und zwar mit Rücksicht auf die hauptsächlich in die Wintermonate fallende Schlachtzeit immer für

die Zeit vom 1. April des einen bis zum 31. März des folgenden Jahres Übersichten über die Zahl der von ihnen überhaupt untersuchten beziehungsweise trichinös oder sonst krank befundenen Schweine bei den Herzogl. Kreisdirektionen einzureichen haben. Von den Herzogl. Kreisdirektionen werden die Übersichten in eins an das Herzogl. Ober-Sanitätskollegium, jetzt Herzogl. Landes-Medizinalkollegium, übermittelt, welches die Sammlung und eine allgemeine Zusammenstellung für das Herzogtum im ganzen vornimmt. Diese letztere gelangt sodann an Herzogl. Statistisches Bureau und wird hier regelmäßig weiter verarbeitet. Die Ergebnisse sind unter näherer textlicher Darlegung in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig veröffentlicht worden und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1866 bis 31. März 1883 in Heft V, S. 166 ff., für die Zeit vom 1. April 1883 bis zum 31. März 1893 in Heft X, S. 39 ff. und für die Zeit vom 1. April 1893 bis zum 31. März 1903 in dem vorliegenden Hefte.

β. Schulsparkassenstatistik. Eine fortlaufende Statistik über die Schulsparkassen, Konfirmanden-Sparvereine pp. schloß sich gleicherweise an eine bezügliche gesetzliche Neuregelung an. Durch ein besonderes Gesetz vom 19. Februar 1895 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1895, Nr. 13, S. 39) wurden nähere Bestimmungen über die Errichtung von Schulsparkassen, Konfirmanden-Sparvereinen und anderen Jugendsparkassen und Vereinen getroffen. Dazu gibt ein Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 19. März 1895 die speziellen sich namentlich auf die Notwendigkeit einer statistischen Ordnung und das Mindestmaß der in einer solchen zu regelnden Einzelpunkte beziehenden Ausführungsvorschriften und ordnet darin gleichzeitig an, daß die Verwaltungen der Schulsparkassen pp. alljährlich bis spätestens 1. Juni den Herzogl. Kreisdirektionen eine Nachweisung über ihre Tätigkeit nach einem vorgeschriebenen Muster einzureichen hätten. Die Nachweisungen, welche übrigens für die Kreisdirektionen in erster Linie zur Prüfung der Beobachtung der gegebenen Vorschriften, speziell derer bezüglich der Belegung des Kassenvermögens pp., dienen sollen, enthalten im einzelnen: 1. Zahl der Teilnehmer am Jahresanfang; 2. Zahl der während des Geschäftsjahres eingetretenen Teilnehmer; 3. Zahl der im Geschäftsjahr ausgeschiedenen Teilnehmer; 4. Gesamtzahl der Teilnehmer am Jahresschluß; 5. Gesamtsumme der während des Geschäftsjahres von den Teilnehmern gemachten Spareinlagen; 6. Gesamtsumme a. der während des Geschäftsjahres zurückgezahlten Spareinlagen, b. der darauf gezahlten Zinsen; 7. Bestand des vorhandenen Vermögens (nach dem Stande am Jahresschlusse); 8. Art der Belegung dieses Vermögens. Das eine Exemplar ist von den Herzogl. Kreisdirektionen bis zum 1. Juli jeden Jahres an das Herzogl. Statistische Bureau einzureichen. Von letzterem wird das gesamte Material jedes Jahr zu einer generellen Nachweisung über die Verwaltung der Schulsparkassen pp. im Herzogtum verarbeitet, welche sich im wesentlichen nach ihrer Form den vorherberührten Einzelmomenten anschließt und die einzelnen Kassen als solche berücksichtigt, aber gleichzeitig auch Zusammenziehungen für die Kreise und das Herzogtum sowie Durchschnittsberechnungen und Vergleichen mit dem früheren Stand gibt. Die generellen Nachweisungen werden nach besonderer Verfügung vom 19. März 1895 jährlich dem Herzogl. Staatsministerium zur Kenntnisnahme vorgelegt; weitere Zusammenstellungen derselben für einen größeren Zeitabschnitt sind bislang nicht vorgenommen, ebenso wie auch Veröffentlichungen nicht erfolgt sind.

γ. Gemeindefinanzstatistik. Eine eingehende statistische Festlegung bezüglich des Finanzwesens in den Landgemeinden ist durch das Ministerialreskript vom 17. Juni 1896 eingeführt, nach-

dem im Jahre vorher wesentlich durch ein Reskript vom 22. März 1895 eine übereinstimmende Regelung des Gemeinderechnungswesens in den Landgemeinden vorgenommen war, vermöge welcher eine Durchführung der Gemeindefinanzstatistik erst ermöglicht wurde. Das Material für die letztere soll in der Weise beschafft werden, daß die Herzogl. Kreisdirektionen bei beziehungsweise nach der ihnen gesetzlich obliegenden Revision der Gemeinderechnungen für jede Gemeinde des Kreises alljährlich, zuerst für das Rechnungsjahr 1895/96, Übersichten nach bestimmt vorgeschriebenen Formularen und zwar getrennt für die Gemeindekasse (A.), für die Schulkasse (B.), für die Wegebaukasse (C.), für die Parochialkasse (D.) und für die Armenkasse (E.) ausfüllen zu lassen haben. Die für die verschiedenen Kassen vorgeschriebenen Formulare, welche zunächst in die zwei Hauptabschnitte, Einnahme und Ausgabe, geteilt sind, schließen sich mit ihren einzelnen Rubriken streng an die bei der Regelung des Gemeinderechnungswesens für die einzelnen Gemeinderechnungen speziell und vollkommen übereinstimmend vorgeschriebenen Kapitel an. Da nach jener Regelung des Gemeinderechnungswesens auch die Einstellung der verschiedenen Einnahme- und Ausgabeposten in die einzelnen Kapitel für sämtliche Landgemeinden eine übereinstimmende sein soll und nach Tüchtigkeit eine Sicherung dafür, daß solches auch tatsächlich der Fall sei, gegeben ist, so wird man von vornherein darauf rechnen können, für die Statistik soweit möglich gleichmäßige und vergleichbare Daten zu erlangen. Sofern in einem der Einnahme- oder Ausgabekapitel infolge außerordentlicher Umstände eine besonders hohe Summe zutage tritt oder sofern sich sonst überhaupt eigenartige Verhältnisse geltend machen, ist darüber eine Erklärung Herzogl. Kreisdirektion auf dem Formular beizufügen. Die ordnungsmäßig ausgefüllten Formulare sind alljährlich bis zum 31. Dezember gemeindeweise geordnet an das Herzogl. Statistische Bureau einzusenden, dem auch die Besorgung der Formulare pp. obliegt. Auf dem Statistischen Bureau ist das gesammelte nach Lage der Sache umfangreichere Material bislang lediglich in Hilfstabellen gemeindeweise verarbeitet worden, eine weitere Zusammenziehung pp. ist dagegen noch nicht erfolgt, sondern erst nach Ablauf eines zehnjährigen Zeitraums in Aussicht genommen.

δ. Statistik der Gutszertrümmerungen. Des weiteren gelangte mit dem Jahre 1896 eine fortlaufende Statistik über die Gutszertrümmerungen zur Einführung. Nachdem durch das Gesetz vom 28. März 1874 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1874, Nr. 11, S. 43) nach reiflicher Abwägung aller Einzelumstände die bisherige und althergebrachte landesgesetzliche Geschlossenheit des bäuerlichen Grundbesitzes in der Hauptsache aufgehoben und dem Eigentümer eines Bauerngutes damit für die Folge die Befugnis, über dasselbe und dessen Zubehörungen unter Lebenden und von Todeswegen in den gesetzlichen Formen frei zu verfügen, eingeräumt war, konnte man nicht umhin, die wirkliche Tragweite dieses Gesetzes nach seinen tatsächlichen Wirkungen schärfer im Auge zu behalten, und kam es dabei namentlich in Frage, ob nicht durch die jetzt zugelassene Zerschlagung der Höfe ungesunde Verhältnisse bezüglich des bäuerlichen Grundbesitzes gezeitigt würden. Einzelne allgemeine, mehr oberflächlich gehaltene Erhebungen nach der fraglichen Richtung hin hatten allerdings das Vorkommen von Hofsaufteilungen und Hofszerschlagungen ergeben, jedoch ohne daß man daraus das vorliegende Verhältnis im allgemeinen zur Zeit und eventuell auch für die Folge als gefährdend anzusehen haben würde. Dessenungeachtet glaubte man aber doch auf die Sache ein schärferes Augenmerk richten und sie in ihrer Weiterentwicklung besonders verfolgen zu müssen. Zu dem Zwecke wurde sodann im

wesentlichen nach dem Muster der gleichartigen, anfangs aber nur zeitweisen Statistik für das Königreich Bayern, durch Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 13. Februar 1897 eine fortlaufende Statistik der Gutszertrümmerungen für das Herzogtum eingeführt. Das Material für die sich naturgemäß nur auf die Landgemeinden und Flecken beziehende Erhebung haben die Gemeindebehörden zu liefern, indem sie nach einem vorgeschriebenen Formular für jedes Jahr die in ihrem Gemeindebezirk vorgekommenen Gutszertrümmerungen näher festlegen müssen.

Als Gutszertrümmerung ist dabei jedes Geschäft anzusehen, welches dazu geführt hat, daß ein bäuerliches Anwesen als solches nicht mehr fortbesteht oder durch Abtrennung von Grundstücken so wesentlich verkleinert worden ist, daß sich hieraus nachteilige Folgen für den Fortbestand und die gedeihliche Fortführung der betreffenden Wirtschaft ergeben haben. Bezüglich jeder einzelnen Gutszertrümmerung sind folgende Angaben zu machen: Bezeichnung des Anwesens nebst Assekurationsnummer; Name und Stand des letzten, eine regelrechte Bewirtschaftung führenden Besitzers; Grundfläche des Anwesens vor der Zertrümmerung; verbliebene Restfläche nach der Zertrümmerung; Name und Stand des Zertrümmerers; ist der Zertrümmerer ein gewerbsmäßiger Güterhändler? In einer allgemeinen Rubrik „Bemerkungen und besondere Wahrnehmungen“ sollen endlich, soweit sich solches feststellen läßt, besondere Angaben gemacht werden bezüglich der Preise bei der Gutszertrümmerung, bezüglich des ungefähren Gewinns oder Verlustes des Gutszertrümmerers, bezüglich der Ursachen der Gutszertrümmerung, ob und in welcher Weise die vereinzelter Grundstücke anderen Anwesen zugelegt sind; letztere Angaben sollten und haben es ermöglicht, bei der Verarbeitung auch die Ursachen der Gutszertrümmerungen in einer gewissen Weise als Alter, Verschuldung, Verzug in andere Gegend, Konkurs, Erbteilung zu berücksichtigen. Das Formular ist von den Gemeindebehörden alljährlich im Januar für das abgelaufene Kalenderjahr auszufüllen und spätestens bis zum 1. Februar an die Herzogl. Kreisdirektionen einzusenden, welche dieselben nach entsprechender Prüfung in eins nach Amtsgerichtsbezirken geordnet bis zum 1. März an das Herzogl. Statistische Bureau weiterzugeben haben. Bei letzterem wird die speziellere Verarbeitung des Materials regelmäßig für jedes Jahr vorgenommen. Die Ergebnisse für das erste Erhebungsjahr 1896 sind in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XIV, S. 17 ff.) veröffentlicht worden; für die Folge ist eine Veröffentlichung in größeren Zeitabschnitten beabsichtigt.

e. Hypothekarstatistik. aa. Allgemeines. Endlich haben wir hier noch der Statistik der hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes zu gedenken. Als eine regelmäßig fortlaufende Statistik kommt von den beiden sich schärfer scheidenden Kategorien dieser Statistik ja allerdings eigentlich nur die Statistik der Bewegung der hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes in Frage, da die Aufnahme des Bestandes der Hypothekarbelastung, wenngleich von vornherein eine Wiederholung derselben nach einer gewissen aber jedenfalls längeren Zeitfrist als notwendig angesehen und eventuell auch in Aussicht genommen ist, doch zunächst immer nur als eine einmalige Erhebung erscheint. Bei dem festen inneren Zusammenhang der beiden Kategorien der Hypothekarstatistik wird aber an eine getrennte Behandlung derselben nicht zu denken sein und so werden wir die Aufnahme des Bestandes der Hypothekarbelastung hier gleich mit in Betracht ziehen und zwar um so mehr, als sie den eigentlichen Ausgangspunkt für das Ganze bildet.

Man besaß ja bereits eine wenn auch nur in sehr engen Grenzen gehaltene Hypothekarstatistik insofern, als im Jahre 1854, wie oben schon bemerkt, der Stand

der hypothekarischen Belastung festgelegt und von da an fortgesetzt die in den einzelnen Jahren durch Neueintragung oder Löschung der Hypotheken erfolgende Veränderung in den Geschäftstabellen der Gerichte nachgewiesen war. Es handelte sich dabei aber lediglich um eine Feststellung der Summe der Schulden unter einer örtlichen Ausscheidung nach Stadt und Land, bei welcher aber die Landgemeinden amtsgerichtsbezirksweise zusammengefaßt waren. Innerhalb dieser engen Grenzen wurde allerdings durch ein regelmäßiges Zu- und Abrechnen der jährlich festgestellten Veränderungen der jeweilige Stand der hypothekarischen Grundbelastung bis auf die neueste Zeit fortgesetzt berechnet, im Laufe der Jahre war aber die Abweichung zwischen diesem berechneten Stand und dem tatsächlichen Stand eine immer größere geworden, so daß man schließlich den berechneten Daten so gut wie gar keinen Wert mehr beimessen konnte, wie allseitig offen anerkannt wurde.

bb. Bestandesaufnahme. Durch eine Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums vom 3. April 1897 wurde deshalb eine neue allgemeine Aufnahme der Hypothekenbelastung angeordnet und diese gleichzeitig in einer eingehenderen Weise ausgestaltet. Das Material für die Erhebung hatten die Herzogl. Amtsgerichte durch nach einem vorgeschriebenen Formular herzustellende Auszüge aus den Grundbüchern zu liefern, welche getrennt für jede Ortschaft und für jedes belastete oder unbelastete selbständige Grundstück aufzustellen waren. Die einzelnen Rubriken des Formulars umfaßten die Bezeichnung des Eigentümers und des Grundstücks, die Größe des letzteren in Hektar, das Grundsteuerkapital, die Ablösungskapitale, getrennt in solche für Herzogl. Leihhaus und für andere Berechtigte, die bäuerlichen Lasten (Abfindungen, Leibzuchten), die hypothekarischen Belastungen, getrennt in solche für Herzogl. Leihhaus, für den ritterschaftlichen Kreditverein und ähnliche Institute sowie für sonstige Gläubiger, die Kautionshypotheken, die sonstigen Belastungen und endlich Bemerkungen. Bezüglich der Ausfüllung der Formulare im einzelnen war eine Reihe spezieller Vorschriften gegeben und sollten entstehende Zweifel durch Verhandlung mit dem Herzogl. Statistischen Bureau gehoben werden, an welches demnächst die ausgefüllten Formulare einzusenden waren. Letztere gingen dann nochmals an das Herzogl. Steuerkollegium behuf Ausfüllung der Rubrik über das Grundsteuerkapital und endlich auch noch an das Herzogl. Finanzkollegium als Verwaltungsbehörde für die Landesbrandversicherungsanstalt behuf einer nachträglich beschlossenen Ergänzung durch Beifügung der bezüglichen Daten über die Brandversicherungswerte der Gebäude.

Die weitere Verarbeitung, welche das Herzogl. Statistische Bureau danach vornahm, erfolgte so eingehend als nach Lage der Verhältnisse möglich erschien und in einer Weise, daß alles das, was aus dem erlangten Material zu entnehmen stand, auch wirklich nutzbar gemacht wurde. So ist die Verarbeitung nach den Hauptdaten für jede einzelne Gemeinde gesondert vorgenommen, wodurch es ermöglicht wurde, nicht nur den Unterschied von Stadt und Land bezüglich der Einzelheiten genau zu verfolgen, sondern in gleicher Weise auch beliebig Zusammenstellungen für kleinere gleichartige Bezirke zu machen. Die belasteten Grundbesitzungen sind durchweg nach Größenklassen (0—20 a, 20 a bis 2 ha, 2—5 ha, 5—20 ha, 20—100 ha, 100 ha und darüber) geschieden; in den drei untersten Größenklassen sind die Grundstücke ferner noch auseinandergehalten, je nachdem sie sog. flüchtige, d. h. ohne Gebäude und auch nicht als Zubehör zu Grundstücken mit Gebäuden gehörend, oder Besitzungen mit Gebäuden sind; endlich sind die Grundstücke mit industriellen Etablissements gesondert herausgehoben. Für die einzelnen Grundstückskategorien ist

stets die Gesamtgröße, das Grundsteuerkapital und der Brandversicherungswert speziell festgestellt. Die unbelasteten Grundbesitzungen sind in der gleichen Weise wie die belasteten berücksichtigt. Die Belastungen sind in Übereinstimmung mit dem Erhebungsformular zunächst in Ablösungskapitale, bäuerliche Lasten, eigentliche hypothekarische Belastungen, Kautionshypotheken und sonstige Belastungen geschieden; die Ablösungskapitale sind weiter danach getrennt, ob sie für Herzogl. Leihhaus oder für andere Berechtigte eingetragen sind; die bäuerlichen Lasten zerfallen in Abfindungen und Leibzuchten, die eigentlichen hypothekarischen Belastungen in solche für Herzogl. Leihhaus, für andere Institute pp., welche wie namentlich der ritterschaftliche Kreditverein regelmäßige Abtragszahlung fordern, und für sonstige Gläubiger, die sonstigen Belastungen in einmalige und in jährliche. Der Wert der Besitzungen ist in einer doppelten Weise festgestellt: einmal auf Grund des Grundsteuerkapitals und des Brandversicherungswertes und sodann auf Grund des zur Ergänzungssteuer durchschnittlich angenommenen Grundwertes und des Brandversicherungswertes. Der Gesamtbetrag der in sicheren Geldbeträgen nachzuweisenden Belastungen (nicht berücksichtigt sind dabei die bäuerlichen Lasten, die Kautionshypotheken und die jährlichen sonstigen Belastungen) ist zusammengezogen und zu den beiden Werten in Verhältnis gebracht. In der Spezialbearbeitung für die Veröffentlichung sind noch weitere Einzelheiten wie z. B. die Verzinsung der hypothekarischen Belastungen nach Tunlichkeit klarzustellen versucht. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme der hypothekarischen Belastung sind in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig veröffentlicht worden und nehmen das XV. und XVI. Heft derselben ein.

cc. Bewegung der hypothekarischen Belastung. Bei Anordnung der neuen Bestandsaufnahme war von vornherein auch eine Neuregelung für die Statistik der Bewegung der hypothekarischen Grundbelastung beabsichtigt worden, man schob dieselbe nur noch etwas hinaus, um für dieselbe die mit der weiteren Verarbeitung der Bestandsaufnahme gemachten Erfahrungen verwerten zu können. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig sehr bedeutende Arbeitslast, welche durch die Verarbeitung des Materials der Bestandsaufnahme und namentlich auch dadurch erwachsen war, daß dieselbe auf das einzelne Grundstück gestellt wurde, mußte unbedingt an eine wesentliche Einschränkung gedacht werden, um so mehr als es sich für die Folge um eine ständige Arbeit handelte. Es schien deshalb geboten, das einzelne Grundstück als Grundlage für die Statistik der Fortbewegung des Hypothekenstandes fallen zu lassen, zumal im entgegengesetzten Falle ein zuverlässiger Anschluß an die Bestandsaufnahme und eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen derselben nur durch ein ungemein kompliziertes, viel Zeit und Arbeit beanspruchendes Verfahren zu erreichen gewesen wäre. Die Erhebung über die Bewegung des Hypothekenstandes nimmt daher im wesentlichen als Einheit des Belastungsobjekts die politische Gemeinde an.

Die Herzogl. Amtsgerichte haben nach der Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums vom 20. März 1902 bezüglich der einzelnen Gemeinden ihres Bezirks das Material für jedes Kalenderjahr zu liefern und zwar sind dabei die neuen Eintragungen und die Löschungen der hypothekarischen Belastungen je in getrennten, besonders vorgeschriebenen Formularen nachzuweisen. Bezüglich der Eintragungen sind anzugeben: die Ablösungskapitale, getrennt für Herzogl. Leihhaus und für andere Berechtigte, die hypothekarischen Belastungen (Hypotheken, Grund- und Rentenschulden), getrennt für Herzogl. Leihhaus, für den ritterschaftlichen Kreditverein und ähnliche Institute (Amortisationshypo-

theken), für sonstige Gläubiger und schließlich die Sicherheitshypotheken; bei den hypothekarischen Belastungen für sonstige Gläubiger findet nochmals eine Ausscheidung nach dem Zinsfuß statt (unter 4 Prozent, zu 4 Prozent, über 4 Prozent); daneben ist noch anzugeben, in wie viel Fällen durch eine neue Eintragung ein bisher unbelastetes Grundstück zu einem belasteten geworden ist; in den Bemerkungen ist auf außerordentliche Vorkommnisse hinzuweisen. Die Angaben bezüglich der Löschungen sind die gleichen, nur fällt die Ausscheidung nach der Verzinsung fort und die hypothekarischen Belastungen für sonstige Gläubiger erscheinen in einer Summe; in wie viel Fällen ein bisher belastetes Grundstück durch eine Löschung zu einem unbelasteten geworden ist, wird gleichfalls angeführt; es ist in diesen Fragen über die unbelasteten Grundstücke der einzige Fall gegeben, wo auch die Statistik über die Pfandbewegung auf das einzelne Grundstück zurückgreift.

Die bäuerlichen Lasten (Abfindungen, Leibzuchten) und die sonstigen Belastungen (jährliche, einmalige), welche die Bestandsaufnahme neben den vorbezeichneten Kategorien der hypothekarischen Belastungen noch berücksichtigte, sind fortgelassen, weil eine richtige Wertbemessung beziehungsweise eine mit der früheren übereinstimmende Wertbemessung sich zum Teil nicht würde ermöglichen lassen und weil deshalb ein zuverlässiges oder brauchbares Ergebnis ausgeschlossen erschien. Eine Reihe der einzelnen bei der Bestandsaufnahme klargelegten Momente und Fragen wird sich allerdings bei der Statistik über die Bewegung des Hypothekenstandes, namentlich weil bei letzterer eine Ausscheidung der einzelnen Grundbesitzklassen ausgeschlossen sein wird, nicht oder doch nicht in der gleichen Ausdehnung behandeln lassen, es war dieses aber mit Rücksicht auf die ganze äußere Ausgestaltung des Herzogl. Statistischen Bureaus mit Arbeitskräften und finanziellen Mitteln nicht zu umgehen. Über die Statistik im einzelnen und die Ausfüllung der Nachweisungen sind besondere Ausführungsvorschriften mit dem oben bezeichneten Ministerialreskript erlassen, welche das Erforderliche näher ordnen und eine sachliche Übereinstimmung durch ein gleichmäßiges Verfahren erzielen werden. Die ausgefüllten Formulare sind alljährlich bis zum 1. Februar von den Amtsgerichten an das Herzogl. Statistische Bureau einzusenden. Um die Statistik der Pfandbewegung unmittelbar an die Bestandsaufnahme der hypothekarischen Belastung anzuschließen, waren die bezüglichlichen Nachweisungen für die fünf Jahre von 1897 bis 1901 zunächst in eins noch nachträglich zu geben und begannen von 1902 an die regelmäßigen Jahresnachweisungen. Bislang konnte das eingegangene Material vom Herzogl. Statistischen Bureau wegen anderweiter dringender Aufgaben nur oberflächlich bearbeitet werden, doch ist eine eingehende Verarbeitung für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

ζ. Statistik des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Anschließend an das Vorgehende ist noch einer Erhebung zu gedenken, welche zwar zunächst als eine fortlaufende geplant ist, von der es jedoch noch nicht feststeht, ob sie dauernd durchgeführt werden kann. Nach einem Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 6. Januar 1903 ist es in Aussicht genommen, fortlaufend eine Statistik über den landwirtschaftlichen Grundbesitz im Herzogtum, insbesondere über Zahl und Größe der Betriebe zu führen und zwar in der Hauptsache auf Grundlage der Listen, die zwecks der Veranlagung der Betriebsunternehmer zu den Beiträgen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Gemäßheit der Bestimmung in Artikel IV § 2 des Gesetzes Nr. 52 vom 8. Dezember 1902, betreffend die Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900, von den Gemeindevorständen alljährlich aufzustellen sind. Es sollen

zu dem Zwecke die Gemeinden jedesmal bei bestimmungsgemäßer Einsendung der Liste für die Veranlagung des neuen Jahres die Liste für das vorhergehende Jahr an den Genossenschaftsvorstand mit übersenden, welcher sodann die Übermittlung der Unterlagen an das Statistische Bureau zu weiterer Verarbeitung zu übernehmen hat. Vom Statistischen Bureau ist die Verarbeitung der Listen für das Jahr 1902 durchgeführt und die weitere Verarbeitung für 1903 in Arbeit genommen. Nach den bislang gemachten Erfahrungen steht es aber noch nicht fest, ob die dem Statistischen Bureau dadurch erwachsende regelmäßige Arbeitslast nicht zu bedeutend ist und ob die erzielten Ergebnisse überhaupt zu jener Arbeitslast in einem entsprechenden Verhältnis stehen.

b. Einmalige Erhebungen und Feststellungen. Haben wir damit die Zahl derjenigen Aufgaben, welche von dem Herzogl. Statistischen Bureau für speziell braunschweigische Zwecke als fortlaufende ständig zu erledigen sind, zur Darstellung gebracht, so erübrigt endlich nur noch die lediglich als einmalige sich charakterisierenden Erhebungen und Feststellungen über braunschweigische Verhältnisse und für diese näher ins Auge zu fassen. Von diesen Erhebungen und Feststellungen können wir natürlich hier überhaupt nur die wesentlicheren berühren, auch wird nach Maßgabe ihres besonderen und meist nur vorübergehenden Zwecks regelmäßig wohl eine Aufführung eventuell mit einer ganz allgemeinen Gegenstandsangabe bezüglich derselben für ausreichend zu erachten sein, während für einzelne, bei denen eine allgemeinere oder bleibende Bedeutung in Frage kommen dürfte, hiervon eine Ausnahme zu machen sein wird.

α. Wichtigere Erhebungen und Feststellungen für besondere Staatszwecke. Zunächst handelt es sich dabei um einzelne das Finanzwesen betreffende statistische Feststellungen, welche an sich von vorragender Wichtigkeit zu erachten sind. aa. Erhebungen über die direkten Steuern des Staats, der Kreise und der Gemeinden. Anlässlich der geplanten und der geschehenen Einführung einer staatlichen Einkommensteuer für das Herzogtum wurde je eine besondere Erhebung über die direkte Besteuerung im Herzogtum Braunschweig durchgeführt.

Die erste durch eine spezielle ministerielle Verfügung im Jahre 1893 angeordnete Erhebung ermittelt die von den Bewohnern des Herzogtums in den Jahren 1887, 1888 und 1889 aufgebrachten direkten Steuern und berücksichtigt dabei sowohl die bezüglichlichen Staatssteuern, wie die Steuern der Kreiskommunalverbände, wie auch die Gemeindesteuern. Das Material wurde bezüglich der Staatssteuern von dem Landesfinanzbureau, bezüglich der Kreiskommunal- und Gemeindesteuern bei den Herzogl. Kreisdirektionen durch Beamte des Herzogl. Statistischen Bureaus unmittelbar beschafft. Durch die Verarbeitung wurde die gesamte direkte steuerliche Belastung nach dem Durchschnitt der Jahre 1888/89 für die Amtsgerichtsbezirke mit Scheidung von Stadt und Land, für die Kreise und für das Herzogtum (gleicherweise mit Scheidung von Stadt und Land) festgestellt; dabei wurden unter steter Trennung der Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern die Steuern vom Grundbesitz, den Steuern vom Einkommen, von der Person und von dem Gewerbe entgegengesetzt; in den Einzelheiten wurde der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag berechnet und daneben weitere Vergleichen pp. vorgenommen. Die Ergebnisse sind in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XI, 1894, S. 63 ff.) veröffentlicht.

Die zweite Erhebung sollte nach einer besonderen Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums, Departement der Finanzen, die Umgestaltung der staatlichen, der Kreis- und der Kommunalsteuerverhältnisse im Herzogtum Braunschweig durch definitive Einführung der Staatseinkommensteuer und Rege-

lung der Kommunalsteuererhebung in einer entsprechenden Weise zur Darstellung bringen. Das Material stand hier dem Statistischen Bureau aus besonderen Quellen unmittelbar zur Verfügung. Als örtliche Bezirke wurden wiederum Amtsgerichtsbezirke, Kreise und Herzogtum, hier sämtlich mit Ausscheidung von Stadt und Land, gewählt. Nachdem zunächst der Kommunalsteuerbedarf der Städte und Amtsgerichtsbezirke nach den neuen Grundsätzen berechnet worden, ist in einer vergleichenden Übersicht der Betrag der bisher ausgeschriebenen und der Betrag der nach der neuen Gesetzgebung künftig zu erhebenden Steuern unter Trennung einerseits nach Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern, andererseits nach Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer einander gegenübergestellt und gleichzeitig die Differenz für alle die einzelnen Unterscheidungen berechnet. Die Ergebnisse wurden ebemäßig in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XIV, 1898, S. 1 ff.) veröffentlicht.

bb. Erhebung über die direkten Gemeindesteuern. Im Anschluß daran wollen wir noch einer weiteren finanzstatistischen Aufgabe aus neuester Zeit gedenken, welche sich lediglich auf die Gemeindesteuern der Städte und der Landgemeinden nach Amtsgerichtsbezirken in den Jahren 1901/02 und 1902/03 bezog. Nach einer Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 10. Juli 1903 hatten die Herzogl. Kreisdirektionen das Material für die bezügliche Erhebung von den einzelnen Gemeinden in bestimmter Weise zu beschaffen; dasselbe wurde vom Herzogl. Statistischen Bureau zu einer Übersicht über die Gemeindesteuern in den Städten und den Amtsgerichtsbezirken des Herzogtums in den genannten Jahren verarbeitet, in welcher für die beiden Jahre getrennt sowie für den Durchschnitt aus beiden bezüglich der ausgeschiedenen örtlichen Bezirke und zusammengefaßt für Kreise und Herzogtum der Gesamtbetrag der Gemeindesteuern und im einzelnen sodann wiederum die davon auf Einkommensteuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer entfallenden Summen, gleichzeitig unter Angabe der Zahl der zur Gemeindesteuer herangezogenen Personen, nachgewiesen und ferner nach den Durchschnittssummen der auf den Kopf der Bevölkerung kommende Betrag der Gesamtgemeindesteuer sowie die auf Einkommensteuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer kommenden Prozentsätze berechnet worden sind. Die Ergebnisse, welche bei Beratung und Festlegung der Staatseinkommensteuer Verwendung finden sollen, sind nicht weiter zur Veröffentlichung gebracht.

cc. Feststellungen über die Verausgabungen der Kreiskommunalverbände. Eine eingehende einmalige statistische Festlegung ist sodann bezüglich der Verwendung der den einzelnen im Jahre 1871 begründeten Kreiskommunalverbänden des Herzogtums gesetzlich überwiesenen Erträge und Einnahmen für die ersten drei fünfjährigen Perioden ihres Bestehens 1872/76, 1877/81 und 1882/86 nach einem Beschluß Herzogl. Staatsministeriums vom 20. Oktober 1887 aus Anlaß einer in Antrag gebrachten weiteren finanziellen Dotierung jener Verbände angeordnet worden. Das Material für diese Statistik wurde von dem Vorstände des Statistischen Bureaus bei den Herzogl. Kreisdirektionen unmittelbar aus den einzelnen Rechnungen der Kreiskommunalverbände ausgezogen und danach die weitere Verarbeitung auf dem Bureau vorgenommen; gewählt wurde dieser Weg, um so auf kürzeste Weise sogleich Kenntnis und Aufklärung bezüglich aller der vorkommenden Sonderheiten in den Einzeleinnahmen und -ausgaben zu erlangen. Die Einnahmen und Ausgaben der Kreiskommunalverbände wurden für jede der drei genannten Perioden, getrennt nach den einzelnen gesondert geführten Kassen und ausgeschieden und geordnet wiederum nach den verschiedenen Einnahmekategorien und Ausgabegegenständen, näher anschließend an die allgemeine Kapiteileinteilung der einzelnen Kassen speziell nachgewiesen, auch nach verschiedenen Richtungen hin Vergleichen und Prozentberechnungen angestellt. Die danach ins Spezielle

durchgearbeiteten Ergebnisse sind mit einer einleitenden Darstellung der derzeitigen Organisation der braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben zur Veröffentlichung gebracht und umfassen das Heft IX der Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (1889).

dd. Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. Im Jahre 1892 wurde auf besonderen Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Regenten des Herzogtums Braunschweig eine eingehendere Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, namentlich der Fabrikarbeiter, im Herzogtum ausgeführt. Dieselbe bezog sich auf alle diejenigen Fabriken und gewerblichen Unternehmungen, welche in ihrem bezüglichen Betriebe regelmäßig 20 und mehr Arbeiter beschäftigten, und hatte im allgemeinen namentlich auch die von den Arbeitgebern für Unterbringung ihrer Arbeiter getroffenen Einrichtungen, die Zahl der Arbeiterfamilien beziehungsweise der Arbeiter mit eigener Haushaltung — mit Unterscheidung der Hauseigentümer und der zur Miete Wohnenden — und das Schlafgängerwesen zum Gegenstande. Nach einem Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 1. März 1892 hatten die Herzogl. Kreisdirektionen bzw. die Herzogl. Polizeidirektion Braunschweig das Material nach einem die festzustellenden Einzelheiten in 37 Rubriken enthaltenden Formular zu sammeln, welches sodann von dem Herzogl. Statistischen Bureau in zwei Zusammenstellungen einmal mit Scheidung nach Kreisen unter weiterer Trennung nach Stadt und Land und sodann nach größeren Industrie- und Gewerbegruppen im wesentlichen auf Grund der bezüglichen Einteilung der Deutschen Berufs- und Gewerbebezahlung verarbeitet wurde. Die näheren Ergebnisse dieser Erhebung wurden mit den vorbezeichneten Zusammenstellungen in der Arbeit des jetzigen Leiters des Statistischen Bureaus über „Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in den größeren gewerblichen Betrieben im Herzogtum Braunschweig“ in den Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik (Sechszwanzigster Jahrgang, 1893, Heft 10, S. 721 ff. und Heft 12, S. 925 ff.) veröffentlicht.

ee. Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. Die Braunschweigische Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt hat gleicherweise Veranlassung zu näherer statistischer Klärung ihrer finanziellen Verhältnisse gegeben und zwar wesentlich infolge beabsichtigter Veränderung in ihrer bezüglichen gesetzlichen Regelung, speziell auch durch Aufhebung der früher allgemein bestehenden Mitgliederbeiträge. Das Material wurde hier von dem Landesfinanzbureau erbracht, im Herzogl. Statistischen Bureau sind noch einzelne besondere Zusammenziehungen und Berechnungen ausgeführt. Unter eingehender, auch die gesetzliche und finanzielle geschichtliche Entwicklung näher berücksichtigender textlicher Darstellung sind die Ergebnisse in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XI, 1894, S. 1 ff.) veröffentlicht und wurde später noch eine Ergänzung dazu am gleichen Orte (Heft XIV, 1898, S. 81 ff.) gegeben.

ff. Katholische Bevölkerung. Eigene Spezialfeststellungen fanden dann auch bezüglich der katholischen Bevölkerung im Herzogtum bzw. in einzelnen Teilen desselben statt. So zunächst allgemein für das ganze Herzogtum eine nähere Ermittlung auf Grund der Daten der Volkszählung von 1890, welche Stand und Gewerbe, Gebürtigkeit und Alter namentlich näher berücksichtigte und miteinander in Kombination brachte. Die erlangten Daten sollten namentlich zur näheren Aufklärung der regelmäßigen und so auch im Herzogtum Braunschweig sich zeigenden Erscheinung dienen, daß in Ländern und Gebiets teilen, in welchen eine Religion die weitaus vorherrschende ist, wie im Herzogtum Braunschweig die evangelische, die Bevölkerung einer anderen Religion, wie in Braunschweig die der katholischen, im Verhältnis stärker zunimmt als die Bevölkerung der Hauptreligion. Letztere Frage ist auf Grundlage der dabei zur Veröffentlichung gebrachten Daten von dem Vor-

stande des Herzogl. Statistischen Bureaus textlich in einem Aufsatz in von Mayrs Allgemeinem Statistischem Archiv (Band IV, S. 554 ff.) behandelt worden. Sodann sind in neuerer Zeit wiederholt, wenn es sich um nähere Regelung besonderer konfessioneller Schul- oder Kirchenverhältnisse handelte, besondere Nachweisungen der katholischen Bevölkerung in einzelnen Landesteilen gegeben, die sich meist auch auf die oben bezeichneten Einzelheiten bezogen und in einem gewissen inneren Zusammenhange mit der eben berührten Frage standen. Eine besondere Materialbeschaffung war dazu regelmäßig nicht erforderlich und erledigte sich die gesamte Verarbeitung auf dem Herzogl. Statistischen Bureau. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse hat nicht stattgefunden.

ß. Kleinere, zur Veröffentlichung gelangte Erhebungen und Feststellungen. Demnächst wollen wir noch eine Reihe besonderer Arbeiten des Herzogl. Statistischen Bureaus herausheben, welche sich übereinstimmend dadurch als immerhin bedeutsamer charakterisieren, daß bezüglich derselben Veröffentlichungen ergangen sind. Nach dieser Richtung sind zu nennen:

aa. In Veranlassung eines an die sämtlichen Deutschen Landesregierungen gerichteten Antrags der Deutschen anthropologischen Gesellschaft wurde zum Zwecke einer genaueren ethnologischen Erforschung der Bevölkerung Deutschlands für das Gebiet des Herzogtums vom Herzogl. Staatsministerium eine Erhebung über die Farbe der Augen, Haare und Haut der Schulkinder verfügt, für welche die Lehrer nach besonders im Laufe des Sommers 1875 vorzunehmenden Untersuchungen das Material auf Grund eines von der genannten Gesellschaft empfohlenen Schemas zu liefern hatten. Das Material wurde auf dem Herzogl. Statistischen Bureau speziell verarbeitet und sind die Ergebnisse in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft III, 1876, S. 123 ff.) veröffentlicht.

bb. Im Jahre 1878 ist auf ministerielle Anordnung eine nähere Feststellung über die Gymnasien des Herzogtums veranstaltet, welche sich auf die Anzahl der Schüler, auf die Anzahl der fungierenden Lehrer, auf die Einkommensverhältnisse der Lehrer, auf die durch die Gymnasien des Landes überhaupt erwachsenden Kosten und auf den Kostenbetrag, welchen der einzelne Gymnasiast verursacht, im allgemeinen für die Zeit von 1855 bis 1877 bezogen. Eine besondere Erhebung durch andere Behörden fand dazu nicht statt, es wurden vielmehr die bezüglichen Daten im wesentlichen allein vom Herzogl. Statistischen Bureau ermittelt und berechnet. Die Ergebnisse sind besonders durch den Druck zur Veröffentlichung gebracht.

cc. In der Hauptsache nur rechnerisch mitgewirkt hat das Herzogl. Statistische Bureau bei einer Arbeit über das Finanzwesen der Landgemeinden des Kreises Holzminden in den Jahren 1876 bis 1880, für welche der jetzige Vorstand des Bureaus in seiner derzeitigen Stellung als Kreisassessor bei der Herzogl. Kreisdirektion Holzminden bei Superrevision der Gemeinderrechnungen das Material gesammelt und solches sodann mit Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums unter Nachweis der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Gemeindekassen und unter besonderer Berücksichtigung des Steuerwesens, des Schuldenwesens und des Armenwesens ortschaftsweise verarbeitet hatte. Eine Veröffentlichung erfolgte in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft IV, 1885, S. 145 ff.).

dd. Eine statistische Erhebung über die Erfüllung gewisser Parochialverpflichtungen in den Landgemeinden ist nach einer Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums vom 27. Juni 1887 durchgeführt worden. Dieselbe bezog sich auf drei Punkte, einmal auf die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden in Gemäßheit des § 1 des Gesetzes Nr. 30 vom 18. Juni 1864, sodann auf die Filialfuhren und endlich auf die sämtlichen oder einzelnen Hofbesitzern obliegende Verpflichtung zur Dienstleistung behuf Bewirtschaftung der Pfarr- und Schulgrundstücke

im Falle der Selbstbewirtschaftung seitens der Nutznießer, welche Fragen wieder in eine Reihe von Einzelheiten aufgelöst waren. Das Material für die Erhebung hatten die Herzogl. Kreisdirektionen nach bestimmten Fragebogen zu erbringen, welche letztere sodann dem Herzogl. Statistischen Bureau zur weiteren Verarbeitung zu überweisen waren. Die Ergebnisse kamen in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft VIII, 1888, S. 93 ff.) zur Veröffentlichung.

ee. Eine Erhebung über die Gast- und Schankwirtschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein und Spiritus wurde nach dem Stande der Jahre 1879 und 1893 vorgenommen, wobei deren bezügliche Verhältnisse entsprechend in Vergleich gestellt sind einerseits unter näherer Nachweisung der Zahl der Gastwirtschaften, der Zahl der Schankwirtschaften mit Branntweinausschank und ohne Branntweinausschank sowie der Zahl der Branntweinkleinhandlungen, der Zahl der auf eine Ortschaft und auf 1000 Einwohner entfallenden fr. Schank- und Handlungsstätten für die Städte und für die Landgemeinden nach Amtsgerichtsbezirken zusammengezogen, anderseits mit einer Übersicht über die Verteilung der Gast- und Schankwirtschaften sowie der Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus auf die nach den Einwohnerzahlen entsprechend gebildeten Ortschaftsklassen; Veröffentlichung in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XI, 1894, S. 87 ff.).

ff. Statistische Erhebung über die Volksbibliotheken im Herzogtum Braunschweig im Jahr 1897. Durch Reskript Herzogl. Staatsministeriums vom 12. Januar 1897 wurden die Herzogl. Kreisdirektionen beziehungsweise die Herzogl. Polizeidirektion Braunschweig beauftragt, bezüglich jeder zu Anfang des Jahres 1897 in dem Bezirk befindlichen Volksbibliothek ein 17 Einzelfragen enthaltendes Formular auszufüllen und an Herzogl. Statistisches Bureau einzusenden, welches sodann die Ergebnisse entsprechend den in den gestellten Fragen berührten Einzelmomenten näher verarbeitete und in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XIV, 1898, S. 33 ff.) zur Veröffentlichung brachte.

gg. Eine besondere statistische Erhebung über das Hausiergewerbe im Herzogtum wurde aus Anlaß der eingehenderen allgemeinen Untersuchungen über das Hausiergewerbe, welche der Deutsche Verein für Sozialpolitik in den Jahren 1896/97 anstellte, durch eine Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 4. September 1896 angeordnet. Das Material hatten auch hier die Herzogl. Kreisdirektionen beziehungsweise die Herzogl. Polizeidirektion und der Stadtmagistrat Braunschweig durch die für jeden Hausierer vorzunehmende Ausfüllung eines Fragebogens mit 15 Nummern zu besorgen, unter welchen Nummern im wesentlichen alle die verschiedenen Spezialmomente, die der Verein für Sozialpolitik für seine Untersuchungen in sozialer und in wirtschaftlicher Beziehung als wesentlich herausgehoben hatte, berücksichtigt. Nach den verhältnismäßig zahlreichen Einzelheiten der Fragebogen wurden im Herzogl. Statistischen Bureau entsprechende Zusammenstellungen pp. gemacht. Die Ergebnisse sind in den Schriften des Deutschen Vereins für Sozialpolitik (Band LXXVII, Hausiergewerbe I, S. 85 ff.) veröffentlicht worden.

hh. Für die weitere besondere statistische Erhebung über die erwerbstätige Beschäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken mit Ausschluß der landwirtschaftlichen Tätigkeit und des Gesindedienstes für das Herzogtum Braunschweig 1898 gab einerseits eine nicht unbedenkliche Zunahme der Heranziehung von Schulkindern zu erwerbstätiger Beschäftigung der verschiedensten Art, welche durch Feststellungen des Schuldiregenten in den unteren Bürgerschulen der Stadt Braunschweig konstatiert war, und andererseits eine Anfrage des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern), welche aber nur einige allgemeine Punkte bezüglich der erwerbstätigen Kinderarbeit betraf, die Veranlassung; sie wurde jedoch als durchaus selbständige und lediglich braunschweigische in die Wege ge-

leitet und ging weit über die vom Reich gewünschten Klarstellungen hinaus. Durch Ministerialverfügung vom 22. Januar 1898 wurde das Herzogl. Konsistorium beauftragt, die sämtlichen Volksschullehrer des Landes — die städtischen durch Vermittlung der Schuldiregenten — zu entsprechender am 15. Februar 1898 vorzunehmenden Ausfüllung eines bestimmten Fragebogens, welcher in 15 Rubriken die festzustellenden Einzelheiten enthielt, anzuweisen, demnächst auch die ausgefüllten Fragebogen zu sammeln und an das Herzogl. Statistische Bureau zu übermitteln. Letzteres verarbeitete dann wiederum das Material in eingehenderer Weise und sind demnächst die Ergebnisse mit genauen zahlenmäßigen Nachweisen, Zusammenstellungen und Verhältnisberechnungen in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XIV, 1898, S. 51 ff.) veröffentlicht worden.

ii. Nicht gerade eine allgemeine Erhebung, sondern lediglich eine spezielle Materialbeschaffung und Verarbeitung veranlaßte eine besondere Feststellung über die Bevölkerungszunahme und die Bevölkerungsdichtigkeit des Herzogtums Braunschweig im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Mit den fraglichen Feststellungen wurde bezweckt, die bestehende Wechselwirkung zwischen dem Menschen und den ihn umgebenden Verhältnissen näher zu klären und wurde in dieser Beziehung speziell die Wirksamkeit einer Reihe solcher Einzelmomente auf die Bevölkerungsdichtigkeit und auf die Bevölkerungszunahme für das abgeschlossene Gebiet des Herzogtums Braunschweig mit zahlenmäßigem Material, welches sich auf die Bevölkerungserhebungen eines hundertjährigen Zeitraumes bezog, zur Darstellung gebracht. Als einzelne eine Wirkung auf die Bevölkerungsverhältnisse ausübende Momente sind berücksichtigt: die geologische Gestaltung, die Höhenlage, die Anbaufähigkeit und die Güte des Grund und Bodens, wobei einmal die Abschätzung zur Grundsteuer und ferner der für das Herzogtum Braunschweig ganz besonders bedeutungsvolle Zuckerrübenbau zugrunde gelegt ist, der Unterschied zwischen Feld und Wald, die Wasserzüge, der Verkehr und zwar einerseits der durch die Straßenzüge, andererseits der durch die Eisenbahnen gegebene Verkehr, die industrielle Entwicklung, die Nähe der großen Städte und endlich die Separation, je nachdem dieselbe früher oder später für die einzelnen Feldmarken erfolgt ist, da gerade dadurch wieder ein wesentlicher Aufschwung der Landwirtschaft bedingt wird. Die Ergebnisse sind zunächst in einem besonderen Aufsatz „Einflüsse des Lebensraums auf die Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse im Herzogtum Braunschweig“ in dem Schmollerschen Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche (Neue Folge, Jahrgang XXI, Heft 2, S. 489 ff.) zur Veröffentlichung gebracht, sodann aber in einer neuen Bearbeitung unter verschiedentlicher Erweiterung und Ergänzung, namentlich auch unter Zuhilfenahme eines zahlenmäßigen Nachweises über die Wirkung aller der einzelnen erörterten Einflüsse in ihrer Gesamtheit, in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig (Heft XVII, 1903, S. 1 ff.). Ein Sonderabdruck der letzten Arbeit wurde dem Internationalen Statistischen Institut zu dessen neunter Tagung zu Berlin 1903 namens und im Auftrage des Herzogl. Staatsministeriums in einer entsprechenden Anzahl von Exemplaren von dem Herzogl. Statistischen Bureau überreicht.

kk. In ähnlicher Weise ohne besondere Erhebung ist eine fernere Arbeit über das Verhältnis der Gebäudeversicherungswerte zu dem Grundsteuerkapital beider Kammer- und Klostergrütern, den Rittergütern und sonstigen größeren landwirtschaftlichen Besitzungen im Herzogtum Braunschweig auf Anordnung des Herzogl. Staatsministeriums, Departement der Finanzen, zustande gekommen. Es sollte dadurch namentlich klargelegt werden, ob ein Unterschied und welcher bezüglich der Werte der Baulichkeiten sich abhebt, welche einerseits auf den Kammer- und Klostergrütern und andererseits

auf den Rittergütern und den sonstigen größeren landwirtschaftlichen Besitzungen — die letzteren zusammengezogen nach Größenklassen in Grundbesitzen von mehr als 100 ha, in solche von 20—100 ha und in solche von 5—20 ha — verwendet worden sind, wenn man die fraglichen Grundbesitzungen nach Maßgabe ihres Grundsteuerkapitals einander gegenüberstellt und dieses als Ausgleichungsmaßstab nimmt. Die Ergebnisse sind in einer eigenen Broschüre 1904 veröffentlicht worden.

γ. Kleinere, nicht zu selbständiger Veröffentlichung gelangende Erhebungen und Feststellungen. Endlich kommt dann noch eine Reihe von einzelnen durch das Statistische Bureau zu lösenden Aufgaben in Betracht, welche ihrer Bedeutung nach unter sich ziemlich verschieden sind, aber doch in dieser Hinsicht hinter den vorherührten meist zurückbleiben und gegenüber den letzteren das Gemeinsame haben, daß sie zu einer besonderen Veröffentlichung keine Veranlassung gegeben haben. Wir können dieselben natürlich hier nur im allgemeinen anführen, ohne dabei auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben oder auch diese nur zu beabsichtigen, heben aber doch das Wesentlichere heraus. Zum Teil erforderten diese Spezialarbeiten besondere Erhebungen behuf der Materialbeschaffung, zum Teil auch nur eingehendere Verarbeitungen eventuell unter Materialergänzung durch Inanspruchnahme anderer Behörden; die dem Statistischen Bureau aus denselben erwachsende Arbeit war dementsprechend und nach der ganzen Lage der Sache auch eine recht verschiedene. Ihrem besonderen Zweck nach lassen sich diese Spezialaufgaben nochmals ausscheiden.

aa. Für Staatszwecke. Weitaus die größte Zahl sollte eine zahlenmäßige Aufklärung für besondere jeweilig zu erfüllende Staatsaufgaben, Unterlagen für Entscheidungen bezüglich solcher, für Regierungsvorlagen pp. geben. So gehören dahin:

Ermittlungen bezüglich der Wohnungsgeldzuschüsse der Staatsbeamten aus dem Jahre 1892, welche bei den Verhandlungen mit dem Landtag über eine geplante Erhöhung dieser Wohnungsgeldzuschüsse Verwendung finden sollten;

Zusammenstellungen bezüglich der Gehaltsverhältnisse der Gymnasiallehrer aus dem gleichen Jahre anlässlich einer in Aussicht genommenen Neuregulierung dieser Gehaltsverhältnisse mit dem Landtag;

ähnliche zahlenmäßige Klarlegungen über die Gehaltsverhältnisse der Gemeindeschullehrer aus dem Jahre 1894, welche die erforderlichen Unterlagen für eine beabsichtigte Neunormierung der Gehalte der Lehrer an den Gemeindeschulen bilden sollten;

eine eingehendere Erhebung über die Gesamtzahl der im Herzogtum befindlichen Idioten, der in Anstaltspflege befindlichen und der nicht in Anstaltspflege befindlichen, aus dem Jahre 1894, welche durch besondere Umfrage der Herzogl. Kreisdirektionen nach bestimmten Fragebogen gemeindeweise durchgeführt und dann eingehender verarbeitet wurde, zur Beschaffung der nötigen Unterlagen für die Entscheidung der Frage, welche Ausdehnung dem geplanten Erweiterungsbau der Idiotenanstalt Neu-erkerode zu geben sei, und in ihren Ergebnissen in der in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlichten Arbeit des jetzigen Leiters des Statistischen Bureaus über die Fürsorge für die Idioten im Herzogtum Braunschweig eine weitere Verwendung fand;

mehrfache Festlegungen bezüglich steuerlicher Verhältnisse speziell im Jahre 1897, welche den nötigen Anhalt bei den Beratungen über Einführung einer staatlichen Einkommensteuer und auch bei der definitiven Normierung dieser Steuer abgaben;

nähere Ermittlungen bezüglich der zur Braunschweigischen Landesversammlung wahlfähigen Bevölkerung und die spezielle Zusammensetzung derselben aus dem Jahre 1897, welche für die Reform des Landtagswahlgesetzes eine zahlenmäßige Grundlage bilden sollten;

zahlenmäßige genaue Feststellungen über die Beteiligung an den Landtagswahlen von 1899, den ersten Wahlen nach Inkrafttreten des neuen Landtagswahlgesetzes, welche nähere Aufklärung über die Wirkung des durch das fragliche Gesetz neu eingeführten Wahlzwangs durch Geldstrafe für unentschuldigte Wahlenthaltung zu geben hatten und deren nähere Daten dann in der Arbeit des derzeitigen Vorstandes des Statistischen Bureaus über „Wahlzwang durch Geldstrafe für unentschuldigte Wahlenthaltung speziell unter Berücksichtigung der bezüglichen Neuregelung im Wahlgesetz für den Braunschweigischen Landtag“ in den Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft (Vierunddreißigster Jahrgang, 1901, Heft 2, S. 81 ff.) spezielle Verwendung gefunden haben;

nähere Feststellungen über die Beteiligung an den Reichstagswahlen im Herzogtum Braunschweig aus dem Jahre 1903, welche speziell zu einer Klarstellung über die Wahlenthaltungen führen sollten;

zahlenmäßige Nachweise über die in den Reifezeugnissen der beiden Gymnasien der Stadt Braunschweig in den letzten zehn Jahren erteilten Qualifikationsnummern aus dem Jahre 1903, um über die Gleichmäßigkeit in der Verwendung der fraglichen Nummern nach Tunlichkeit einen Aufschluß zu erhalten etc. etc.

bb. Nicht unmittelbar für Staatszwecke. Daneben kam aber noch eine Reihe weiterer Aufgaben zur Erfüllung, welche nicht unmittelbar einem besonderen staatlichen Zwecke dienen sollten. Es betrafen diese Aufgaben wieder teils allgemeinere teils besondere Fragen, die allerdings auch meist mit Rücksicht auf einen besonderen Zweck, aber keinen unmittelbar staatlichen, gesetzt waren und zum Teil auch einer Anregung von außen ihre Verarbeitung verdankten. Wir wollen nur folgende Einzelheiten anführen:

Nähere schulstatistische Erhebungen über einzelne Verhältnisse bezüglich der Gemeindeschulen aus dem Jahre 1875, deren Ergebnisse demnächst in der Veröffentlichung des Professor Dr. R. Blasius „Die Schulen des Herzogtums Braunschweig“ Verwendung gefunden haben;

Ermittlungen über die Verbreitung der Tuberkulose unter dem Rindvieh im Jahre 1889, welche auf Anregung von Seiten des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) nach Maßgabe eines Ministerialreskripts vom 19. September 1888 erfolgten und eine besondere Materialbeschaffung durch die beamteten und sonstigen Tierärzte des Herzogtums und eine weitere spezielle Bearbeitung in tabellarischen Nachweisen seitens des Herzogl. Statistischen Bureaus erforderten;

Erhebungen über die dem Bedarf des Herzogtums entsprechende Normalzahl an Studierenden der verschiedenen Fakultäten aus dem Jahre 1892, welche sich den gleichen Ermittlungen für Preußen, die in der als Manuskript gedruckten Denkschrift des Professor Dr. W. Lexis in Göttingen über die dem Bedarf Preußens entsprechende Normalzahl der Studierenden der verschiedenen Fakultäten in ihren Ergebnissen dargestellt sind, anschlossen;

nähere Feststellungen und Berechnungen über den Tabakbau im Herzogtum Braunschweig, welche durchweg auf Grund des auf dem Herzogl. Statistischen Bureau beziehungsweise bei Herzogl. Zoll- und Steuereinspektion vorhandenen Materials erfolgten und demnächst in einer in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlichten Arbeit des jetzigen Vorstandes des Statistischen Bureaus über den Tabakbau im Herzogtum Braunschweig zur weiteren Benutzung kamen;

zahlenmäßige Nachweisungen für die Jahre 1882 bis 1891 über die Erntemengen, den Verbrauch und den Bedarf an Roggen und Weizen im Herzogtum Braunschweig aus dem Jahre 1894, welche gleicherweise für eine bezügliche in den Braunschweigischen Anzeigen zur Veröffentlichung gelangte Arbeit des jetzigen Leiters des Statistischen Bureaus nutzbar gemacht wurden;

speziellere an die ältere oben bereits berührte Finanzstatistik der Kreiskommunalverbände sich anschließende Nachweisungen über die Verausgaben der Kreiskommunal-

verbände für die öffentliche Armenpflege in den Jahren 1894/95, 1895/96 und 1896/97, welche demnächst nach ihrem Gesamtergebnis bei einer eingehenderen Darstellung der Beteiligung größerer Verbände an der Armenlast in den einzelnen Deutschen Staaten in einem Referat des Leiters des Statistischen Bureaus für den Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit zur Verwendung kamen (Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, Heft XXXII, S. 60 ff.);

eine Vergleichung der Grundbesitzverhältnisse des Herzogtums in den Jahren 1861 bis 1896, deren Ergebnisse demnächst in der Veröffentlichung des derzeitigen Vorstandes des Statistischen Bureaus über die Verfügungsfreiheit über ländliches Grundeigentum in ihrem Einfluß auf die Grundbesitzverhältnisse im Herzogtum Braunschweig Verwendung fanden (Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge 21. Band, S. 168 ff.);

eine statistische Erhebung über den Stand der Krieger- und Landwehr-Vereine im Herzogtum, welche auf Veranlassung des Vorstandes des Braunschweiger Landwehr-Verbandes vermittelt ministerieller Verfügung vom 1. Februar 1901 angeordnet wurde und in besonderen Ermittlungen auf Grund eines vorgeschriebenen Fragebogens durch die Herzogl. Kreisdirektionen beziehungsweise die Herzogl. Polizeidirektion Braunschweig erfolgte, etc. etc.

IV. Das Herzogl. Statistische Bureau als Zentralstelle für Bewerbungen um Militäranwärterstellen für das Herzogtum Braunschweig. Wir dürfen nun aber unsere Schilderung der Aufgaben und der Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus nicht schließen, ohne noch einer besonderen demselben überwiesenen Funktion zu gedenken, welche allerdings weder zur Statistik als solcher gehört, noch überhaupt mit derselben in irgend einem auch nur mittelbaren Zusammenhange steht. Als im Jahre 1882 unter den Deutschen Bundesregierungen anschließend an die sonstige Reichsgesetzgebung und den bisherigen allgemeineren faktischen Stand neue „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern“ unter eingehender Regelung des fraglichen Gegenstandes (Centralblatt für das Deutsche Reich, X. Jahrgang 1882, Nr. 13, S. 123) vereinbart waren, handelte es sich darum, für das Herzogtum Braunschweig eine Zentralstelle zu schaffen, bei welcher fortan alle Bewerbungen von Militäranwärtern um die ihnen vorbehaltenen Beamtenstellen anzubringen und die darauf sich beziehenden Mitteilungen zu richten sind. Eine eigene Behörde dafür zu bilden erschien der Sache nicht entsprechend, andererseits hatte man aber auch keine Behörde, welche von vornherein für die Übernahme der fraglichen Funktionen als die an sich gegebene sich dargestellt hätte. So griff man denn auf das Herzogl. Statistische Bureau wesentlich wohl, weil die unmittelbare Verbindung desselben mit dem Herzogl. Staatsministerium, welchem doch regelmäßig die Besetzung der in Frage kommenden Beamtenstellen zustand, dasselbe als vorzugsweise geeignet erscheinen ließ. In der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamten-Stellen im Herzogl. Staatsdienst mit Militäranwärtern betreffend, vom 27. Dezember 1884 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1885, Nr. 1, S. 1 ff.) ist unter Nr. III das Herzogl. Statistische Bureau zur Zentralstelle für die Bewerbungen um die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen für das Herzogtum Braunschweig bestimmt und ist demselben für die fraglichen Funktionen die besondere Adresse: „Herzogl. Statistisches Bureau, Zentralstelle für Bewerbungen um Militäranwärterstellen zu Braunschweig“ beigelegt.

Herzogl. Statistisches Bureau hat danach in bestimmter Zahl die durch die oben genannten „Grundsätze“ vor-

geschriebenen Verzeichnisse für die einzelnen Kategorien der vorbehaltenen Beamtenstellen, die sog. Militäranwärterlisten, zu führen und in dieselben die einzelnen Bewerber um die bestimmten Kategorien von Stellen der Reihenfolge der Bewerbung nach einzutragen, auch diese Verzeichnisse oder Listen stets ordnungsmäßig auf dem Laufenden zu halten. Tritt eine Vakanz ein, so wendet die Behörde, welche die Vorschläge für die Besetzung zu machen hat, sich an das Statistische Bureau und erhält, sofern Anwärter für die fragliche Stellenart in genügender Zahl vorhanden sind, eine nach den Anwärterlisten in einer bestimmt vorgeschriebenen ausführlicheren Form aufzustellende Nachweisung bezüglich der vorgemerkten Anwärter; sind letztere nicht in entsprechendem Maße vorhanden, so erfolgt die öffentliche Ausschreibung der Stelle durch das Statistische Bureau, welches die Meldungen entgegennimmt und nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist der ansuchenden Behörde zusammengestellt übermittelt. Die Geschäfte, welche dadurch dem Herzogl. Statistischen Bureau erwachsen, sind keineswegs als gering anzuschlagen, auch haben sich dieselben von Jahr zu Jahr vermehrt. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich immerhin um eine nicht unerhebliche Zahl von Einzelstellen handelt, in denen die Bewegung eine größere sein muß, daß an sich die Militäranwärter, da ihre Zahl in einem wesentlich stärkeren Maße als die Zahl der ihnen vorbehaltenen Beamtenstellen im Laufe der letzten Jahrzehnte durch den erweiterten Präsenzstand des Heeres angewachsen ist, sich nicht nur um eine größere Anzahl verschiedener Beamtenstellen, sondern gleicherweise auch wieder bei einer Mehrheit verschiedener Zentralmeldestellen bewerben müssen, daß eine umfangreiche Korrespondenz mit den Militäranwärtern und den Behörden erforderlich wird, um die Militäranwärterlisten in allen ihren Einzelheiten vollständig zu haben, um die Nachweisungen und Ausschreibungen zu vermitteln, um die Listen auf dem Laufenden zu erhalten etc. etc.

Eine Erweiterung der Geschäfte trat dann noch ein, als unter den Deutschen Bundesregierungen des Ferneren auch „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden etc. mit Militäranwärtern“ im Jahre 1899 vereinbart waren (Centralblatt für das Deutsche Reich, XXVII. Jahrgang 1899, Nr. 31, S. 268 ff.) und in der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden des Herzogtums und bei der Landesversicherungsanstalt Braunschweig betreffend, vom 25. März 1901 (Gesetz- und Verordnungssammlung, 1901, Nr. 23, S. 107 ff.) unter Nr. IV Absatz 1 das Herzogl. Statistische Bureau auch für alle Bewerbungen um Stellen bei den Kommunalbehörden und bei der Landesversicherungsanstalt als Zentralstelle bestimmt wurde. Es trat dadurch eine doppelte Listenführung und eine entsprechende Vermehrung der einzelnen Militäranwärterlisten ein; dabei muß die Trennung in zwei verschiedene Arten von Listen mit immerhin im allgemeinen doch wieder gleichartigen und gleichbezeichneten Stellen schon an sich eine größere Geschäftslast für ein genaues Auseinanderhalten der Listen bedingen. Im großen und ganzen wird man wohl annehmen dürfen, daß durch die dem eigentlichen Geschäftskreis des Herzogl. Statistischen Bureaus fernliegenden Arbeiten für die Zentralstelle für Bewerbungen um Militäranwärterstellen etwa eine volle Beamtenkraft jetzt in Anspruch genommen wird.

V. Zusammenfassender Überblick über die gesamte Tätigkeit. Wenn wir nunmehr zum Abschluß nach Maßgabe unserer vorgehenden Einzeldarstellung den Geschäftskreis des Herzogl. Statistischen Bureaus, wie er sich im Laufe der Zeit herausgestaltet hat, und die innerhalb desselben bisher vom Bureau ent-

faltete Tätigkeit im allgemeinen kurz charakterisieren wollen, so werden wir dabei etwa auf folgendes Ergebnis, das nach der ganzen Lage der Sache und den speziell in Frage kommenden Verhältnissen immerhin befriedigen muß, kommen. War in dem anfangs sich so lebhaft geltend machenden und weitgehenden Bestreben, welches eigentlich alle einzelnen Momente des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens nach Tunlichkeit auch über das Gebiet der Statistik hinaus erfassen wollte, schon verhältnismäßig bald und unbedingt, sowie in einem erhöhten Maße, zweifellos gegen das Ende der erstbehandelten Periode eine gewisse Erschlaffung und eine Übermüdung des Interesses eingetreten, so setzte sich der damit hervortretende Rückschlag, was die von früher übernommenen speziellen Aufgaben und Tätigkeiten anlangt, zum mindesten unvermindert auch in dem neuen Zeitabschnitt fort. Etwa gerade auf der Grenze dieses letzteren, teils vielleicht noch in der ersten, teils in der zweiten Periode, sehen wir die größere Zahl jener meist durch ministerielle Spezialverfügungen ins Leben gerufenen Einzelfeststellungen aus den Ressorts der verschiedenen Staatsbehörden, welche sich aber im ganzen mehr auf eine allgemeine Materialsammlung und höchstens daneben auf eine fortgeführte tabellarische Zusammenstellung desselben beschränkte, in Wegfall kommen und damit die in dem ersten Eifer geschaffene Hochflut von Einzelaufgaben in der Hauptsache und zwar meist stillschweigend und ohne besondere Anordnung verschwinden.

Andererseits nimmt sich nun aber das Deutsche Reich in einem immer steigenden Maße der wesentlichsten Aufgaben der Statistik an und tritt in dieser Beziehung stetig mehr in den Vordergrund, bei seinen Aufgaben, wie nicht anders zu erwarten, möglichst allen Anforderungen des praktischen Bedürfnisses und der sich in rascher Entwicklung lebhaft entfaltenden statistischen Wissenschaft Rechnung tragend. Vermöge der immer mehr den wesentlicheren Teil seiner ganzen Tätigkeit ausmachenden statistischen Arbeiten für das Reich erscheint allerdings das Herzogl. Statistische Bureau in stärkerem Grade von außen gebunden und nicht mehr in der früheren unbedingten Selbständigkeit innerhalb des braunschweigischen Verwaltungsorganismus.

Ist aber bei dem eigenartigen Charakter der Statistik, welche erst durch eine gleichmäßige Behandlung der Einzelheiten auf den verschiedenen Gebieten, durch ein tunlichst weitgehendes Zusammenfassen der letzteren für die statistischen Zwecke zu vollen Erfolgen gelangen kann, dieses Aufgehen der Einzelstaaten im Deutschen Reich bezüglich der großen Aufgaben der Statistik schon an und für sich nur als ein sachlicher Vorteil aufzufassen, so war andererseits aber auch noch jene stetig zunehmende Tätigkeit für das Reich, weil sie sich eben aus weitgehenderen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung aller Fortschritte der statistischen Wissenschaft und der statistischen Technik vollzog, selbständig wiederum von wesentlichem Nutzen für das Landesbureau, das dadurch unwillkürlich und vielleicht schneller und gründlicher, als es sonst der Fall gewesen wäre, auf alle jene Fortschritte hingelenkt wurde, ein Umstand, dem um so größere Bedeutung beizulegen ist, als gerade in dem fraglichen Zeitabschnitte die Statistik wissenschaftlich und technisch in verhältnismäßig rascher Folge zu großer Vervollkommnung sich erhob, wobei sie zum Teil allerdings auch mit auf den Errungenschaften der unmittelbar vorhergehenden Zeit fußte.

Als eine unmittelbare Folge des Vorberührten macht es sich dann schon geltend, daß man diejenigen, wesentlichen Momente der Statistik umfassenden Aufgaben, welche man für das Deutsche Reich naturgemäß vielfach nur in einer gewissen Allgemeinheit und einer Beschränkung auf die Hauptpunkte zu lösen hatte, für die besonderen Landeszwecke sachgemäß erwei-

terte und weiter in Einzelheiten ausgestaltete, sowie daß man die Ergebnisse auch der für das Deutsche Reich zunächst besorgten Feststellungen, wo solches angezeigt, noch für das Gebiet des Herzogtums sei es mit sei es ohne Erweiterungen speziell verarbeitete und unter näherer Erklärung der allgemeinen wie der Sondererscheinungen selbständig veröffentlichte. Demgegenüber wird man es kaum bedauern können, wenn durch die stärkere Inanspruchnahme für das Deutsche Reich die früheren in unvollkommenerer Form für das Herzogtum zu lösenden Aufgaben noch mehr zurückgedrängt wurden.

In letzterem als ganzen haben wir aber keineswegs etwa eine prinzipielle Vernachlässigung der spezifisch braunschweigischen Aufgaben, sondern vielmehr lediglich ein Herauslösen der wichtigeren und in erster Linie der Statistik zufallenden Vorwürfe und ein Zurückstellen der zunächst zwar von dem Herzogl. Statistischen Bureau begonnenen aber nicht zu dem Gebiet der eigentlichen Statistik gehörenden Tätigkeit zu sehen. Wesentlichere von dem Deutschen Reich nicht in Angriff genommene, das Landesinteresse aber näher berührende Kategorien der eigentlichen Statistik gelangten nach wie vor zur Verarbeitung; einzelne derselben wurden neu und zum Teil unter erheblicher Erweiterung sachgemäß umgebildet, einzelne kamen auch vollkommen neu überhaupt erst zur Einführung; stets suchte man aber bei der Durchführung und Verarbeitung den erhöhten Anforderungen, welche nach den gemachten regen Fortschritten von Wissenschaft und Praxis gestellt wurden, nach Möglichkeit gerecht zu werden und nach jeder Richtung hin sich auf der Höhe zu halten. In keiner Weise wird daher behauptet werden können, daß neben den Reichsaufgaben den besonderen braunschweigischen Verhältnissen und Interessen nicht genügend Rechnung getragen sei.

Wenn immerhin bislang manche Kategorien der Statistik, bei denen ein Landesinteresse mehr oder weniger vortretend in Frage kommen kann, noch keine Berücksichtigung gefunden haben und darunter vielleicht auch einzelne, bezüglich deren sich der Wunsch nach einer besonderen Behandlung schon länger und wiederholt geltend gemacht hat, so sind demgegenüber aber die ganzen Verhältnisse des Herzogl. Statistischen Bureaus in Betracht zu ziehen, daß dasselbe trotz wiederholt geschehener Vermehrung doch auch jetzt noch lediglich eine beschränktere Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung hat, welche durch die regelmäßigen Arbeiten allein schon fast vollständig in Anspruch genommen sind, zumal durch die ganz außerhalb der statistischen Aufgaben des Bureaus liegende Tätigkeit als Zentralstelle für Bewerbungen um Militäranwärterstellen dem eigentlichen Zweck des Bureaus fast voll eine der ihm zugewiesenen Arbeitskräfte entzogen wird.

Die durchgängige systematische Weiterbildung der ganzen Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus, welche man zweifellos als einen Erfolg in dieser zweiten Periode seines Bestehens konstatieren kann, gibt sich auch schon in den nunmehr erfolgenden Veröffentlichungen der Ergebnisse der statistischen Erhebungen kund. In diesen Veröffentlichungen tritt inhaltlich einerseits die oben schon berührte vollkommenere Durcharbeitung des Materials und eine im allgemeinen dem bedeutenden Fortschreiten der statistischen Wissenschaft folgende Vervollständigung in der Darstellung zu Tage, sowie andererseits auch eine mehr planmäßige Behandlung im ganzen, nach welcher die Einzeldarstellungen bezüglich der verschiedenen Kategorien je für bestimmte unter sich und in sich eventuell wiederum verschieden bemessene Zeiträume einheitlich aneinandergereiht werden und sich im großen und ganzen auf einer gleichen Grundlage, welche eine volle

Vergleichbarkeit der Daten der verschiedenen Zeitabschnitte gewährleistet, bewegt. Schon äußerlich zeigt sich uns der Fortschritt darin, daß nunmehr für die Veröffentlichungen nach Hauptzahl und Bedeutung eine einheitliche Form gewählt und die jedes inneren Grundes entbehrende bunte Verschiedenheit der vorigen Periode verlassen ist. Es wurden jetzt als fortlaufendes Publikationsorgan die Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig ins Leben gerufen mit zwanglos ohne bestimmte Fristen erscheinenden Hefen, welche je bald einen einzelnen Gegenstand in sich geschlossen, bald auch eine Mehrheit von Gegenständen gleichzeitig umfaßten. Insgesamt sind bislang siebenzehn derartiger Hefte erschienen und zwar Nr. I 1874, Nr. II 1875, Nr. III 1876, Nr. IV und Nr. V 1885, Nr. VI 1886, Nr. VII 1887, Nr. VIII 1888, Nr. IX 1889,

Nr. X 1893, Nr. XI 1894, Nr. XII 1895, Nr. XIII und Nr. XIV 1898, Nr. XV 1900, Nr. XVI 1901 und Nr. XVII 1903. Die einzelnen in diesen Hefen behandelten Gegenstände sind in der Anlage B speziell aufgeführt, aber auch in die Anlage A mit aufgenommen. Des weiteren sind von der Volkszählung von 1871 an nach jeder Volkszählung Ortschaftsverzeichnisse für das Herzogtum Braunschweig in einer im allgemeinen übereinstimmenden, mit der Zeit jedoch etwas erweiterten und vervollständigten Form von dem Herzogl. Statistischen Bureau herausgegeben worden. Einzelne meist minder wichtige beziehungsweise keinen dauernden Zweck verfolgende Veröffentlichungen sind daneben auch wohl noch gesondert erfolgt; öfter handelte es sich dabei auch nur um die schnellere Bekanntgabe vorläufiger Ergebnisse.

E. Das Personal des Herzogl. Statistischen Bureau.

I. Der Vorstand. Wenn wir nunmehr zu einer näheren Behandlung des Personals oder der Arbeitskräfte, welche dem Herzogl. Statistischen Bureau zur Erfüllung seiner vorberührten Aufgaben zur Verfügung gestanden haben, übergehen, so kommt dabei in erster Linie die Stellung des Vorstandes des Bureau in Betracht, welche anfangs als die eigene und selbständige Stelle eines nur für diese bestimmten Staatsbeamten gedacht und besetzt worden ist, später aber und für die längere Zeit des Bestehens des Herzogl. Statistischen Bureau lediglich nebenamtlich von einem in einer anderen Hauptstellung befindlichen Beamten verwaltet wurde. Zunächst wurde wie schon oben hervorgehoben der Amtsrichter Rhamm, bislang in Vorsfelde, mit der Einrichtung und der Leitung des Herzogl. Statistischen Bureau betraut und zwar wurde ihm solches als eigener und alleiniger, selbständiger Geschäftskreis zugewiesen. Der Amtsrichter Rhamm wurde aber nicht etwa zum Vorstande oder Direktor des Herzogl. Statistischen Bureau besonders ernannt, sondern er wurde vielmehr nur mit den statistischen Geschäften beim Herzogl. Staatsministerium beauftragt, wofür ihm neben seinem bisherigen Gehaltsbezüge eine besondere Remuneration zugewiesen wurde; er behielt auch seinen bisherigen Titel bei, obwohl solcher doch eine eigene, ganz abweichende Stellung bezeichnete. Die Wirksamkeit Rhamms war eine verhältnismäßig nur kurze, aber eine ebenso wichtige wie erfolgreiche, da sie die ganze erste Einrichtung des Statistischen Bureau und die nähere Bestimmung und Einebnung der Bahnen, in denen dasselbe für die Zukunft wandeln sollte, umfaßte. Nach der bereits früher erfolgten Ernennung zum Obergerichtsrat in Wolfenbüttel fand die Tätigkeit Rhamms am Statistischen Bureau am 1. Februar 1855 ihren Abschluß.

Zu dem gleichen Termin wurde dem 1851 wegen Kränklichkeit pensionierten Kreisdirektor Bussius, früher als Kreisdirektor in Gandersheim, die Leitung des Herzogl. Statistischen Bureau übertragen und zwar in der Hauptsache ganz in derselben Form, welche bei der Berufung Rhamms zur Anwendung gebracht war, also keine besondere Ernennung zum Vorstande; als Entgelt wurde dem Kreisdirektor Bussius neben seiner unverändert bleibenden Pension eine bestimmte Remuneration, welche später erhöht wurde, bewilligt. Dem Kreisdirektor Bussius lagen ebenso wie vorher dem Amtsrichter Rhamm ausschließlich und allein die Geschäfte des Herzogl. Statistischen Bureau ob und ist somit auch jetzt noch die Vorstandsstelle des Statistischen Bureau mit einer eigenen Beamtenkraft besetzt. Wenngleich ein bereits pensionier-

ter Beamter, also an und für sich keine volle Arbeitskraft, hierbei in Frage kommt, so wird man dieses im vorliegenden Fall doch nicht so stark zu bewerten haben, da der Kreisdirektor Bussius nach einer schweren akuten Erkrankung schnell um seinen Abschied eingekommen war, sein Gesundheitszustand sich aber danach wieder wesentlich gehoben hatte. Der Kreisdirektor Bussius hat die Geschäfte des Statistischen Bureau bis zu seinem am 5. April 1872 erfolgten Tode fortgeführt, wurde aber bereits einige Zeit vorher wegen seiner wiederum stärker angegriffenen Gesundheit darin von dem im Finanzdepartement des Herzogl. Staatsministeriums beschäftigten Ministerialsekretär Kybitz vertreten.

Nach dem Tode des Kreisdirektors Bussius erhielt der Ministerialsekretär Kybitz, später mit dem Titel Hofrat, die Leitung des Statistischen Bureau neben seinen an sich schon umfangreicheren Dienstgeschäften übertragen; von da an ist die Vorstandsstelle des Statistischen Bureau stets im Nebenamt verwaltet worden. Als sodann der Hofrat Kybitz mit dem 1. November 1876 zum Finanzrat und ordentlichen Mitglied des Herzogl. Finanzkollegiums und der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion ernannt wurde, behielt er zunächst die Leitung des Statistischen Bureau noch weiter bei, mußte dieselbe dann aber wegen zu großer anderweitiger amtlicher Inanspruchnahme, namentlich auch in Rücksicht auf die ihm ferner noch nebenamtlich übertragene Führung des Herzogl. Eisenbahnkommissariats, mit dem 1. April 1877 aufgeben.

Zu letzterem Termin übernahm der Regierungsrat Langerfeldt, Ministerialsekretär im Departement des Innern, die Geschäfte des Vorstandes des Statistischen Bureau und führte dieselben bis zu seiner zum 1. Januar 1887 erfolgten Ernennung als Kreisdirektor in Helmstedt fort. Mit dem 1. Mai 1887 wurde der jetzige Leiter des Herzogl. Statistischen Bureau, welcher derzeit als Regierungsassessor bei der Herzogl. Polizeidirektion Braunschweig angestellt war, nebenamtlich mit den fraglichen Geschäften betraut, die ihm auch verblieben, als er zum 1. April 1888 zum Ministerialsekretär im Departement des Innern mit dem Titel Regierungsrat ernannt wurde.

Zunächst gab dieser dann aber, als er wegen seiner anderweitigen nebenamtlichen Stellung als Kabinettssekretär Seiner Königl. Hoheit des Regenten des Herzogtums Braunschweig vielfach dienstlich von Braunschweig abwesend sein mußte, die Vorstandsgeschäfte vorübergehend für die Zeit vom 1. Juni 1889 bis zum 1. Februar 1890 an den anderweit damit beauftragten Ministerial-

sekretär Regierungsrat Sievers ab, bald darauf aber auch infolge seiner Ernennung zum Mitgliede des Herzogl. Finanzkollegiums, des Herzogl. Steuerkollegiums und der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion zum 1. April 1890 definitiv. Der Regierungsrat Sievers blieb Vorstand des Statistischen Bureaus, bis er mit dem 1. April 1892 als erster Hilfsbeamter an die Herzogl. Kreisdirektion Braunschweig versetzt wurde, und hatte seinen Nachfolger im Hauptamte, den Ministerialsekretär im Departement des Innern Regierungsrat Radkau, gleichzeitig auch zum Nachfolger im Nebenamte. Die stärkere Geschäftsbelastung in seinem Hauptamte veranlaßte den Regierungsrat Radkau aber ziemlich bald um Entbindung von dem Nebenamte nachzusuchen und so wurden dann mit dem 1. Dezember 1892 die Geschäfte eines Vorstandes des Herzogl. Statistischen Bureaus wiederum auf den derzeitigen Leiter des Bureaus übertragen, welcher sie seitdem ununterbrochen weiter geführt hat.

II. Der erste Bureaubeamte. Neben dem Leiter des Herzogl. Statistischen Bureaus war an demselben von Anfang an ein Beamter fest angestellt, dessen Stellung sich sodann im Laufe der Zeit durch Vermehrung der Geschäfte und der Arbeitskräfte nach und nach zu der eines ersten Bureaubeamten herausbildete, dem wiederum unter dem Vorstand die speziellere Leitung der eigentlichen Bureaugeschäfte im allgemeinen Sinn oblag. Bezüglich des zuerst beim Statistischen Bureau angestellten Revisionsgehilfen Röbbler kam dieses noch nicht besonders zum Ausdruck, obwohl neben demselben vom September 1854 an bereits der derzeitige Kammersehreiber Wiegandt dem Statistischen Bureau zur Beschäftigung zugewiesen war und für eine kurze Zeit im Jahre 1856 bis zum Fortgang Röbbbers sogar noch ein dritter Beamter in dem Bureaugehilfen, früheren Volksschullehrer Bischoff hinzukam. Wiegandt, welcher bei der bald erfolgenden Abberufung Röbbbers, wie wir schon oben gesehen, zum 1. Januar 1857 als Kanzlist beim Statistischen Bureau angestellt wurde, ist als der erste anzusehen, welcher die über die anderen Bureaubeamten zunächst mehr tatsächlich, dann aber auch formell durch die Bezeichnung als Sekretär herausgehobene Stellung eines ersten Bureaubeamten einnahm und hat dieselbe diese bis zu seiner für den 1. April 1899 erfolgten Pensionierung dauernd fortgeführt. Zum 1. April 1899 wurde der bereits seit Dezember 1871 beim Statistischen Bureau beschäftigte Titular-Sekretär Runge zum wirklichen Sekretär und ersten Bureaubeamten des Herzogl. Statistischen Bureaus ernannt und hatte diese Stellung bis zu seinem Tode am 13. Mai 1903 inne. Mit dem 1. Juli 1903 ist mit der Stelle eines ersten Bureaubeamten der seit April 1882 beim Statistischen Bureau tätige Revisor Otte betraut worden.

III. Die angestellten Beamten und ständigen Hilfsbeamten. Abgesehen von diesem stets in fester Anstellung befindlichen ersten Bureaubeamten wurde dann zunächst und zwar bis 1872 beim Statistischen Bureau ständig nur noch ein nicht angestellter und nur remuneratorisch besoldeter Hilfsbeamter — meist nicht nur jetzt, sondern auch noch für die unmittelbare Folge, ein pensionierter Beamter — beschäftigt. Im Jahre 1872 tritt ein zweiter Hilfsbeamter hinzu und mit dem 1. Januar 1873 gelangt einer dieser Hilfsbeamten zur festen Anstellung, so daß von 1873 bis 1881 das Statistische Bureau neben dem ersten Bureaubeamten einen fest angestellten Beamten und einen remunierten Hilfsbeamten besitzt. In den Jahren 1882, 1883 und 1884 wechselt sodann die Zahl der Hilfsbeamten zwischen 2 und 4; Veranlassung bot die umfangreichere Arbeit, welche die große Berufs- und Gewerbezahlung des Deutschen Reichs vom 5. Juni 1882 zur Folge hatte, es war aber dementsprechend von vornherein angenommen, daß ein Teil dieser Hilfsbeamten nur vor-

übergehend Beschäftigung erhalten würde. Von 1885 an verbleibt dann aber doch die Zahl der Hilfsbeamten in der Hauptsache dauernd auf zwei, für kurze Fristen allerdings wohl wechselnd einige Male nur einen, dann aber wieder auch drei ausmachend.

Mit dem Jahre 1889 trat insofern eine Veränderung ein, als von da an in anderen Stellen pensionierte Beamte unter den Hilfsarbeitern nicht mehr vorhanden sind. Man brachte vielmehr fortan die beim Statistischen Bureau beschäftigten Beamten im wesentlichen mit den Finanzhilfsbeamten zusammen und in gleicher Weise wie die Besoldungssätze der beim Statistischen Bureau angestellten Beamten sich nach den Besoldungen der gleichaltrigen Finanzhilfsbeamten in der Hauptsache richteten, wurden nunmehr auch als Hilfsbeamte beim Statistischen Bureau nur solche Personen angenommen, welche die Qualifikation, wie sie für die Finanzhilfsbeamten gefordert wurde, besaßen. Regelmäßig wurde demnach das Verfahren beobachtet, daß für die beim Statistischen Bureau freiwerdenden Hilfsbeamtenstellen nach Vereinbarung mit dem Präsidenten des Herzogl. Finanzkollegiums von letzterem Finanzaspiranten angenommen und dann an das Statistische Bureau überwiesen wurden. Ebenmäßig findet aber auch, sofern die allgemeinen Verhältnisse oder die Anciennitätsverhältnisse der Beamten solches wünschenswert erscheinen lassen, wiederum nach entsprechender Verabredung mit dem Präsidenten des Herzogl. Finanzkollegiums ein Austausch in den Stellen zwischen den Beamten des Herzogl. Statistischen Bureaus einerseits und den Finanzbeamten statt und zwar bezieht sich dieser stets auf besondere Anordnung Herzogl. Staatsministeriums erfolgende Austausch nicht nur auf die noch nicht angestellten, sondern in gleicher Weise auch auf die angestellten Beamten. Hierdurch wurde erreicht, daß einerseits die Beamtenschaft des Statistischen Bureaus eine durch die gleichmäßige Vorbildung in sich geschlossenere wurde und andererseits eine allgemeinere Ausbildung erfuhr, welche zudem den nicht zu unterschätzenden Vorteil gewährte, daß der Nachwuchs in der Beamtenschaft nicht allein auf die geringe Zahl der beim Statistischen Bureau selbst zu besetzenden Stellen angewiesen war. Für die Folge sind die remuneratorisch beschäftigten Hilfsbeamten beim Statistischen Bureau stets nur Finanzaspiranten gewesen.

Im Jahre 1892 kommt wiederum einer der Hilfsbeamten des Statistischen Bureaus zur festen Anstellung, so daß fortan neben dem ersten Bureaubeamten noch zwei angestellte Beamte fungieren; die Zahl der Hilfsbeamten, welche zunächst auf einen gesunken, hebt sich schon im folgenden Jahre 1893 wieder auf zwei. Das Jahr 1896 bringt nochmals eine Veränderung durch die feste Anstellung eines bisherigen Hilfsbeamten. Von da an besitzt das Herzogl. Statistische Bureau bis zu der Jetztzeit unverändert in fester Anstellung einen ersten Bureaubeamten und drei weitere Beamte. Vom Jahre 1896 bis 1898 einschließlich wurde nur ein remunierter Hilfsbeamter beschäftigt, mit 1899 wurde dann aber wieder ein zweiter angenommen, so daß von da an bis zur Jetztzeit die frühere regelmäßige Zahl von zwei remuneratorisch beschäftigten Hilfsbeamten wiederum Platz greift.

IV. Die sonstigen Hilfskräfte. Neben dieser die ständigen Arbeitskräfte des Statistischen Bureaus bildenden Beamtenschaft wurden bei einzelnen besonderen Gelegenheiten wohl noch vorübergehend eine oder einige Hilfskräfte zugezogen, doch bewegte sich diese außerordentliche Inanspruchnahme weiterer Arbeitskraft im ganzen nur in sehr beschränkten Grenzen. In den letzten Jahren seit 1899 sind dem Statistischen Bureau von der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direktion regelmäßig etwa für die vier Monate Juni bis September zwei in ihrer

eigentlichen Stellung vorübergehend abkömmliche Steuer-
aufseher überwiesen, welche dort in der fraglichen Zeit
ständig mit einfacheren Arbeiten beschäftigt wurden. Zu
freiwilliger Beschäftigung ohne Entgelt ist seit dem Jahre
1902 außerdem noch beim Statistischen Bureau ein An-
wärter zugelassen, welcher die Qualifikation für einen Fi-
nanzaspiranten besitzt, sich auch für die Annahme als
solcher hat eintragen lassen, bei der größeren Zahl der
für die fragliche Stellung vorgemerkten Personen aber
bislang noch nicht zum Zuge kommen konnte. Bei größe-

ren Erhebungen, speziell den Volkszählungen, wurde auch
wohl behuf schnellerer Erledigung ein Teil des Ur-
materials zur Nachprüfung und ersten Verarbeitung teils
an Beamte des Bureaus teils auch an sonstige geeignete
Beamte — meist an solche, die früher auf dem Statistischen
Bureau beschäftigt waren — abgegeben, um außerhalb der
Bureaustunden gegen ein entsprechendes Entgelt ver-
arbeitet zu werden. Das gesamte Personal des Herzogl.
Statistischen Bureaus haben wir in der Anlage C zusam-
mengestellt.

F. Die äusseren Verhältnisse und Einrichtungen des Herzogl. Statistischen Bureaus.

Endlich haben wir nun noch die allgemeine be-
hördliche Stellung und Regelung des Her-
zogl. Statistischen Bureaus und seine Einordnung in den
gesamten staatlichen Verwaltungsorganismus in Betracht-
ung zu ziehen. Wie wir schon oben gesehen, wurde das
Statistische Bureau bei seiner Errichtung in einen ganz
unmittelbaren Zusammenhang mit dem
Herzogl. Staatsministerium gestellt und wenn
sich durch die Entwicklung im Laufe der Zeit bei dem
Statistischen Bureau auch der Charakter als einer eige-
nen Behörde in etwas mehr herausgebildet hat, so ist
jener engere Zusammenhang im allgemeinen
doch noch bis in die Jetztzeit gewahrt geblieben, wie sich
solches auch schon äußerlich in der vollständigen und
eigentlichen Bezeichnung des Bureaus als „Statisti-
sches Bureau des Herzogl. Braunschweigisch-
Lüneburgischen Staatsministeriums“ ab-
hebt. Anfänglich war die Verbindung des Statistischen
Bureaus mit dem Herzogl. Staatsministerium eine voll-
ständige; es zeigt sich dieses auch schon aus dem Um-
stände, daß der Amtsrichter Rhamm, als er mit den be-
züglichen Geschäften betraut wurde, lediglich eine
mündliche Anweisung durch den ihm unmittelbar
vorgesetzten Departementschef des Innern erhält und daß
irgend eine weitere besondere Abgrenzung des Geschäfts-
kreises weder jetzt noch für die nächste Folge namentlich
bei Berufung des Kreisdirektors Bussius in die leitende
Stelle stattfindet.

Erst in der zweiten der von uns oben unterschiedenen
Zeitperioden ist eine eigene Geschäfts-Instruk-
tion für das Statistische Bureau des Her-
zogl. Staatsministeriums durch ministerielle
Verfügung vom 29. Januar 1875 erlassen worden, welche
in zehn Paragraphen die geschäftlichen Einzel-
heiten ordnet. Das Statistische Bureau hat danach in
dem ihm überwiesenen Tätigkeitskreise dem Herzogl.
Staatsministerium Geschäftshilfe zu leisten und wird von
einem dem Chef des Departements des Innern unmittelbar
untergeordneten Vorstände, dem das erforderliche Bureau-
personal unterstellt ist, geleitet. Speziell soll dem Bureau
obliegen: 1. nach den Anforderungen des Deutschen Rei-
ches die erforderlichen statistischen Nachweise an das
Kaiserl. Statistische Amt pp. zu liefern; 2. nach den Be-
stimmungen des Herzogl. Staatsministeriums die partiku-
lare Statistik zu bearbeiten und zur Veröffentlichung zu
bringen; 3. die zu 1 und 2 erforderlich werdenden Ver-
fügungen des Herzogl. Staatsministeriums an die Landes-
behörden zu entwerfen; 4. statistische und sonstige Zu-
sammenstellungen und Arbeiten für unmittelbare Zwecke
des Herzogl. Staatsministeriums nach den Anweisungen
des letzteren zu liefern; 5. die seine Tätigkeitssphäre be-
treffenden Korrespondenzen mit Behörden und Privaten
zu erledigen. Die Inanspruchnahme der Landesbehörden
für Zwecke selbständiger statistischer Erhebungen erfolgt
nur durch Verfügungen des Herzogl. Staatsministeriums.

Soweit es sich aber um Auskunftserteilung über Einzel-
heiten und Erläuterungen gelieferten Materiales oder um
Mitteilungen des Bureaus an die Behörden handelt, hat
dasselbe direkt mit den letzteren in Verbindung zu treten.

Die technische Bearbeitung des dem Bureau zufließen-
den Materials geschieht unter der Leitung des Vorstandes
durch das Bureaupersonal. Die spezielle Verteilung dieser
Arbeiten liegt nach Verständigung mit dem Vorstände
dem ersten Bureaubeamten ob, der zugleich die Leistun-
gen der übrigen Beamten zu überwachen und zu kontrol-
lieren hat. Die Aufstellung der erforderlichen Schemata,
die Bearbeitung des fertigen Materiales und die Kor-
respondenzen besorgt der Vorstand mit Beihülfe des ersten
Bureaubeamten. Zu Publikationen auf Staatskosten darf
das Bureau in keinem Falle ohne Genehmigung des Her-
zogl. Staatsministeriums schreiten. Mitteilungen über Er-
gebnisse statistischer Erhebungen, sofern dieselben nicht
dienstlich geheim zu haltende Gegenstände betreffen, an
die Braunschweigischen Anzeigen und an die statistische
Korrespondenz des Königl. Preussischen Statistischen Bu-
reaus zu Berlin, sowie an Private auf deren Ansuchen ge-
langen zu lassen, ist dasselbe dagegen ohne weiteres be-
fugt. Das Bureau hat Sorge zu tragen, daß seine Ver-
öffentlichungen den Landesbehörden und den statistischen
Bureaus anderer Staaten mitgeteilt werden; zugleich sind
die Publikationen desselben dadurch dem Publikum zu-
gänglich zu machen, daß sie einem Buchhändler zum Ver-
trieb übergeben werden. Die Bibliothek des Statistischen
Bureaus bildet eine besondere Abteilung der Bibliothek
des Herzogl. Staatsministeriums und ist von dem Bureau
in Ordnung zu halten. Die Registratur- und Schreiberei-
geschäfte des Bureaus werden durch das Bureaupersonal
besorgt. Das Statistische Bureau führt ein Dienstsiegel
mit der Umschrift: „Statistisches Bureau des Herzogl.
Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums.“

Die im Vorstehenden nach ihren Hauptpunkten cha-
rakterisierte Geschäfts-Instruktion hat durch die weitere
Anweisung des Herzogl. Staatsministe-
riums vom 1. Mai 1899 eine Ergänzung gefunden, in
welcher namentlich einerseits die Befugnis des Vorstandes
zu selbständigen Anschaffungen für das Statistische Bureau
in einer den für andere Behörden gegebenen Grundsätzen
entsprechenden Weise geordnet wurde, andererseits spe-
ziellere Bestimmungen, wie sie durch die derzeit erfolgende
Unterbringung des Herzogl. Statistischen Bureaus in
eigenen besonders ermieteten Räumen bedingt waren, ge-
troffen sind.

Die räumliche Verbindung des Statistischen
Bureaus mit dem Herzogl. Staatsministerium beziehungs-
weise die Einordnung des ersteren in letzteres war anfangs
eine ganz vollständige. Dem Bureau war in dem Bevern-
schen Schloß, dem derzeitigen Ministerialgebäude, ein
Zimmer zugewiesen, in welchem der Vorstand mit dem
Bureaupersonal gemeinsam arbeitete; es handelte sich da-
bei aber lediglich um die Zuweisung eines zur Verfügung

Herzogl. Ministeriums stehenden und in solcher unverändert verbleibenden Raumes zu entsprechender Benutzung und wurde namentlich irgend ein Inventar auf das Statistische Bureau nicht übertragen oder für dasselbe beschafft. Dieses änderte sich dann erst im Jahre 1875, beziehungsweise als im Jahre 1877 das jetzige Ministerialgebäude am Bohlweg in Benutzung genommen wurde. Schon im Jahre 1875 wurde dem Statistischen Bureau ein eigenes Inventar an Mobilien, Utensilien pp. überwiesen beziehungsweise nach Bedürfnis für dasselbe neu beschafft. In dem neuen Ministerialgebäude waren für das Statistische Bureau von vornherein bestimmte, in sich in gewisser Weise geschlossene Räume besonders ausgewiesen, in denen es nunmehr untergebracht wurde. Das in diese Räume gebrachte beziehungsweise für dieselben neu beschaffte Inventar wurde lediglich Inventar des Statistischen Bureaus, so daß hier in stärkerem Maße eine äußere und formelle Trennung gegeben war. Als sodann im Jahre 1899 die Räume im Ministerialgebäude für den speziellen Bedarf des Herzogl. Staatsministeriums zu beschränkte wurden, mußte naturgemäß zunächst das Statistische Bureau weichen. Da entsprechender Raum in einem anderen staatlichen Gebäude nicht zur Verfügung stand, wurde eine besondere Wohnung für das Bureau im April 1899 gemietet, wobei aber speziell auf Nähe beim Herzogl. Staatsministerium gesehen wurde. In diesen gemieteten Räumen befindet sich das Herzogl. Statistische Bureau zur Zeit noch und ist bezüglich Inventar pp. jetzt vollkommen abgesondert; zwei Aktenkammern im Ministerialgebäude hat das Bureau auch jetzt noch inne.

Die Bibliothek des Statistischen Bureaus war schon im jetzigen Ministerialgebäude vollkommen von der Bibliothek des Herzogl. Staatsministeriums getrennt gehalten und befand sich ständig in den Räumen des Statistischen Bureaus unter besonderer Inventarisierung; jetzt ist auch eine weitere räumliche Trennung eingetreten, da sich die Bibliothek des Statistischen Bureaus in dessen neuer Unterkunft befindet.

Ein eigener Etat besteht bislang für das Herzogl. Statistische Bureau nicht. Die sämtlichen laufenden Ausgaben desselben werden aus der Herzogl. Geheimen Kanzlei-Kasse, der Kasse des Herzogl. Staatsministeriums, bestritten und zwar ohne daß in dem Etat für die letztere Kasse eine besondere Ausweisung für die Kosten des Statistischen Bureaus gemacht wird. Größere Ausgabe-posten, wie z. B. solche für den Druck der Publikationen, für Formulare pp., werden, um die Herzogl. Geheime Kanzlei-Kasse nicht zu sehr zu belasten, vom Herzogl.

Staatsministerium regelmäßig unmittelbar auf die Herzogl. Haupt-Finanzkasse zur Zahlung und zur Verrechnung im Extraordinär angewiesen, wofür seitens des Statistischen Bureaus entsprechender Antrag gestellt wird. Um, wie es zur Vereinfachung des Verfahrens erwünscht erscheinen muß, kleinere Ausgaben stets sofort und direkt leisten zu können, wird dem Bureau aus Herzogl. Geheimen Kanzlei-Kasse stets ein bestimmter Betrag vorschußweise übermittelt, bezüglich dessen monatlich definitiv abgerechnet wird. Die Pedellen- und Botendienste werden für das Herzogl. Statistische Bureau lediglich durch das bezügliche Personal beim Herzogl. Staatsministerium besorgt.

Über die Verteilung der Publikationen des Bureaus innerhalb des Herzogtums und auch nach außen hin verfügt der Vorstand des Statistischen Bureaus selbständig, nur in Ausnahmefällen, wie z. B. bei Zuweisung eines Exemplars des Ortschaftsverzeichnisses an die sämtlichen freiwilligen Zähler bei der Volkszählung, wird die Entscheidung Herzogl. Staatsministeriums, Departement des Innern, eingeholt. Der Austausch der Publikationen mit anderen deutschen, europäischen und außereuropäischen Staaten hat sich in einer verhältnismäßig regen Weise entwickelt, was wiederum ein stetiges erheblicheres Anwachsen der Bibliothek des Bureaus im Gefolge hat.

Die für eine wirklich nutzbringende Entwicklung der Statistik so wesentliche Verbindung nach außen wurde überhaupt in einer regeren Weise gefördert. Die zeitweiligen Vorstände des Herzogl. Statistischen Bureaus nahmen nicht nur stets an den Versammlungen der Vorstände der Deutschen statistischen Landeszentralstellen, auf welchen das Nähere behuf der Ausführung der vom Deutschen Reich in Aussicht genommenen größeren Erhebungen pp. zur Beratung gelangte und welche sich im Laufe der Zeit zu regelmäßigen Jahreszusammenkünften ausbildeten, teil, sondern sie wurden auch auf besondere Anordnung des Herzogl. Staatsministeriums zu den internationalen Versammlungen der Statistiker entsendet, so zu den Tagungen des internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie zu Wien im Jahre 1887, zu London im Jahre 1891, zu Budapest im Jahre 1894, zu Madrid im Jahre 1898, zu Paris im Jahre 1900 und zu Brüssel im Jahre 1903, sowie zu den regelmäßigen Zusammenkünften des Internationalen Statistischen Instituts zu Bern im Jahre 1895, zu St. Petersburg im Jahre 1897, zu Budapest im Jahre 1901 und zu Berlin im Jahre 1903.

G. Schlusswort.

Damit haben wir unsere Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der ersten fünfzig Jahre des Herzogl. Statistischen Bureaus nach der ganzen äußeren Ausgestaltung, nach dem gegebenen Geschäftskreis und nach den tatsächlichen Leistungen beendet. Bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß es sich hier um das Statistische Bureau eines kleinen Staates handelt und daß für ein solches stets gewisse Sonderschwierigkeiten gegeben sind, welche als in der Natur der Sache liegend anzusehen sind. Für jene großen von der Statistik zu erfassenden Momente, welche zu ihrer sachgemäßen Klarlegung einer örtlich wie zeitlich tunlichst ausgedehnten Massenbeobachtung erfordern, kann das Statistische Bureau eines kleineren Staates selbständig immer nur in einer sehr be-

schränkten Weise tätig werden, es muß sich in der Hauptsache stets dem Vorgehen in den umliegenden größeren Gebieten anschließen und deren bezügliche Erhebungsweise auch bei sich zur Anwendung bringen. In dieser Beziehung haben wir jetzt für die Statistik im allgemeinen und speziell für die Statistik der kleineren Staaten in dem Deutschen Reich eine ungemein glückliche Lösung.

Im wesentlichen nimmt sich jener großen der weiten Massenbeobachtung in erster Linie bedürfenden Momente das Deutsche Reich als solches an und setzt sich ihre Behandlung zu seiner eigenen Aufgabe, die sich dann aber wieder nur unter der ausgiebigsten Mittätigkeit der Einzelstaaten vollziehen kann. Dadurch daß, wie es zur Erreichung eines übereinstimmenden und in sich gleichmäßigen Ergebnisses unbedingt notwendig ist, das Deutsche

Reich die Erhebung bezüglich jener Momente bis in die Einzelheiten hinein selbst regelt, ist allerdings hier in der Hauptsache den Statistischen Bureaus der Einzelstaaten das zu beobachtende Verfahren von vornherein vorgeschrieben und die Einzelstaaten können insoweit nicht mehr selbständig vorgehen.

Gegenüber dem so bedeutenden Vorteil, welcher unbestreitbar durch diese Ordnung erzielt wird und nur durch sie in vollem Umfang zu erzielen ist, kann jene Beschränkung der Selbständigkeit der Statistischen Bureaus der Einzelstaaten wohl kaum noch in Betracht kommen. Außerdem ist in Rücksicht zu ziehen, daß das Deutsche Reich die Regelung der von ihm veranlaßten statistischen Erhebungen nur nach eingehender Beratung unter den sämtlichen Einzelstaaten vornimmt und dabei nach Tunlichkeit aller Sonderbedürfnisse Rechnung zu tragen sucht. Gerade für die Statistischen Bureaus der kleineren Staaten liegt aber in der jetzigen Ordnung ein nicht zu unterschätzender Vorteil dem früheren Zustande gegenüber; sie können jetzt durch die vorhergehenden Beratungen auf die Einzelregelung der Erhebungen mit einwirken, während sie früher sich lediglich den größeren Staaten, die naturgemäß ohne weiteres und ohne eine Rücksicht auf ihre kleineren Nachbarn die Regelung allein und nur nach eigenem Ermessen vornahmen, anzuschließen hatten. Wenn daher jetzt das Herzogl. Statistische Bureau nach seiner Entwicklung in der zweiten von uns ausgeschiedenen Periode in so vorragender Weise die vom Deutschen Reich gestellten Aufgaben zu erfüllen hat, so wird man dieses nicht nur nach dem oberflächlichen äußeren Schein, der ja allerdings die Beschränkung der Selbständigkeit zunächst in den Vordergrund treten läßt, sondern unter dem Vorüberhürten, die inneren Verhältnisse und die tiefere wirkliche Sachlage würdigenden Gesichtspunkt zu beurteilen haben und man wird dann den auch hierin liegenden Fortschritt nicht verkennen können, ein Fortschritt, der keineswegs nur für die Allgemeinheit in Frage steht, sondern ebenso auch für die braunschweigischen Sonderinteressen.

Den letzteren wird einerseits schon dadurch wesentlich mehr gedient, daß jetzt ohne weiteres die Daten bezüglich jener größeren Momente in einer eine Vergleichung mit dem übrigen Deutschland unbedingt zulassenden Weise festgelegt werden und damit ihre volle Brauchbarkeit gesichert ist. Andererseits ist jenen Sonderinteressen aber auch dadurch Rechnung getragen, daß neben den wesentlicheren allgemeinen Punkten, welche für das Deutsche Reich festzustellen sind, die Bundesstaaten stets unbeschränkt noch Einzelheiten für sich zu ermitteln in der Lage waren, welche Ermittlungen durch den Anschluß an den festen übereinstimmenden Kern der Reichsfeststellungen nur gewinnen konnten. Von letzteren hat man, soweit sich ein Bedürfnis herausstellte, auch für Braunschweig Gebrauch gemacht, so daß auch nach dieser Richtung hin das Sonderinteresse voll gewahrt geblieben ist und den entsprechenden Nutzen gehabt hat.

Was nun aber die neben dem Vorberührten noch in Frage kommende vollkommen selbständige Tätigkeit des Herzogl. Statistischen Bureaus für die speziellen Landesinteressen anlangt, so ist in dieser Beziehung wiederum vorweg zu beachten, daß die Statistischen Landesbureaus im allgemeinen und namentlich gerade die der kleineren Staaten weniger der allgemeinen wissenschaftlichen Bestrebungen wegen, als weitaus vorwiegend und in erster Linie für das unmittelbare praktische Staatsinteresse, um den Organen der staatlichen Regierung bei der näheren Sachprüfung für ihre Maßregeln und Entschlüsse eine zuverlässige und feste zahlenmäßige Unterlage und eine Klarlegung der

tatsächlichen Verhältnisse zu geben, errichtet zu werden pflegen, wie ja auch gemäß unserer obigen Darstellung das Herzogl. Statistische Bureau wesentlich unter diesem Gesichtspunkte ins Leben gerufen wurde.

Prinzipiell besteht hier nun aber wieder bezüglich jenes Begriffs des praktischen Bedürfnisses ein sehr wesentlicher Unterschied insofern, als es sich dabei einmal nur um das unmittelbare und augenblickliche praktische Bedürfnis für einen gewissen Zeitpunkt, also um ein Bedürfnis, welches jetzt schon eine Befriedigung verlangt oder doch bereits schon so lebhaft hervorgetreten ist, daß eine Befriedigung in nächster abschbarer Frist für notwendig zu erachten ist, und daneben sodann ferner um ein entlegeneres und noch nicht in den Vordergrund getretenes Bedürfnis handeln kann, also um ein Bedürfnis, welches sich zwar augenblicklich noch nicht unmittelbar fühlbar gemacht hat, das aber nach der ganzen Lage der Sache doch immerhin zu einem tatsächlich zu befriedigenden werden kann und deshalb ebenso auch als ein praktisches anzusehen ist, wengleich es sich nicht mit Sicherheit bestimmen lassen wird, ob und wann hierfür der Zeitpunkt eintreten wird. Nicht zweifelhaft kann es wiederum sein, daß an und für sich nur der letztere weitere Begriff des praktischen Bedürfnisses in Frage kommen kann, wenn man danach die Aufgaben eines Statistischen Landesbureaus präzisieren will. Nur dieses dürfte dem allgemein anerkannten und normalen Standpunkt entsprechen, daß eine dauernde staatliche Einrichtung unter Berücksichtigung der früheren Entwicklung nicht allein die Gegenwart, sondern ebenso auch die Zukunft im Auge haben muß, ein Standpunkt, der gerade für eine derartige Einrichtung wie das Statistische Bureau mit besonderer Schärfe zu wahren ist.

Trotzdem pflegt aber bei den entscheidenden oberen Stellen und wiederum namentlich in kleineren Staaten doch auch nur der erstere Gesichtspunkt in Wirklichkeit zur Anwendung gebracht und vorwiegend nur das unmittelbare augenblickliche Bedürfnis als entscheidend anerkannt zu werden. Speziell ist dieses dann der Fall, wenn die in Frage kommenden Erhebungen, welche in einer noch nicht absehbaren Zeit für den Staat und speziell die Staatsverwaltung praktisch verwendbar werden können, mit einem besonderen Aufwand von Arbeit und Geld verknüpft sind und dieses eventuell schon allein oder in Verbindung mit anderen Umständen zu einer Vermehrung des Personals oder einer Erhöhung des Etats des Statistischen Bureaus führen müßte. Gerade das in letzterem liegende, daß die finanzielle Seite, welche für jedes Staatswesen, mag es noch so günstig im allgemeinen gestellt sein, in einem gewissen Grade mit einer einschränkenden Wirkung sich äußern muß, hier mit eingreift, muß es erklärlich machen, wenn man tatsächlich an den entscheidenden oberen Stellen teilweise auch jenen an sich nicht gebilligten engeren Standpunkt bezüglich der Ausdehnung der statistischen Erhebungen einnimmt. Es hat dieses unter Umständen allerdings zur Folge, daß, wenn plötzlich für die Staatsverwaltung bezüglich einer bestimmten Frage das Bedürfnis nach näheren zahlenmäßigen Unterlagen zu einem unmittelbar praktischen wird und sofortige Befriedigung erheischt, die Statistik nicht in der Lage ist, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, beziehungsweise zu entsprechen, wie es an und für sich für wünschenswert und bei rechtzeitiger Anordnung von Materialsammlung auch für möglich zu erachten gewesen wäre.

Die im vorstehenden gekennzeichnete Sachbehandlung tritt nun aber, wie aus unserer obigen Darstellung zu entnehmen, auch bei der Entwicklung des Herzogl. Statisti-

schen Bureaus, soweit es sich um die Bearbeitung der speziellen Landesaufgaben handelt, in Etwas in Erscheinung. Es schlägt hierher besonders jene verhältnismäßig starke Einschränkung des ursprünglich auf so weiter Basis angesetzten Geschäftskreises des Herzogl. Statistischen Bureaus, welche sich zu Ende der ersten und Anfang der zweiten der von uns ausgeschiedenen Zeitperioden vollzog. Diese wesentliche Einschränkung der speziell dem Landesinteresse dienenden Aufgaben beruhte, wenn sie zum Teil auch mit durch die rückständigeren, den entwickelteren statistischen Grundsätzen nicht entsprechenden Formen und Anordnungen der bezüglichen Festlegungen selbst beeinflußt wurde, im wesentlichen doch auf dem stetigen Anwachsen der allgemeineren später dem Deutschen Reich zufallenden Aufgaben, demgegenüber man die nicht zur Befriedigung eines unmittelbar sich geltend machenden Landesbedürfnisses dienenden Erhebungen nunmehr zurücktreten ließ, weil andererseits eine wesentlichere Erweiterung des Herzogl. Statistischen Bureaus sich notwendig gemacht haben würde.

Dieses schärfere Vortreten des engeren, nur das augenblickliche Bedürfnis anerkennenden Standpunkts, vielleicht auch mit bedingt durch die besonderen Zeitverhältnisse, macht sich übrigens nur vorübergehend

geltend. Wir konnten oben sehen, wie späterhin doch wiederum den in erster Linie den Landesinteressen dienenden Aufgaben, auch ohne daß ein augenblickliches Bedürfnis dafür vorlag, in vorwiegenderer Weise Rechnung getragen wurde, daß dieses geschah, obwohl nach und nach eine den Verhältnissen nach immerhin beachtenswerte Vermehrung der Arbeitskräfte des Statistischen Bureaus sich erforderlich erwies. Wir haben darin jedenfalls eine günstige, das allgemeine wie das besondere Interessen nach Tunlichkeit berücksichtigende Fortentwicklung zu sehen, wie sie nach Lage der Sache voll befriedigen dürfte. Wenn demungeachtet immer noch manche Aufgabe ungelöst, dieser oder jener Wunsch nach näherer statistischer Festlegung eines Gegenstandes unerfüllt geblieben, so wird man dies den stets besondere Hemmnisse bietenden Verhältnissen, die in dem kleineren Lande auch noch in mancher Richtung beschränktere sind, Rechnung tragen müssen. Im ganzen dürften die ersten fünfzig Jahre des Herzogl. Statistischen Bureaus doch eine der Lage entsprechende vorteilhafte Entwicklung gezeitigt haben und es steht zu hoffen, daß diese günstige Entwicklung sich auch für die Folgezeit in einer gleichen Weise fortsetzen wird.

Systematische Nachweisung der in den Jahren 1854—1904 ergangenen Veröffentlichungen des Herzoglichen Statistischen Bureaus.

I. Staatsgebiet.

Ortschafts-Verzeichnis des Herzogtums Braunschweig auf Grund der
Volkszählung vom 1. Dezember 1871, Volkszählung vom 1. Dezember 1890,
» » 1. » 1875, » » 2. » 1895,
» » 1. » 1880, » » 1. » 1900.
» » 1. » 1885,

II. Bevölkerung.

1. Stand der Bevölkerung.

a) Volks- und Gebäudezählung.

1. Übersicht der Ergebnisse der im Dezember 1855 im Herzogtum Braunschweig stattgehabten amtlichen Volks- und Gebäudezählung.
2. Ergebnisse der am 3. Dezbr. 1858 im Herzogt. Braunsch. stattgehabten Volkszählung
3. » » » 3. » 1861 » » » » »
4. » » » 3. » 1864 » » » » »
5. » » » 1. » 1871 » » » » »
6. » » » 1. » 1875 » » » » »
7. » » » 1. » 1880 » » » » »
8. » » » 1. » 1885 » » » » »
9. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. 12. 1890 im Herzogtum Braunschweig nebst dem näheren Nachweis über das Fortschreiten der Einwohner- und Gebäudezahl in den letzten 100 Jahren.
10. Erhebung über Farbe der Augen, Haare und Haut der Schulkinder.

b) Berufs- und Gewerbebezahlung.

1. Zur Berufsstatistik vom 5. Juni 1882.
2. Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5. Juni 1882.
3. Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895 im Herzogtum Braunschweig.
4. Statistische Erhebung über die erwerbstätige Beschäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken mit Ausschluß der landwirtschaftlichen Tätigkeit und des Gesindedienstes für das Herzogtum Braunschweig (1898).

2. Bewegung der Bevölkerung.

a) Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle.

1. Ergebnisse der amtlichen Nachweisungen über die während des Jahres 1854 im Herzogtum Braunschweig vorgekommenen Geburten, Sterbefälle und Trauungen mit vergleichendem Rückblicke auf das Jahr 1853.
2. Trauungen, Geburten und Sterbefälle im Herzogtum Braunschweig während der sechs Jahre von 1853 bis einschl. 1858.
3. Tabellen über die Bewegung der Bevölkerung während der Jahre 1859/62.
4. Tabellen über die Bewegung der Bevölkerung (Trauungen, Geburten und Sterbefälle) im Herzogtum Braunschweig während der Jahre 1863/5 und Resultate der Bevölkerungsbewegung durch Trauungen, Geburten u. Sterbefälle während des Jahrzehnts 1856—1865.
5. Die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse der Stadt Braunschweig gegenüber den Geburts- und Sterblichkeitsverhältnissen in den übrigen Landesteilen in Beziehung auf die Repartition des jährlichen Ersatzkontingents an Rekruten.
6. Die Bewegung der Bevölkerung in den 20 Jahren 1853/1872.
7. Bewegung der Bevölkerung 1873/75.
8. Bewegung der Bevölkerung 1876/1880 mit vergleichenden Rückblicken auf die Vorzeit.
9. Die Bewegung der Bevölkerung durch Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Herzogtum Braunschweig in den Jahren 1881—1885.

b) Ein- und Auswanderung.

1. Statistische Mitteilungen über die Ein- und Auswanderungen in den Jahren 1853/5.
2. Desgl. über die während der Jahre 1853—1859 inkl. im Herzogtum Braunschweig stattgehabten Ein- und Auswanderungen.
3. Tabelle über Aus- und Einwanderung während der Jahre 1860/62.
4. Resultate der amtlichen Nachrichten über die im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1864 stattgehabten Ein- und Auswanderungen.
5. Desgl. über die im Jahre 1865 im Herzogtum Braunschweig stattgehabten Ein- und Auswanderungen.
6. Aus- und Einwanderung in den 20 Jahren 1853/72.

3. Bevölkerungszunahme und Bevölkerungsdichtigkeit.

Die Bevölkerungszunahme und die Bevölkerungsdichtigkeit des Herzogtums Braunschweig im 19. Jahrhundert unter dem Einfluss der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen.

Braunsch. Magazin 1857. S. 297.
Desgl. 1860. S. 33.
Besondere Veröffentlichung.
Desgl.
Beiträge II. S. 1. 1875.
Desgl. III. S. 149. 1876.
Desgl. IV. S. 77. 1885.
Desgl. VIII. S. 63. 1888.

Desgl. XII. S. 1. 1895.
Desgl. III. S. 123. 1876.

Besondere Veröffentlichung.
Beiträge V. S. 1. 1885.

Desgl. XIII. S. 1. 1898.

Desgl. XIV. S. 51. 1898.

Braunsch. Magazin 1856. S. 33.

Statistische Mitteilungen 1861.
Besondere Veröffentlichung.

Braunsch. Magazin 1867. S. 75.

Desgl. 1866. S. 233.
Beiträge I. S. 1. 1874.
Desgl. III. S. 126. 1876.
Desgl. IV. S. 1. 1885.

Desgl. VIII. S. 1. 1888.

Braunsch. Magazin 1856. S. 388.

Desgl. 1860. S. 205.
Besondere Veröffentlichung.
Nr. 258 der deutschen Reichszeitung vom Jahre 1865.

Braunsch. Magazin 1867. S. 127.
Beiträge I. S. 63. 1874.

Desgl. XVII. S. 1. 1903.

III. Grundeigentum.

1. Ablösungen, Allodifikationen und Separationen.

1. Statistische Nachweisungen über die Fortschritte der Ablösungen und Allodifikationen im Herzogtum Braunschweig.
2. Statistische Mitteilungen über die Fortschritte der Separationen im Herzogtum Braunschweig.
3. Statistische Mitteilungen über die Fortschritte der Ablösungen, Allodifikationen und Separationen im Herzogtum Braunschweig während des Jahres 1855.
4. Statistische Mitteilungen über die Fortschritte der Ablösungen, Allodifikationen und Separationen im Herzogtum Braunschweig während des Jahres 1856.
5. Desgl. desgl. in den Jahren 1857 und 1858.
6. Desgl. desgl. während der Jahre 1859 und 1860.
7. Stand der Ablösungen, Allodifikationen und Separationen im Herzogtum Braunschweig am Schlusse des Jahres 1862.
8. Tabellarische Übersicht über den Stand der Ablösungen, Allodifikationen und Separationen im Herzogtum Braunschweig am Schlusse des Jahres 1865.

Braunschw. Magazin 1856. S. 1.
Desgl. 1856. S. 17.

Desgl. 1856. S. 365.

Braunschw. Magazin 1858. S. 17.
Desgl. 1860. S. 85.
Desgl. 1861. S. 437.

Besondere Veröffentlichung.

Braunschw. Magazin 1866. S. 81.

2. Hypothekarische Belastung.

1. Den Grundbesitz im Herzogtum Braunschweig und dessen hypothekarische Belastung betr.
2. Übersicht des Bestandes der ingrossierten Hypothekenkapitale am Schlusse des Jahres 1856 und des Jahres 1862.
3. Die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig am Schlusse des Jahres 1864 betr.
4. Desgl. desgl. am Schlusse des Jahres 1865.
5. Statistik des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig nebst Übersicht der ingrossierten Hypothekenkapitale und Übersicht über die Gebäudeversicherungssummen.
6. Die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig vom 1. Januar 1897.
Erste Abteilung (Tabellenwerk).
Zweite Abteilung (Textliche Bearbeitung).

Desgl. 1861. S. 41.

Besondere Veröffentlichung.

Braunschw. Magazin 1866. S. 57.
Desgl. 1866. S. 265.

Beiträge III. S. 1. 1876.

Desgl. XV. S. 1. 1900.
Desgl. XVI. S. 1. 1901.

IV. Land- und Forstwirtschaft.

1. Land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz.

1. Der Grundbesitz und dessen hypothekarische Belastung. — 1861.
2. Der landwirtschaftliche Privat-Grundbesitz im Herzogtum Braunschweig nach Zahl der Besitze und deren Areal-Umfrage klassifiziert in tabellarischen Übersichten dargestellt.
3. Statistik des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig nebst Übersicht der ingrossierten Hypothekenkapitale und Übersicht über die Gebäudeversicherungssummen.
4. Das Verhältnis der Gebäudeversicherungswerte zu dem Grundsteuerkapitale bei den Kammerdomänen, Klostergütern, den Rittergütern und sonstigen größeren landwirtschaftlichen Besitzungen im Herzogtum Braunschweig.
5. Die Gutszertrümmerungen im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1896.

Statistische Mitteilungen 1861.

Besondere Veröffentlichung.

Beiträge III. S. 1. 1876.

Besondere Veröffentlichung für die
Landesversammlung 1904.
Beiträge XIV. S. 17. 1898.

2. Land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung.

1. Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über die landwirtschaftliche Bodenbenutzung und den Ernte-Ertrag im Herzogtum Braunschweig vom Jahre 1878.
2. Beiträge zur Statistik der Land- und Forstwirtschaft im Herzogtum Braunschweig 1878—1883.
3. Der Tabakbau im Herzogtum Braunschweig 1878—1892.

Braunschw. Landwirtsch.-Zeitung
Nr. 7 u. 8 vom Jahre 1880.
Beiträge VI. S. 1. 1886.
Nr. 308 u. 309 der Braunschw.
Anzeigen von 1894.

3. Landwirtschaftliche Betriebe.

Beiträge zur Statistik der Land- und Forstwirtschaft im Herzogtum Braunschweig 1878—1883.

Beiträge VI. S. 1. 1886.

4. Ernteertrag.

1. Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über die landwirtschaftliche Bodenbenutzung und den Ernte-Ertrag im Herzogtum Braunschweig vom Jahre 1878.
2. Der Ernte-Ertrag und der Verbrauch von Roggen und Weizen im Herzogtum Braunschweig.

Braunschw. Landwirtsch.-Zeitung
Nr. 7 u. 8 vom Jahre 1880.
Braunschw. Anzeigen Nr. 167 u.
168 von 1894.

5. Viehbestand.

1. Der Viehbestand im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1854.
2. Ergebnisse der am 30. April 1860 im Herzogtum Braunschweig stattgehabten Aufnahme der Wirtschaftsviehbestände.
3. Die Viehstandsermittlungen im Herzogtum.
4. Zur Viehzählung vom 10. Januar 1883.
5. Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1892 im Herzogtum Braunschweig.
6. Die Ergebnisse der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1893 im Herzogtum Braunschweig.
7. Die Ergebnisse der Viehzählung im Herzogtum Braunschweig vom 1. Dezember 1900.

Mitteilungen des Statistischen
Bureaus Nr. 1.

Besondere Veröffentlichung.

Beiträge III. S. 89. 1876.

Besondere Veröffentlichung.

Beiträge X. S. 1. 1893.

Desgl. XI. S. 117. 1894.
Desgl. XVII. S. 59. 1903.

6. Herzogliches Landgestüt.

1. Über die Ergebnisse der Wirksamkeit des Herzogl. Landgestüts i. d. Jahren 1830–1859 inkl.
2. Tabelle über die Ergebnisse des Herzogl. Landgestüts während der Jahre 1860, 1861 und 1862.

Statistische Mitteilungen 1861.
Besondere Veröffentlichung.

7. Zusammenfassung.

Agrarstatistisches.

Festschrift für die Wandergesellschaft deutscher Land- und Forstwirte anlässlich der Tagung in Braunschweig. 1858. S. 61.

V. Berg-, Hütten- und Salinenwesen.

Tabellarische Übersicht über die Produktion des Berwerks-, Hütten- und Salinen-Betriebes im Herzogtum Braunschweig für das Jahr 1864.

Braunschw. Magazin 1866. S. 129.

VI. Gewerbe, Handel, Verkehr.

1. Die Gewerbe im Herzogtum Braunschweig nach den Ergebnissen der Berufszählung vom 5. Juni 1882.
2. Die Gast- und Schankwirtschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus im Herzogtum Braunschweig.
3. Die Rübenzuckerfabrikation (1842–1860), die Branntweinbrennereien (1851–1860) und die Bierbrauereien (1851–1860) im Herzogtum Braunschweig.
4. Das Sparkassenwesen im Herzogtum Braunschweig betr.

Beiträge VI. S. 103. 1886.

Desgl. XI. S. 89. 1894.

Braunschw. Magazin 1862.
Desgl. 1866. S. 105.

VII. Staats-, Kreis-, Gemeinde-Finanzen.

1. Das Finanzwesen der Landgemeinden des Kreises Holzminden in den Jahren 1876–1880.
2. Übersicht über die bisherige Verwendung der den einzelnen Kreiskommunalverbänden des Herzogtums Braunschweig gesetzlich überwiesenen Erträge und Einnahmen nebst einer einleitenden Darstellung der derzeitigen Organisation der Braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben.
3. Die Ergebnisse der Ermittlung über die von den Bewohnern des Herzogtums Braunschweig in den Jahren 1887, 1888 und 1889 aufgetragenen direkten Steuern.
4. Vergleichende Übersicht der Steuerbeträge, welche jährlich zu zahlen sind:
 - a) nach dem Entwurfe des Einkommensteuergesetzes bei Hebung einer Steuereinheit,
 - b) nach Abteilung a des Tarifs des Personalsteuergesetzes vom 29. Juni 1864,
 - c) nach dem Gemeindeeinkommensteuer-Statut in der Stadt Braunschweig bei der zurzeit stattfindenden Hebung von 10 Steuereinheiten.
5. Berechnung des Ertrages eines Einheitssatzes der nach dem Entwurfe des Staatseinkommensteuer-Gesetzes zu erhebenden Steuer in der Stadt Braunschweig bei Zugrundelegung der Zahlen der Steuerpflichtigen, welche den städtischen Steuerlisten für das Finanzjahr 1895/6 zu entnehmen sind, sowie deren stadtseitig geschätzten Einkommens.
6. Die Umgestaltung der staatlichen, der Kreis- und Kommunalsteuerverhältnisse im Herzogtum Braunschweig durch definitive Einführung der Staatseinkommensteuer und Regelung der Kommunalsteuererhebung in einer entsprechenden Weise.

Beiträge IV. S. 145. 1885.

Desgl. IX. S. 1. 1889.

Desgl. XI. S. 63. 1894.

Anlage einer Landtagsdrucksache
1896.

Desgl.

Beiträge XIV. S. 1. 1898.

VIII. Armenwesen.

1. Die Hauptergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885.
2. Die Ergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885 nebst einer Übersicht über die geschichtliche Entwicklung und den jetzigen Stand der öffentlichen Armenpflege im Herzogtum Braunschweig.
3. Der Einfluß der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Armenpflege im Herzogtum Braunschweig.

Besondere Veröffentlichung.

Beiträge VII. S. 1. 1887.

Desgl. XII. S. 93. 1895.

IX. Kirchen-, Schul- und Bildungswesen.

1. Mitteilungen des statistischen Bureaus hieselbst, das Schul- und Kirchenwesen im Herzogtum Braunschweig betreffend.
2. Die Resultate der im Jahre 1887 angeordneten statistischen Erhebung, die Erfüllung gewisser Parochialverpflichtungen in den Landgemeinden betreffend.
3. Zur Statistik der Gymnasien des Herzogtums Braunschweig 1831–1877.
4. Statistische Erhebung über die Volksbibliotheken im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1897.

Braunschw. Magazin 1856. S. 293 ff.
u. 325 ff.

Beiträge VIII. S. 93. 1888.
Besondere Veröffentlichung.
Beiträge XIV. S. 33. 1898.

X. Medizinalwesen.

1. Statistische Erhebungen über die im Herzogtum vorhandenen Idioten.
2. Statistik der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke zu Königslutter von den Jahren 1865–1874.
3. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1866 bis 31. März 1883 im Herzogtum Braunschweig amtlich untersuchten Schlachtschweine.
4. Desgleichen in der Zeit vom 1. April 1883 bis zum 31. März 1893.

Braunschw. Anzeigen 1894 Nr. 290
291 u. 310.

Beiträge III. S. 153. 1876.

Desgl. V. S. 166. 1885.

Desgl. X. S. 41. 1893.

XI. Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt.

1. Die Braunschw. Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt in ihrer gesetzlichen und finanziellen geschichtlichen Entwicklung.
2. Ergänzung zu vorstehender Arbeit.

Beiträge XI. S. 1. 1894.

Desgl. XIV. S. 83. 1898.

Chronologisches Verzeichnis der in den

Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig erschienenen Bearbeitungen.

Anlage B.

Nr. des Heftes	Jahr der Heraus- gabe	I n h a l t
I.	1874	Die Bewegung der Bevölkerung in den 20 Jahren 1853/1872 (auch Ein- und Auswanderung).
II.	1875	Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1871.
III.	1876	1. Statistik des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig nebst Übersicht der ingrossierten Hypothek-Kapitale und Übersicht über die Gebäudeversicherungssumme. 2. Die Viehstandsermittlungen im Herzogtum. 3. Erhebung über Farbe der Augen, Haare und Haut der Schulkinder. 4. Bewegung der Bevölkerung 1873/1875. 5. Ergebnis der Volkszählung am 1. Dezember 1875. 6. Statistik der Heil- u. Pflegeanstalt für Geisteskranke zu Königslutter von den Jahren 1865—1874.
IV.	1885	1. Bewegung der Bevölkerung 1876/1880 mit vergleichenden Rückblicken auf die Vorzeit. 2. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1880. 3. Das Finanzwesen der Landgemeinden des Kreises Holzminden in den Jahren 1876—1880.
V.	1885	1. Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5. Juni 1882.
VI.	1886	2. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1866 bis 31. März 1883 amtlich untersuchten Schlachtschweine. 1. Beiträge zur Statistik der Land- und Forstwirtschaft im Herzogtum Braunschweig 1878—1883.
VII.	1887	2. Die Gewerbe im Herzogtum Braunschweig nach den Ergebnissen der Berufszählung vom 5. Juni 1882, Die Ergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885 nebst einer Übersicht über die geschichtliche Entwicklung und den jetzigen Stand der öffentlichen Armenpflege im Herzogtum Braunschweig.
VIII.	1888	A. Die Bewegung der Bevölkerung durch Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Herzogtum Braunschweig in den Jahren 1881—1885. B. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 im Herzogtum Braunschweig. C. Die Resultate der im Jahre 1887 angeordneten statistischen Erhebung, die Erfüllung, gewisser Parochialverpflichtungen in den Landgemeinden betreffend.
IX.	1889	Übersicht über die bisherige Verwendung der in den einzelnen Kreiskommunalverbänden des Herzogtums Braunschweig gesetzlich überwiesenen Erträgnisse und Einnahmen nebst einer einleitenden Darstellung der derzeitigen Organisation der Braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben.
X.	1893	1. Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1892 im Herzogtum Braunschweig. 2. Die in der Zeit vom 1. April 1883 bis zum 31. März 1893 im Herzogtum Braunschweig amtlich untersuchten Schlachtschweine.
XI.	1894	1. Die braunschweigische Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt in ihrer gesetzlichen und finanziellen geschichtlichen Entwicklung. 2. Die Ergebnisse der Ermittlung über die von den Bewohnern des Herzogtums Braunschweig in den Jahren 1887, 1888 und 1889 aufgebrachtten direkten Steuern. 3. Die Gast- und Schankwirtschaften und die Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus im Herzogtum Braunschweig.
XII.	1895	4. Die Ergebnisse der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezbr. 1893 im Herzogtum Braunschweig. 1. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 im Herzogtum Braunschweig nebst dem näheren Nachweis über das Fortschreiten der Einwohner- und der Gebäudezahl in den letzten hundert Jahren. 2. Der Einfluß der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Armenpflege im Herzogtum Braunschweig.
XIII. 1-3	1898	Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895 im Herzogtum Braunschweig.
XIV.	1898	1. Die Umgestaltung der staatlichen, der Kreis- und der Kommunalsteuerverhältnisse im Herzogtum Braunschweig durch definitive Einführung der Staatseinkommensteuer und Regelung der Kommunalsteuererhebung in einer entsprechenden Weise. 2. Die Gutszertrümmerungen im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1896. 3. Statistische Erhebung über die Volksbibliotheken im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1897. 4. Statistische Erhebung über die erwerbstätige Beschäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken mit Ausschluß der landwirtschaftlichen Tätigkeit und des Gesindedienstes für das Herzogtum Braunschweig 1898. 5. Ergänzung zu der Bearbeitung: Die Braunschweigische Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt in ihrer gesetzlichen und finanziellen geschichtlichen Entwicklung.
XV.	1900	Die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig am 1. Januar 1897.
XVI.	1901	Die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig am 1. Januar 1897.
XVII.	1903	Erste Abteilung (Tabellarische Bearbeitung). Zweite Abteilung (Textliche Bearbeitung). 1. Die Bevölkerungszunahme und die Bevölkerungsdichtigkeit des Herzogtums Braunschweig im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen. 2. Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1900 im Herzogtum Braunschweig.

Übersicht der in den ersten fünfzig Jahren am Herzoglichen Statistischen Bureau tätig gewesenenen Beamten.

(Die z. Zt. im Dienst befindlichen Personen sind unterstrichen.)

a) Vorstände.

Lfd. Nr.	N a m e	Titel	Amts-dauer	B e m e r k u n g e n
1	Rhamm, Eduard	Obergerichtsrat	1. Oktober 1853 bis 1. Febr. 1855	Sohn des Hofrats Ludwig Rhamm zu Wolfenbüttel, geboren am 6. Oktober 1808 daselbst; 1828 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Wolfenbüttel; 1828/31 studiert zu Göttingen und Heidelberg; 1832 erstes, 1837 zweites juristisches Examen; 16. November 1837 Kreissekretär bei der Kreisdirektion Helmstedt; 1846 Justizamtmann in Vorsfelde; seit 1850 Amtsrichter daselbst; 12. Dezember 1854 zum Obergerichtsrat in Wolfenbüttel ernannt, 1858 auch stimmführendes Mitglied des Konsistoriums; 1. Juni 1861 Oberstaatsanwalt, 20. Dezember 1874 Präsident des Herzogl. Obergerichts; 1. August 1879 Dr. jur. hon. causa der Juristen-fakultät Göttingen; 1. Oktober 1879 pensioniert als Obergerichts-präsident; seit 1. September 1879 mit Besorgung der Präsidial-geschäfte beim Herzogl. Konsistorium nebenamtlich beauftragt, die er am 1. Oktober 1884 niederlegte; gestorben 20. Juni 1891 zu Braunschweig.
2	Bussius, Friedrich	Kreisdirektor	1. Februar 1855 bis 5. April 1872	Sohn des Geheimen Kanzlisten Heinrich Bussius zu Braunschweig, geboren am 11. August 1799 daselbst; 1817 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Braunschweig, 1818/21 studiert zu Göttingen; 1822 erstes, 1829 zweites juristisches Examen; 1822 Aktuar beim Kreisamt Greene; 1834 Kreisrichter zu Wolfenbüttel; 1. Januar 1836 Justizamtmann in Greene; 1. Oktober 1841 Kreisdirektor zu Gandersheim; 1. April 1851 pensioniert; gestorben am 5. April 1872 zu Braunschweig.
3	Kybitz, Karl	Hofrat	1. Mai 1872 bis 1. März 1877	Sohn des Geheimen Hofrats Karl Kybitz zu Braunschweig, geboren am 11. Mai 1832 daselbst; 1851 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Braunschweig; 1851/54 studiert die Rechte in Göttingen und Heidelberg; 1854 erstes, 1859 zweites juristisches Examen; 1. Januar 1864 angestellt als Kanzleisekretär und am 16. Dezember 1865 befördert zum Geheimen Kanzleisekretär (beide Titel die damaligen Amtsbezeichnungen für die unmittelbaren Hilfsbeamten des Herzogl. Staatsministeriums, an deren Stelle 1868 die Amts-bezeichnung »Ministerialsekretär« trat); 1868 Ministerialsekretär; 1872 Hofrat bei Herzogl. Staatsministerium; 1876 Finanzrat und ordentliches Mitglied des Herzogl. Finanzkollegiums beider Abteilungen; 1883 Finanzdirektor und Vorsitzender des Herzogl. Finanzkollegiums beider Abteilungen, des Herzogl. Steuerkollegiums und der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion; 1894 Prä-sident dieser Behörden; seit 1876 im Nebenamte zugleich Vor-stand des Herzogl. Eisenbahn-Kommissariats.
4	Langerfeldt, Konrad	Regierungsrat	1. April 1877 bis 1. Januar 1887	Sohn des Wirklichen Geheimen Rats Gustav Langerfeldt zu Braun-schweig, geboren am 5. August 1840 zu Wolfenbüttel; 1859 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Wolfenbüttel; 1859/63 studiert zu Heidelberg und Göttingen; 1863 erstes, 1867 zweites juristi-sches Examen; 1868 Bürgermeister zu Seesen; 1. Oktober 1871 Assessor an der Herzogl. Kreisdirektion Helmstedt; 1. Juni 1876 Ministerialsekretär und Regierungsrat zu Braunschweig; 1. Ja-nuar 1887 Kreisdirektor zu Helmstedt; 1. November 1895 Kreisdirektor zu Braunschweig und Vorsitzender des Herzogl. Landes-Medizinalkollegiums.
5	Zimmermann, Rudolph	Regierungsassessor	1. März 1887 bis 1. Juni 1889 und 1. Februar 1890 bis 1. Juli 1890	Siehe am Schlusse.
6	Sievers, Friedrich	Regierungsrat	1. Juni 1889 bis 1. Februar 1890 u. 1. Juli 1890 bis 1. April 1892	Sohn des Landrentmeisters Gottfried Sievers zu Braunschweig, ge-boren am 7. März 1855 daselbst; 1873 Reifezeugnis des Gym-nasiums zu Braunschweig; 1873/76 studiert zu Leipzig, Heidelberg, Straßburg und Berlin; 1876 erstes, 1880 zweites juristisches Examen; 1. Januar 1883 angestellt als Ministerialsekretär bei Herzogl. Staatsministerium; 1. Oktober 1888 Regierungsrat; 1. April 1892 erster Hilfsbeamter der Herzogl. Kreisdirektion Braunschweig; 1. Oktober 1896 Kreisdirektor in Holzminden.

Lfd. Nr.	N a m e	Titel	Amts-dauer	B e m e r k u n g e n
7	Radkau (Meyer), Karl	Regierungsrat	1. April 1892 bis 1. Dezbr. 1892	Sohn des Wirklichen Geheimen Rats Eduard Meyer zu Braunschweig, geboren am 4. September 1855 zu Wolfenbüttel; 1874 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Braunschweig; 1874/77 studiert zu Göttingen, Leipzig und Tübingen; 1877 erstes, 1881 zweites juristisches Examen; 1. April 1883 angestellt als Kreisassessor bei Herzogl. Kreisdirektion Wolfenbüttel; 1885 in gleicher Eigenschaft an Herzogl. Kreisdirektion Braunschweig versetzt; 1887 Regierungsassessor; 1888 Regierungsrat; 1892 Ministerial-Sekretär; 1896 Finanzrat und ordentliches Mitglied Herzogl. Finanzkollegiums beider Abteilungen, der 3 Direktionen Herzogl. Kammer, der Herzogl. Baudirektion, des Herzogl. Steuerkollegiums und der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion; 1. Januar 1900 Vorsitzender des Herzogl. Verwaltungsgerichtshofes mit dem Titel Präsident.
8	Zimmermann, Rudolph	Geh. Finanzrat, Dr. phil.	seit 1. Dezbr. 1892	Sohn des Senatspräsidenten am Herzogl. Oberlandesgericht Rudolph Zimmermann zu Braunschweig, geboren am 21. Mai 1851 zu Vorsfelde; 1870 Reifezeugnis des Gymnasiums zu Wolfenbüttel; 1870/73 studiert zu Leipzig, Heidelberg, Berlin und Göttingen; 1873 erstes, 1876 zweites juristisches Examen; 1. Juli 1877 Assessor an der Herzogl. Kreisdirektion Blankenburg, sodann an der Herzogl. Kreisdirektion Holzminden; 1880 Kreisassessor daselbst; 1882 Polizeiasessor zu Braunschweig; 1887 mit dem Titel Regierungsassessor; 1888 Ministerialsekretär und Regierungsrat, 1888/90 Kabinettssekretär Seiner Königlichen Hoheit des Regenten des Herzogtums Braunschweig; 1890 außerordentliches (Titel Regierungsrat), 1893 ordentliches stimmführendes Mitglied des Herzogl. Finanzkollegiums und der Herzogl. Steuerdirektion mit dem Titel Finanzrat, 1903 Geheimer Finanzrat; 1891 Dr. phil. (Staatswissenschaft) zu Leipzig; 1897 Mitglied des internationalen statistischen Instituts.

b) Bureaubeamte.

Lfd. Nr.	N a m e	Stand	Dauer der Beschäftigung im Bureau	B e m e r k u n g e n
1	Röbber, Ferdinand	Revisionsgehilfe	1. Januar 1854 bis 31. Dezbr. 1856	geboren 18. Juni 1822 in Braunschweig; Januar 1845 Auditor bei Herzogl. Stadtgericht hier; Februar 1846 versetzt an Herzogl. Amt Riddagshausen; Oktober 1847 versetzt an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig; 1. Januar 1853 Anstellung als Revisionsgehilfe bei Herzogl. Finanzkollegium. — 1. Januar 1857 dem Herzogl. Finanzkollegium wieder überwiesen; gestorben 29. April 1884 als Finanzrevisor in Braunschweig.
2	Wiegandt, Karl	Revisionsassessor	1. Juli 1854 bis 1. April 1899	geboren 11. Februar 1829 in Braunschweig; Ostern 1843 als Schreiber bei Herzogl. Kammer eingetreten; 1. Juli 1854 Hilfsarbeiter für das Statistische Bureau und die Geheime Kanzlei hier; 1. Januar 1857 Anstellung als Kanzlist; 1. Januar 1866 Registrator; 1. April 1862 bis 1. Januar 1872 im Nebenamte Registrator bei Herzogl. Ober-Sanitätskollegium; 1. Januar 1872 Revisor; 1. Januar 1877 Sekretär; 8. Mai 1892 Revisionsassessor; pensioniert 1. April 1899; gestorben 19. Februar 1901 in Braunschweig.
3	Runge, Heinrich	Sekretär	1. Dezember 1871 bis 13. Mai 1903	geboren 8. März 1841 in Helmstedt; 1859/1870 Beschäftigung als Geometer bei verschiedenen Landes-Ökonomie-Kondukteuren; Mai 1870 bis 1. Dezember 1871 Verwendung bei Herzogl. Steuerkollegium zwecks Umarbeitung der Grundsteuer-Lagerbücher und -Kataster auf das neue Metermaß; 1. Januar 1873 Anstellung als Revisionsgehilfe; 1. Januar 1877 Kalkulator; 19. Dezember 1883 Revisor; 8. Mai 1895 Sekretär; 1. April 1899 Erster Bureaubeamter; gestorben 13. Mai 1903 in Braunschweig.
4	Otte, Hermann	Revisor	seit 20. April 1882	geboren 25. Dezember 1865 in Braunschweig; 1. Oktober 1884/85 Militärdienst; 1. April 1892 Anstellung als Revisionsgehilfe; 1. April 1897 Kalkulator; 1. April 1903 Revisor; 1. Juli 1903 Erster Bureaubeamter. Seit 1. Oktober 1893 nebenamtlich mit den Registraturgeschäften des Herzogl. Landes-Medizinalkollegiums beauftragt.

Lfd. Nr.	N a m e	Stand	Dauer der Beschäftigung im Bureau	B e m e r k u n g e n
5	<u>Illemann</u> , Emil	Kalkulator	1. März 1893 bis 1. April 1902	geboren 31. August 1868 in Braunschweig; 1885/87 Beschäftigung bei dem Landes-Ökonomiekommissär Kobus hier; 1. Oktober 1887/88 Militärdienst; 1. Januar 1889 Annahme bei Herzogl. Finanzkollegium; bis 31. Oktober 1890 Finanzkanzlei; 1. November 1890 bis 28. Februar 1893 Landesbrandversicherungsbureau; dann Übertritt an das Statistische Bureau; 1. April 1896 Anstellung als Revisionsgehilfe; 1. April 1901 Kalkulator; 1. April 1902 Ernennung zum Kassenassistenten (zurzeit bei Herzogl. Kreiskasse in Blankenburg).
6	<u>Engel</u> , William	Kalkulator	seit 1. April 1902	geboren 1. Dezember 1872 in Schöningen; 1. April 1891 Annahme bei Herzogl. Geheime-Kanzlei; 1. Oktober 1892/93 Militärdienst; 1. April 1897 Anstellung als Ministerialkanzlist; 1. April 1902 Revisionsgehilfe beim Statistischen Bureau; 1. April 1903 Kalkulator.
7	<u>Grosse</u> , Emil	Kalkulator	seit 1. April 1899	geboren 23. Juli 1871 in Börßum; 1. Oktober 1889/90 Militärdienst; 1. Oktober 1890 Annahme bei Herzogl. Landes-Ökonomie-Kommission; 1. April 1893/94 Herzogl. Leihhaus- und Hauptfinanzkasse; 1894/98 Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten und Bergwerke; 1. Dezember 1898 bis 1. April 1899 Herzogl. Hauptfinanzkasse; 1. April 1899 Anstellung als Revisionsgehilfe beim Statistischen Bureau; 1. April 1903 Kalkulator.
8	<u>Lampe</u> , Hugo	Revisionsgehilfe	seit 1. Juli 1903	geboren 29. Juli 1874 in Braunschweig; 1891/95 Beschäftigung bei Herzogl. Polizeidirektion (Meldeamt und Registratur); 1895/98 Herzogl. Steuereidirektion (Kanzlei und Registratur); 1898/1903 Herzogl. Finanzkollegium (Kanzlei und Gerichtsrechnungs-Revisionsbureau); 1. Juli 1903 Anstellung als Revisionsgehilfe beim Statistischen Bureau.

c) Hilfsarbeiter.

1	<u>Bischoff</u> , Karl	Bureangehilfe	16. April 1856 bis März 1865	früher Waisenhauslehrer; gestorben März 1865.
2	<u>Rademacher</u> , Heinrich	Finanzrevisor a. D.	1. Mai 1872 bis 1. Dezbr. 1887	gestorben 3. März 1889.
3	<u>Hartmann</u> , Friedrich	Hütteninspektor a. D.	1. März 1882 bis 1. April 1885	1. April 1885 als Berginspektor hierselbst wieder angestellt; lebt als Pensionär in Nordhausen.
4	<u>Nötel</u> , Fritz	Kammerschreiber	1. Juni 1882 bis 1. Oktbr. 1884	1. April 1885 als Kanzlist bei Herzogl. Museum hier angestellt; jetzt Registrator daselbst.
5	<u>Heusinger</u> , Konrad	Hütteninspektor a. D.	18. Januar 1886 bis 1. Juni 1889	1. Juni 1889 als Salineninspektor in Schöningen wieder angestellt; gestorben 30. Januar 1903.
6	<u>Dieckmann</u> , Albert	Finanzaspirant	1. Februar 1891 bis 1. Septbr. 1891	geboren 17. März 1869 in Clausthal; 1. Mai 1889 Annahme bei Herzogl. Finanzkollegium; 1. September 1891 bei Herzogl. Geheime-Kanzlei eingetreten; gestorben 28. November 1894.
7	<u>Peters</u> , Karl	Finanzaspirant	2. Januar 1892 bis 1. April 1899	geboren 3. November 1870 in Braunschweig; 1. Oktober 1891 Annahme bei Herzogl. Finanzkollegium. — 1. April 1899 an Herzogl. Finanzkollegium zurückversetzt; jetzt Finanzkalkulator.
8	<u>Hofmeister</u> , Karl	Hilfsarbeiter	1. Januar 1899 bis 1. Dezbr. 1899	geboren 17. April 1877 in Wolfenbüttel; 1. Dezember 1899 Steuer-supernumerar; 1. Februar 1904 als Hauptsteueramtsassistent in Helmstedt angestellt.
9	<u>Wiegmann</u> , Rudolf	Finanzaspirant	seit 1. Januar 1900	geboren 19. November 1876 in Braunschweig; 1. März 1897 Annahme bei Herzogl. Kammer; 1. Oktober 1897/98 Militärdienst.
10	<u>Hintze</u> , Emil	Finanzaspirant	seit 1. April 1899	geboren 20. Februar 1879 in Braunschweig.
11	<u>Arendts</u> , Robert	Hilfsarbeiter	16. April 1902 bis 1. Oktbr. 1903	geboren 4. August 1882 in Braunschweig; 1. Oktober 1903, 04 Militärdienst.
12	<u>Steuerwald</u> , Willy	Hilfsarbeiter	seit 19. Okt. 1903	geboren 20. April 1883 in Wolfenbüttel; 1. Oktober 1902/03 Militärdienst.

